

Sonderdruck aus

GÖTTINGER  
JAHRBUCH

1993



VERLAG ERICH GOLTZE · GÖTTINGEN

## Der „Krieg der Geister“ in der Provinz – das Beispiel der Universität Göttingen 1914–1919

Von Cordula Tollmien

Der „Krieg der Geister“, wie schon die Zeitgenossen die Propagandaschlacht bezeichneten, an der sich während des Ersten Weltkrieges von Deutschland ausgehend die Intellektuellen aller kriegführenden Länder beteiligten<sup>1</sup>, wurde – wie das reale Kriegsgeschehen auch – im wesentlichen in Berlin konzipiert und gestaltet und von dort aus in die anderen deutschen Städte und Universitäten getragen. Doch auch aus dem Umfeld der Universitäten in Jena, Tübingen, München, Bonn, um nur einige Beispiele zu nennen, kamen Aufrufe, Proteste, Erklärungen, die reichsweit Aufmerksamkeit erregten und Unterstützung fanden.<sup>2</sup> Die Universität Göttingen ist in dieser Weise nicht hervorgetreten. Kein einziges der bekannten Manifeste ist in Göttingen formuliert oder von hier aus verbreitet worden. Keiner der prominenten Protagonisten von Sieges- oder Verständigungsfrieden stammte aus Göttingen; hier wurden keine annexionistischen Programme entworfen und keine zur Mäßigung aufrufenden Gegenerklärungen verfaßt. An der Göttinger Universität hat man sich zu entsprechenden Initiativen anderer immer nur verhalten, sie mitgetragen oder – im Einzelfall – auch abgelehnt. Zu beschreiben sind daher keine spektakulären Aktionen, nicht die Bekenntnisse bedeutender, überregional wirksam gewordener Personen, sondern die Normalität und der Alltag einer Universität, deren Mitglieder im Gegeneinander der verschiedenen Erklärungen, Reden und Aufrufe zwar Stellung zu beziehen hatten, aber dennoch miteinander im Gespräch blieben.

Der „Krieg der Geister“, der im August 1914 zunächst – vornehmlich gegen England und an die Adresse der neutralen Staaten gerichtet – als sogenannte Aufklärungsaktion begann, diente ursprünglich in erster Linie der Rechtfertigung der deutschen Kriegsführung nach außen. Im Laufe des Krieges wandte er sich als Kriegszieldiskussion jedoch in immer stärkerem Maße nach innen (an das „deutsche Volk“, den Kaiser, den Reichstag) und spaltete durch die Auseinandersetzungen über europäische Annexionen, unbeschränkten U-Boot-Krieg und innere Reformen die gesamte deutsche Öffentlichkeit.

Zu allen wesentlichen Kontroversen hat es jeweils auch „Massenkundgebungen“ (d.h. Erklärungen mit tausenden von Unterschriften) der deutschen Professoren gegeben: so im Oktober 1914 als „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ gegen England, im Sommer 1915 auf dem Höhepunkt der alldeutschen Kriegszielkampagne als annexionistische „Intellektuelleneingabe“ und im Herbst 1917 nach der Friedensresolution des deutschen Reichstages vom Juli 1917 als Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit. Unter allen drei Manifesten finden sich auch die Unterschriften Göttinger Professoren und Dozenten. Ihr Zustandekommen und die Beurteilung ihres Aussagewertes bilden den ersten Teil der folgenden Analyse. Diese wird ergänzt und konkretisiert durch die Darstellung und Interpretation verschiedener Konfliktfälle, die sich

<sup>1</sup> Begriff von H. KELLERMANN (Hg.), *Der Krieg der Geister, Deutsche und ausländische Stimmen zum Weltkriege* („Dem deutschen Volk als ein Gedenkblatt gewidmet“), 1915. Allgemeine Literatur zum Thema findet man in dem sehr informativen Aufsatz von B. VOM BROCKE, „Wissenschaft und Militarismus“ – Der Aufruf der 93 „An die Kulturwelt!“ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenwelt im Ersten Weltkrieg, in: *Wilamowitz nach 50 Jahren* (hg. von W. M. CALDER, H. FLASHER und T. LINDKEN), 1985, S. 649–719, hier besonders Anm. 1 auf S. 650f.

<sup>2</sup> Siehe z.B. die Erklärung der Bonner Hochschullehrer, abgedruckt als Dok. 4 in: *Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg* (hg. von K. BÖHME), 1975, S. 50f.; siehe dort auch die Einleitung von K. BÖHME, S. 13f.; zu München und Bonn siehe: *Krieg der Geister* (Anm. 1), S. 63f.; zu Jena siehe weiter unter Abschnitt II. 2 und zu Tübingen Abschnitt I. 5.

an der Göttinger Universität an den Stellungnahmen einzelner opponierender Universitätsangehöriger insbesondere im Zusammenhang mit der Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit entzündeten und die universitätsinterne Öffentlichkeit zum Teil intensiv beschäftigten. Die aus diesem Anlaß geführten Diskussionen, die in den Quellen ausführlich dokumentiert sind, erlauben Einblicke in Argumentationsweisen und Denkmuster innerhalb einer Gruppe von Hochschullehrern, die in anderen Zusammenhängen nicht öffentlich hervorgetreten sind und deshalb in der Literatur zum Thema üblicherweise nicht vorkommen.<sup>2a</sup>

Der „Krieg der Geister“ abseits von der großen Hauptstadt, in der Provinz – auch wenn der Titel dieser Untersuchung dies nahelegen könnte, so bedeutet dies doch nicht, daß hier eine unbedeutende Universität unverdienterweise in den Mittelpunkt des Interesses gerückt würde. Göttingen war zwar eine Provinzstadt, die Georgia Augusta jedoch keine provinzielle Universität. Im Gegenteil: Als „Hauptstadt der Welt der Naturwissenschaften“ vornehmlich in den Zwanziger Jahren bekannt geworden, genoß Göttingen schon vor dem Ersten Weltkrieg Welt-ruhm als „naturwissenschaftliches Emporium“.<sup>3</sup> Dies war insbesondere das Verdienst des Mathematikers Felix Klein<sup>4</sup>, der gemeinsam mit dem Ministerialdirektor Friedrich Althoff im preußischen Kultusministerium – ohne Scheu vor den damals noch neuartigen Wegen der Finanzierung durch „Drittmittel“ und durch eine äußerst geschickte und effektive Berufungspolitik – Göttingen schon zu Beginn des Jahrhunderts zu einem modernen Zentrum der Naturwissenschaften und vor allem auch der Mathematik ausgebaut hatte.<sup>5</sup> Klein und die Mathematiker und Naturwissenschaftler um ihn herum, für die hier beispielhaft David Hilbert und Carl Runge genannt werden sollen<sup>6</sup>, schufen im übrigen durch ihre Haltung etwa in Berufungs- oder Habi-

<sup>2a</sup> Siehe Anm. 268 am Ende des Beitrags.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Friedrich Althoff (1839–1908) im Jahre 1894 gegenüber dem Chemieindustriellen Henry Theodor Böttinger (1848–1920), der einer der wichtigsten finanziellen Förderer der Göttinger Universität war, zitiert nach B. VOM BROCKE, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im deutschen Kaiserreich 1812–1907: das System Althoff, in: Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs (hg. von P. BAUMGART), 1980, S. 9–118, hier S. 53.

<sup>4</sup> Felix Klein (1849–1925), der im Sommersemester 1886 nach Göttingen gekommen war und zuvor Ordinariate in Erlangen, München und Leipzig bekleidet hatte, war schon vor seiner Göttinger Zeit wissenschaftlich international anerkannt und auch auf organisatorischem und pädagogischem Gebiet bereits hervorgetreten. In Göttingen begründete er die Göttinger Mathematische Gesellschaft und betrieb die Reorganisation der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften (1892); er gründete – maßgeblich unterstützt von Böttinger und Althoff – die „Göttinger Vereinigung zur Förderung der angewandten Physik und Mathematik“ (1898); Klein war außerdem einer der ersten und tatkräftigsten Förderer des Frauenstudiums. Renate TOBIES (Universität Leipzig), der ich im übrigen einige wichtige Hinweise und weiterführende kritische Anmerkungen zu der vorliegenden Abhandlung verdanke, hat zu Klein und seinen vielfältigen wissenschaftsorganisatorischen und – politischen Aktivitäten vielfach und grundlegend veröffentlicht; eine umfangreiche Biographie ist im Entstehen. Bis zu deren Erscheinen ist zu verweisen auf: DIES., Felix Klein (Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner, Bd. 50), 1981.

<sup>5</sup> Siehe dazu VOM BROCKE (Anm. 3), passim, und Renate TOBIES, Wissenschaftliche Schwerpunktbildung: der Ausbau Göttingens zum Zentrum der Mathematik und Naturwissenschaft, in: Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter, Das „System Althoff“ in historischer Perspektive (hg. von B. VOM BROCKE), 1991, S. 87–108; im Überblick auch Cordula TOLLMEN, Die Universität Göttingen im Kaiserreich, erscheint demnächst in: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt (hg. von R. VON THADDEN und G. TRITTEL).

<sup>6</sup> David Hilbert (1862–1943) war 1895 auf Betreiben Kleins von Königsberg nach Göttingen berufen worden. Durch seine damals noch als „revolutionär“ geltende axiomatische Methode hat er weltweit die Entwicklung der modernen Mathematik grundlegend beeinflusst. Vgl. zur wissenschaftlichen Würdigung die von dem Hilbertschüler und späteren Freund und Mitarbeiter O. BLUMENTHAL anlässlich der

litationsfragen, gegenüber Ausländern und vor allem durch ihren bemerkenswerten Einsatz für das Frauenstudium ein Klima innerhalb der Philosophischen Fakultät, das als relativ liberal und offen gekennzeichnet werden kann, auch wenn sich dessen Protagonisten in vielen Fällen nicht gegen ihre Kollegen aus der Historisch-Philologischen Abteilung durchsetzen konnten.<sup>7</sup>

Es war nun ausgerechnet Felix Klein, der als einziger Göttinger den Aufruf „An die Kulturwelt“ vom 4. Oktober 1914 unterzeichnete, in dem 93 weltbekannte Gelehrte, Schriftsteller und Künstler den Einmarsch nach Belgien rechtfertigten und die dort von Deutschen verübten Kriegsgreuel leugneten. Kein anderes Manifest hat dem Ansehen der deutschen Wissenschaft im Ausland so geschadet wie dieser Aufruf. Er provozierte eine Flut von chauvinistischen Gegenangriffen und lieferte nach dem Kriege die wichtigste Begründung für den langjährigen internationalen Boykott der deutschen Wissenschaft. Der Rechtfertigungsversuch Felix Kleins nach dem Kriege, dessen umfangreicher Nachlaß eine ausführliche diesbezügliche Korrespondenz enthält, soll hier in einem zweiten Teil dokumentiert werden. Vor dem Hintergrund der im ersten Teil geschilderten Kriegsrechtfertigungs- und Kriegszieldiskussionen während des Krieges stellt er einen Ausschnitt aus deren Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte nach dem Kriege dar. Über die Person und Göttingen hinausgehende Bedeutung hat dieser verschiedene Fachkollegen aus dem In- und Ausland einbeziehende Briefwechsel Felix Kleins insbesondere deshalb, weil Naturwissenschaftler und insbesondere Mathematiker in Untersuchungen über Mentalität und Politik der Gelehrten im wilhelminischen Deutschland in der Regel nicht im Mittelpunkt des analytischen Interesses stehen.<sup>8</sup>

## I. „Wir Lehrer an Deutschlands Universitäten und Hochschulen“ Positionen in der Kriegszieldiskussion

### 1. „Aufklärung der neutralen Nationen“

An den sofort im August 1914 einsetzenden Aktionen zur „Aufklärung der neutralen Nationen über die Weltlage und über die Stellung Deutschlands zu seinen Feinden“<sup>9</sup> beeindruckt sowohl das angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hohe Maß an zentraler Koordination, als auch dementsprechend das gleichzeitige Neben- und Durcheinander von Aktivi-

---

Erstausgabe der Hilbertschen Werke (1935 erschienen) verfaßte „Lebensgeschichte“, in: D. HILBERT, Gesammelte Abhandlungen, III, 1970, S. 388–429. Auch Carl Runge (1856–1927), der 1904 als Professor für angewandte Mathematik nach Göttingen berufen worden war, trug durch seine Arbeiten maßgeblich zum mathematischen Weltruf der Göttinger Universität bei. Siehe dazu die ausführliche, wenn auch leider auf eine bloße fachimmanente Sicht beschränkte, wissenschaftshistorische Arbeit von G. RICHENHAGEN, Carl Runge (1856–1927): Von der reinen Mathematik zur Numerik, 1985.

<sup>7</sup> Siehe dazu Cordula TOLLMIEHN, „Sind wir doch der Meinung, daß ein weiblicher Kopf nur ganz ausnahmsweise in der Mathematik schöpferisch tätig sein kann ...“. Emmy Noether 1882–1935, in: Göttinger Jahrbuch 38 (1990), S. 153–219, hier insb. S. 163–181; und DIES. (Anm. 5).

<sup>8</sup> Eine der wenigen Ausnahmen: L. BURCHARDT, Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich, in: Deutsche Hochschullehrer als Elite (hg. von K. SCHWABE), 1988, S. 151–214. Burchardt kommt allerdings, da er sich in dem Teil, der sich mit dem Selbstverständnis und der politischen Betätigung der Naturwissenschaftler beschäftigt, lediglich auf die bereits vorhandene Literatur stützt, nur zu sehr oberflächlichen und globalen Urteilen. Insbesondere verläßt sich Burchardt auf die für jede weitere Beschäftigung mit dem Thema bis heute prägend wirkende Pionierstudie von K. SCHWABE, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, 1969. Vgl. dazu auch die Vorabveröffentlichung: DERS., Zur Politischen Haltung der Deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg, in: HZ 193 (1961), S. 601–634, insb. S. 633f.

<sup>9</sup> So der entsprechende Aktentitel im Universitätsarchiv Göttingen (UnivA Gött), Sekretariatsakten I A 3 21 a.

täten einzelner Personen oder Institutionen. So bekam die Universität Göttingen zunächst Post aus Gießen, in der der Präsident der Gießener Handelskammer und der Rektor der Universität gemeinsam auf die in Berlin vom „Deutschen Werkbund“ geschaffene „Zentrale für die planmäßige Zeitungsversendung“ aufmerksam machten und aufforderten, Auslandsadressen einzusenden, um „Bekannte und Freunde in den bisher noch neutralen Staaten durch Briefe, Postkarten und Zeitungsausschnitte über den Stand der Dinge fortdauernd“ zu unterrichten und diese zu veranlassen, „für eine wahrheitsgetreue Berichterstattung der Zeitungen an ihrem Wohnort tätig zu sein“.<sup>10</sup> Gleichzeitig erhielt die Universität aber auch ein Schreiben von der „Süddeutschen Nachrichtenstelle für die Neutralen“, in dem es hieß:

*Die Unabhängigkeit der Wissenschaft von den nationalen Grenzen und die Vorurteilslosigkeit ihrer Vertreter in allen Ländern verbürgen, daß die deutschen Hochschullehrer auch in den noch neutral gebliebenen Staaten durch ihre dort tätigen Fach- und Amtsgenossen Einfluß auf das geistige Leben gewinnen können.*<sup>11</sup>

In schöner Offenlegung der eigentlichen Absichten machte diese Argumentation Vorurteilslosigkeit und Unabhängigkeit zur Voraussetzung von Beeinflussbarkeit im Sinne deutscher Interessen und erhob diese damit implizit zugleich in den Rang objektiver Interessen. Auch die explizite Anknüpfung an die internationalen Werte der Wissenschaftlergemeinschaft in diesem Zusammenhang ist bemerkenswert.

Der Göttinger Prorektor<sup>12</sup> Carl Runge veranlaßte die Adressensammlung und leitete diese nach Berlin und auch nach Stuttgart weiter, von wo ihm daraufhin lobend mitgeteilt wurde, daß das „von der Göttinger Universität zur Verfügung gestellte Adressenmaterial weitaus zum Wertvollsten [zählt], das uns überhaupt zugegangen ist“.<sup>13</sup> In der Tat ist die Zahl von insgesamt 333 Adressen beeindruckend<sup>14</sup>, bedeutet dies doch, daß durchschnittlich zwei Adressen von jedem der Göttinger Hochschullehrer (einschließlich Privatdozenten und Lektoren)<sup>15</sup> angegeben worden sein müssen. Dies kann als ein Beleg für die hohe Zahl internationaler Kontakte der Göttinger Dozenten gewertet werden und gleichzeitig als ein Zeichen für ihre Bereitschaft, diese offenbar ohne Bedenken für den bezeichneten Zweck zu funktionalisieren.

Außerdem entwickelte man in Göttingen (wenn auch nicht nur dort) die Idee, Professoren für Reisen in das neutrale Ausland zu gewinnen, wo sie persönlich durch Gespräche und Vorträge für die deutsche Sache werben sollten. Diese Aktion ging auf eine Anregung des Göttinger Theologen Rudolf Otto zurück, der vor dem Kriege einer der Repräsentanten des Linkslibera-

<sup>10</sup> Rundschreiben vom 26.8.1914, UnivA Gött, I A 3 21a. Nachdem das Reich wenig später seine eigene „Zentralstelle für den Auslandsdienst“ eingerichtet hatte, zog sich der Werkbund von dieser speziellen Aktivität zurück, beteiligte sich aber in anderer Weise weiter an der Propaganda für das Ausland, siehe dazu J. CAMPBELL, *Der Deutsche Werkbund 1907–1934*, 1989, S. 104–130.

<sup>11</sup> Süddeutsche Nachrichtenstelle, deren Geschäftsstelle sich übrigens in der Technischen Hochschule Stuttgart befand, an den Göttinger Prorektor, 1.9.1914, ebenda.

<sup>12</sup> Die Bezeichnung „Prorektor“ stammte in Göttingen noch aus der Zeit der hannoverschen Herrschaft vor 1866, als offiziell der hannoversche König Rektor der Universität war. Nach der Annexion Hannovers durch Preußen ruhte das Rektorat dann (abgesehen von einer kurzen Zwischenzeit, in der Prinz Albrecht von Preußen den Titel trug), bis es Ende 1916 zu einer Änderung der Universitätsverfassung kam, durch die der Prorektor auch nominell zum Rektor wurde.

<sup>13</sup> Süddeutsche Nachrichtenstelle an den Göttinger Prorektor, 23.9.1914, UnivA Gött, I A 3 21a.

<sup>14</sup> Davon allein 121 in den Vereinigten Staaten, 64 in den skandinavischen Ländern (28 in Norwegen, 23 in Dänemark, 13 in Schweden), 47 in der Schweiz, 45 in Holland und 43 in Italien, außerdem 3 in Rumänien, 5 in Spanien, 4 in Jerusalem/Palästina und 1 in der Türkei. Listen in: ebenda.

<sup>15</sup> Berücksichtigt man nur die Ordinarien, so hatten diese durchschnittlich je vier Adressen beigesteuert, wobei natürlich davon auszugehen ist, daß eine Reihe von Professoren gar keine und andere dagegen eine Vielzahl von Adressen abgegeben haben. Leider weisen die Listen in den Akten nicht die jeweilige Herkunft derselben aus.

lismus in Göttingen gewesen war<sup>16</sup>, und wurde von dem ebenfalls als liberal geltenden Mathematiker Carl Runge als Prorektor organisiert. Runge bemühte sich nicht nur darum, alle anderen deutschen Universitäten für diese Idee zu gewinnen, sondern versuchte auch, öffentliche und private Gelder zur Finanzierung dieser Reisen zu beschaffen.

Die Antworten der anderen Universitäten auf diesen Vorschlag waren zwar durchaus freundlich und bewerteten die Göttinger Initiative sehr positiv, im Ergebnis allerdings waren sie deutlich zurückhaltend. In dem einen Fall fehlten geeignete Leute, die gleichzeitig redigewandt und von internationaler Reputation waren und auch noch die entsprechenden Fremdsprachen beherrschten; in einem anderen war „alles was in Betracht käme“, schon anderweitig eingesetzt; in wieder einem anderen waren die Dozenten wegen des begonnenen Semesters unabhkömmlich<sup>17</sup>; dann wurde vorgeschlagen, doch lieber auf das deutschfreundliche Wirken von Angehörigen der betreffenden neutralen Länder zurückzugreifen, „die hier Alles miterlebt haben und das Zeug und den Willen haben, für uns auch in ihrer Heimat wirksam einzutreten“<sup>18</sup>; oder aber die noch in Deutschland befindlichen ausländischen Studenten sollten aufgefordert werden, in ihren Briefen an ihre Angehörigen, Aufsätze über die Verhältnisse in Deutschland mit der Bitte beizulegen, sie den ihnen zugänglichen Zeitungen zur kostenlosen Aufnahme zur Verfügung zu stellen:

*Die jungen Leute könnten dadurch einen kleinen Teil des Dankes abstatten, den sie Deutschland für die ihnen Jahre und jahrzehntelang in überreichem Maße bewiesene Gastfreundschaft schulden.*<sup>19</sup>

Von verschiedenen Seiten wurde sogar vor den außerordentlich schädlichen Auswirkungen solcher Aufklärungsaktionen gewarnt: So hatte sich der Rektor der Technischen Hochschule in Karlsruhe mit dem dort tätigen Oberbaurat Rehbock besprochen, „dessen Eltern und andere Verwandte in Holland angesehene Stellungen innehaben“. Dieser habe die Meinung vertreten, daß zum einen die Neutralität Hollands „absolut sicher“ sei, daß die Holländer zum anderen durch deutsche Zeitungen schon bestens informiert seien und daß außerdem „bei dem Volkscharakter der Holländer der Versuch einer Beeinflussung keinen Nutzen, eher Schaden bringen würde“. Aus diesem Grunde habe Rehbock von einem Besuch in Holland dringend abgeraten<sup>20</sup> – wobei m.E. allerdings davon auszugehen ist, daß dieser insbesondere verhindern wollte, daß er selbst für diese Aktion ausersehen wurde.

Über die Universität Rostock erreichte außerdem ein Schreiben des Historikers Maximilian Claar aus Rom die Göttinger Universität:

<sup>16</sup> Rudolf Otto (1869–1937), der 1898 in Göttingen habilitiert und 1906 zum außerordentlichen Professor ernannt worden war, gehörte der sog. Religionsgeschichtlichen Schule in Göttingen an, die durch ihren radikal historischen Ansatz im Umgang mit den christlichen Quellen um die Jahrhundertwende eine für die Theologie sehr folgenreiche Bewegung ausgelöst hat. Otto vertrat den Wahlkreis Göttingen im Preußischen Landtag (seit Mai 1913) zwar als Kandidat der Nationalliberalen, dies aber mit ausdrücklicher Unterstützung der Linksliberalen. Siehe dazu H.J. DAHMS und F. HALFMANN, Die Universität Göttingen in der Revolution von 1818/19, in: 1918 – Die Revolution in Südhannover, Begleitheft zur Dokumentation des Museumsverbundes Südniedersachsen, 1988, S. 59–82, hier S. 60; und die Dokumentation von G. LÜDEMANN und M. SCHRÖDER, Die Religionsgeschichtliche Schule in Göttingen, 1987, zu Otto dort S. 75ff.

<sup>17</sup> In der Reihenfolge der Wiedergabe: Schreiben der Universität Marburg, 24.9.1914, der Universität Leipzig, 19.9.1914, und der Technischen Hochschule Braunschweig, 22.9.1914, UnivA Gött, I A 3 21a.

<sup>18</sup> Universität Freiburg, 16.9.1914 (Unterstreichung im Original), ähnlich auch die Universität Jena, 16.9.1914, ebenda.

<sup>19</sup> Sonderaktion der TH Dresden, hinter der angeblich der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger (1875–1921) stehen sollte, Schreiben an die Universität Göttingen, 14.10.1914, 17.10.1914, 23.10.1917 (Zitat), ebenda.

<sup>20</sup> Schreiben der TH Karlsruhe, 23.9.1914, ebenda.

*Ich muß aber Ihre Absicht [mir die Aufklärungsaktion zu übertragen – C.T.] mit der Überzeugung beantworten, dass weder ich noch sonst jemand in Rom oder in Deutschland mit einer solchen Mission betraut werden sollte. Die Absicht Italien aufzuklären, ist nämlich bisher in ihren Wirkungen ausserordentlich geschädigt worden dadurch, dass sie von Deutschland aus in zersplitterter, directionsloser Form durchgeführt wurde, und dass dadurch die Italiener und namentlich die italienischen Zeitungen, die sich täglich mit Dutzenden von Besuchen derartiger privater Beauftragter und mit Hunderten (ich bitte das wörtlich zu nehmen) von Drucksachen aus Deutschland überschwemmt sehen, eher übellaunig und missmutig geworden sind und in keiner Weise infolgedessen mit ihrer Aktion dementsprochen haben, was die Massensendung von aufklärendem Material bezweckte.<sup>21</sup>*

An diesen Befürchtungen und Warnungen ist vor allem der Zeitpunkt bemerkenswert, zu dem sie abgegeben wurden – nämlich noch vor den großen aufsehenerregenden Erklärungen des Oktobers 1914, die die Stimmung im Ausland endgültig umschlagen ließen.<sup>22</sup>

Auch das Kultusministerium verhielt sich gegenüber dem Göttinger Vorstoß eher reserviert. Es leitete zwar die ihm übermittelten Namen der Professoren, die sich trotz allem zu einer Reise bereiterklärt hatten, an das Auswärtige Amt weiter, wies aber zugleich daraufhin, daß „nach der dieserhalb gepflogenen Besprechung“ angenommen werden müsse, „daß soweit nicht Einladungen vom Ausland selbst vorliegen oder noch zu erwarten sind, die Entsendung von Universitäts- oder Hochschullehrern im Hinblick auf die politische Lage und andere zur Aufklärung getroffene Maßnahmen zur Zeit nicht in Frage kommt“.<sup>23</sup>

Insgesamt läßt sich festhalten, daß trotz der allgemeinen nationalen Aufbruchstimmung in den ersten Kriegsmonaten die Bereitschaft zum persönlichen, mit Unbequemlichkeiten verbundenen Einsatz doch geringer war, als häufig angenommen wird, und daß außerdem insbesondere die Aufrechterhaltung des Universitätsbetriebes (wie übrigens schon 1870/71) höchste Priorität hatte.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> Brief von Maximilian Claar (geb. 1873), der seit 1897 in Rom lebte und von 1905 bis 1915 Pressechef der öst.-ung. Botschaft war, an A.O. Meyer in Rostock, 26.9.1914, ebenda. Ähnliche Vorbehalte wurden im übrigen auch für die Schweiz von der Universität Münster nach Göttingen übermittelt: Versuche, die Volksstimmung zu beeinflussen, würden sicher Gegenaktionen der französischen Journalisten zur Folge haben und daher vom Schweizer Landrat verboten werden. Die Schweiz werde in jedem Fall die strengste und korrekteste Neutralität wahren. Schreiben der Universität Münster, 17.10.1914, ebenda.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Äußerung des Berliner Philosophen Max Dessoir (1867–1947) im Berliner Tageblatt vom 25.11.1914 (also nach dem Aufruf „An die Kulturwelt“ und mit Bezug darauf), der angesichts der „Ungeschicklichkeiten“ der „intellektuellen Kriegsfreiwilligen“ während ihres „Vortragsfeldzuges“ öffentlich darüber nachdachte, ob man nicht auf jede Beeinflussung verzichten und nur noch Taten sprechen lassen solle, und, falls dies nicht annehmbar sei, darum bat, doch eine Form zu wählen, die den gewünschten Eindruck erzeuge, und sich ein wenig mehr in die anderen Völker einzufühlen. Wiedergegeben nach: Krieg der Geister (Anm. 1), S. 19ff.; teilsitiert auch in: T. WOLFF, Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am „Berliner Tageblatt“ und Mitbegründer der „Deutschen Demokratischen Partei“ (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 54/I und 54/II), eingeleitet und herausgegeben von B. SÖSEMANN, 1984, S. 122.

<sup>23</sup> Ministerium an Göttinger Universität, 17.10.1914, UnivA Gött, I A 3 21 a. Runge war übrigens wegen dieser Aktion extra nach Berlin gereist, siehe dazu den Brief Felix Kleins an den Berliner Bürgermeister Georg Reicke, 22.9.1914, Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (NSuUB Gött), Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 31.

<sup>24</sup> Vgl. dazu den entsprechenden Abschnitt bei TOLLMIEN (Anm. 5) und die Weisung des Berliner Kultusministeriums vom 8.9.1914 an alle preußischen Universitäten, den Lehrbetrieb wie im Jahre 1870/71 trotz des Krieges aufrecht zu erhalten, wenn auch vielleicht hier und dort Einschränkungen notwendig werden würden, UnivA. Gött, Sekretariatsakten I B 1 38 (1).

Darüber hinaus kam es in Göttingen zu einer Begebenheit, die zeigt, daß zumindest einigen der Göttinger Professoren die Bindungen an ihre ausländischen Schüler und ihre Verpflichtungen diesen gegenüber mehr bedeuteten als die Kriegserklärungen des August 1914, die diese offiziell zu Feinden machten. Nach der Kriegserklärung Englands am 4. August 1914 waren auch in Göttingen die englischen (südafrikanischen, kanadischen und indischen) Studenten in Schutzhaft genommen worden. Einige der Professoren ließen es sich nun nicht nehmen, ihre Schüler (übrigens auch die zwei Tage zuvor inhaftierten Russen) in der Schutzhaft zu besuchen, und ein Kanadier konnte dort am 7. August sogar noch seine Doktorprüfung ablegen. Diesbezügliche Proteste aus der Bevölkerung und der Professorenschaft wies der Abteilungsvorsteher der Historisch-Philosophischen Abteilung, der Indologe Hermann Oldenberg, in einer Erklärung gegenüber dem Prorektor mit den bemerkenswerten klaren Worten zurück,

*daß es nicht am Platze sei, was England uns getan hat, einem einzelnen in deutscher Gewalt befindlichen Briten entgelten zu lassen, in einer Angelegenheit, die mit den kriegerischen Ereignissen schlechterdings nichts zu tun hatte, und jenem eine Behandlung zu versagen, die dem ausgezeichneten Göttinger Studenten, unserem Schüler gebührte.*

Er habe, so Oldenberg abschließend, eine Mitteilung über den Vorgang an den Prorektor unterlassen, da dieser nicht der Beurteilung durch anderweitige Instanzen der Universität unterliege.<sup>25</sup> Letzteres war ein besonders wichtiges und gewichtiges Argument, das uns auch in anderen Konfliktfällen immer wieder begegnen wird: Promotionen waren Fakultätssache bzw. Abteilungssache der seit 1911 in eine Mathematisch-Naturwissenschaftliche und eine Historisch-Philologische Abteilung aufgespaltenen Göttinger Philosophischen Fakultät, und insbesondere die Fakultäten achteten innerhalb der universitären Hierarchie peinlich genau darauf, daß ihre Rechte nicht durch gesamtuniversitäre Instanzen wie den Prorektor oder auch den Senat oder Verwaltungsausschuß beschnitten wurden. Sie stellten sich daher – wie in diesem Fall – in der Regel vor ihre Dozenten, wenn es zum Konflikt kam.

## 2. Die „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“

Auch in Göttingen beherrschten natürlich nicht solche oder ähnliche Konflikte die Stimmung der ersten Kriegsmonate, sondern die als „Wunder des August 1914“ erlebten kriegsbejahenden Gefühle von Gemeinsamkeit und Einigkeit. Eindrückliches Dokument dieser herrschenden Einmütigkeit ist die „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“, die am 16. Oktober 1914 in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache der Öffentlichkeit übergeben wurde und insgesamt über 3000 Unterschriften von Hochschullehrern aller 53 deutschen Universitäten, Hochschulen und Akademien unter sich vereinen konnte. Sie begann mit den Sätzen:

*Wir Lehrer an Deutschlands Universitäten und Hochschulen dienen der Wissenschaft und treiben ein Werk des Friedens. Aber es erfüllt uns mit Entrüstung, daß die Feinde Deutschlands, England an der Spitze, angeblich einen Gegensatz machen zwischen dem Geist der deutschen Wissenschaft und dem, was sie preußischen Militarismus nennen. In dem deutschen Heere ist kein anderer Geist als in dem deutschen Volke, denn beide sind eins, und wir gehören auch dazu.*

<sup>25</sup> Erklärung des Abteilungsvorstehers der Hist.-Phil. Abteilung, Hermann Oldenberg (1854–1920, seit 1908 als Ordinarius in Göttingen), mit einer Vorbemerkung des Mediziners Eduard Kaufmann (1860–1931, Ordinarius in Göttingen von 1907–1928 und Runges Vorgänger als Prorektor), 12.8.1914, UnivA Gött I B 38 (1). Der betroffene Kanadier mit dem Namen Bell war übrigens Doktorand des Philosophen Edmund Husserl (1859–1938, von 1906 bis 1916 Ordinarius in Göttingen), der dessen Arbeit als besonders gut bewertet und wohl das ungewöhnliche Verfahren angeregt hatte.

Und endete programmatisch:

*Unser Glaube ist, daß für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche „Militarismus“ erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen freien deutschen Volkes.<sup>26</sup>*

Diese von dem seiner Zeit bedeutendsten deutschen Altertumswissenschaftler und Professor an der Berliner Universität Ulrich von Wilamowitz<sup>27</sup> verfaßte und von seinem agitatorisch bereits erfahrenen Berliner Kollegen, dem Historiker Dietrich Schäfer<sup>28</sup>, verbreitete Erklärung ist ein beeindruckendes Dokument für die umfassende Bereitschaft der Akademiker, mit den ihnen eigenen Mitteln ebenfalls einen Beitrag zum Kriegseinsatz zu leisten. Sie stellten sich damit in eine bis in die Tage des Vormärz zurückreichende Tradition professoralen politischen Engagements, dessen Charakter sich nach 1871 allerdings grundlegend gewandelt hatte und – sich in Abkehr vom parteipolitischen Leben bei gleichzeitiger Zuwendung zu den „vaterländischen“ Verbänden – immer mehr zu einer theoretischen Legitimation des deutschen Imperialismus entwickelt hatte. Nach eigenem Selbstverständnis ausgewiesen durch wissenschaftliche Objektivität, frei von eigenen Interessen, unabhängig und vor allem überparteilich verstanden sich die deutschen Professoren als Repräsentanten des „öffentlichen Gewissens“<sup>29</sup> und politische Mentoren des Volkes. Ihre fachliche Kompetenz zu einer allgemeinen Urteilsfähigkeit überhöhend und vorgeblich allein dem Gesamtwohl des Staates und der Nation dienend, erhoben sie Anspruch auf die Anerkennung umfassender Führungsqualitäten, die einer fachlichen Bindung nicht mehr bedurften.<sup>30</sup>

Mit dem zitierten Bekenntnis zur Einheit von deutschem Heer, deutschem Volk und deutscher Wissenschaft in der Erklärung der deutschen Hochschullehrer wandten sich diese speziell gegen die schon vor dem Kriege sowohl in England als auch in Frankreich verbreitete These von den „zwei Deutschland“, in der das „böse“ Deutschland Bismarcks dem „guten“ Goethes gegenübergestellt wurde: das „starke tiefe Deutschland der Vergangenheit, das Deutschland der

<sup>26</sup> Text abgedruckt bei VOM BROCKE (Anm. 1), S. 717; außerdem als Dok. 2 in: Aufrufe und Reden (Anm. 2); ein Exemplar (deutsch-italienisch) mit 3055 Unterschriften in der Universitätsbibliothek Göttingen.

<sup>27</sup> Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf (1848–1931) hatte von 1883 bis 1887 in Göttingen gelehrt. Zur Autorschaft von Wilamowitz siehe VOM BROCKE (Anm. 1), S. 651.

<sup>28</sup> Dietrich Schaefer (1845–1929), der zunächst mehrere Jahre im Schuldienst tätig war und erst spät „Universitätslehrer“ (so grundsätzlich seine eigene Bezeichnung) geworden war, betrieb seine außerordentlich breitenwirksame „Geschichtsschreibung mit politischer Tendenz“ seit 1903 in Berlin und war dort für eine Reihe von vaterländisch-nationalen Organisationen wie dem Alldeutschen Verband, dem Flottenverein, dem Ostmarkenverein und der Kolonialgesellschaft schon vor 1914 agitatorisch tätig. In der Kriegspublizistik und der dafür notwendigen Agitations- und Werbetätigkeit spielte er eine herausragende Rolle. Siehe dazu R. VOM BRUCH, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914), (Historische Studien, Heft 435), 1980, vor allem S. 206ff.; und Schäfers Erinnerungen: D. SCHÄFER, Mein Leben, 1926; zur Erklärung der Hochschullehrer siehe dort S. 166f.

<sup>29</sup> Schon 1902 hatte der mit bildungspolitischen Arbeiten hervorgetretene Pädagoge und Philosoph an der Berliner Universität Friedrich Paulsen (1846–1908) formuliert, daß die Universität „etwas wie das öffentliche Gewissen des Volkes“ sein solle. F. PAULSEN, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium, 1902, S. 331.

<sup>30</sup> Zum Führungsanspruch der „Gebildeten“ siehe die Dissertation von Brigitte SCHRÖDER-GUDEHUS, Deutsche Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit 1914–1928, Genf 1966 (hier beispielsweise S. 18–25 oder S. 54–58), die in der nachfolgenden Literatur erstaunlich wenig rezipiert wurde, obwohl deren grundlegende Einsichten in weiten Teilen auch heute noch als nicht überholt gelten können.

Musik und der Philosophie“ dem (zu bekämpfenden) „jetzigen monströsen Deutschland von Blut und Eisen“,<sup>31</sup> Mit Beginn des Krieges war diese Vorstellung vor allem durch den britischen Außenminister Edward Grey populär geworden, der die Losung ausgegeben hatte, daß dieser Krieg sich zwar gegen den deutschen Militarismus, nicht aber gegen die deutsche Kultur richte und daß dieser Krieg durch den preußischen Militarismus und nicht durch das deutsche Volk vom Zaun gebrochen worden sei.<sup>32</sup> Diese Haltung wurde sowohl in Frankreich wie in England von vielen Intellektuellen übernommen und spielte insbesondere in den Antworten der englischen Wissenschaftler auf die deutschen Erklärungen vom Oktober 1914 eine wichtige Rolle.<sup>33</sup>

Die deutschen Gelehrten setzten dagegen – im Sinne der tradierten idealistischen Macht-Kultur-Synthese – die trotzig behauptung von der Einheit dieser beiden Deutschland. Zu diesem Zweck deuteten sie den in der Regel bisher nur in kritischer Absicht gebrauchten Begriff des Militarismus positiv als Ausdruck heldischer Gesinnung, spezifisch deutscher Pflichterfüllung, „Opfermut“, „Treue“ und „Manneszucht“ um und schrieben ihm zudem eine gesamteuropäische Mission zu.<sup>34</sup> Diese Auffassung bildete im übrigen auch später noch – als die Professorenschaft im Laufe der Kriegszieldiskussion längst wie die gesamte Öffentlichkeit in einander bekämpfende Lager gespalten war – einen Basiskonsens in der Kriegspublizistik, der über den Krieg hinaus Bestand hatte.<sup>35</sup>

Nur wenige Gelehrte waren in der ersten Kriegsbegeisterung in der Lage und bereit, sich dem herrschenden Konformitätsdruck zu entziehen, und so findet sich denn auch die beachtliche Zahl von 113 Göttinger Namen unter der Erklärung. Da das Göttinger Vorlesungsverzeichnis damals insgesamt 178 Dozenten (einschließlich Lektoren, Zeichenlehrer, Tanz- und Stallmeister) auswies, bedeutet dies, daß zwei Drittel aller an der Universität Lehrenden diese Erklärung unterschrieben haben. Noch beeindruckender wird der Prozentsatz der Unterzeichner, wenn man nur die Ordinarien betrachtet: Von den 75 Göttinger Ordinarien unterschrieben nämlich 62, das waren über 80%.<sup>36</sup> Obwohl die Ordinarien nur etwa ein Drittel des gesamten Lehrkörpers der Universität stellten, stammten also mehr als die Hälfte (54%) der Unterschriften von ihnen. Dies könnte darauf deuten, daß in Göttingen gezielt und vornehmlich die Ordinarien um ihre Unterschrift gebeten wurden (es ist leider nicht bekannt, auf welche Weise und durch wen für die Erklärung geworben wurde); es könnte auch heißen, daß insbesondere die durch Alter und Status vor einem direkten Fronteinsatz geschützten Professoren sich (kompensatorisch) zum intellektuellen Kriegseinsatz aufgerufen fühlten. Doch erklären sich die fehlenden Unterschriften der jüngeren (Privat-)Dozenten (und übrigens auch auffällig vieler Mediziner) zu einem großen Teil sicherlich einfach dadurch, daß diese bereits eingezogen waren. Obwohl vereinzelt auch Dozenten unterschrieben haben, die bereits im Heeresdienst standen, ist es daher

<sup>31</sup> So der englische Schriftsteller und Erfinder des Sherlock Holmes Conan Doyle (1859–1930) am 9.9.1914 im Daily Chronicle, zitiert und kommentiert in der Kölnischen Zeitung vom 14.9.1914, hier zitiert nach: Krieg der Geister (Anm. 1), S. 368. Weitere Literaturangaben zur These von den zwei Deutschland bei VOM BROCKE (Anm. 1), Anm. 4 auf S. 653.

<sup>32</sup> Edward Grey (1862–1933, Außenminister von 1905 bis 1916) an seine Wähler, 4.9.1914, wiedergegeben nach: VOM BROCKE (Anm. 1), S. 692, dort Anm. 62; und nach: Krieg der Geister (Anm. 1), S. 22.

<sup>33</sup> Entsprechende Änderungen siehe in Krieg der Geister (Anm. 1), S. 307–316, S. 339–343 und S. 377ff.; und bei VOM BROCKE (Anm. 1), S. 693, dort Anm. 63. Zu den Antworten der englischen Gelehrten siehe unten Abschnitt II. 2.

<sup>34</sup> Vgl. dazu auch VOM BROCKE (Anm. 1), S. 653ff., und die dortigen Ausführungen zur Verwendung und Umdeutung des Begriffs bei Wilamowitz, S. 691–706.

<sup>35</sup> Vgl. dazu Abschnitt II. 6.

<sup>36</sup> Unterschrieben haben alle Ordinarien der Theologischen Fakultät (8), alle Ordinarien der Juristischen Fakultät (9), 8 Ordinarien der Medizinischen Fakultät (von insgesamt 11) und 38 der Philosophischen Fakultät (von insgesamt 47).

sicher unzulässig, von einer fehlenden Unterschrift auf eine bewußte Verweigerung derselben zu schließen. In fast allen Fällen ist es sehr viel wahrscheinlicher, daß lediglich deshalb nicht unterschrieben wurde, weil der Betreffende – aus welchen Gründen auch immer – zufällig nicht anwesend war. So fehlt etwa die Unterschrift des Mediziners Eduard Kaufmann, der in seiner Eigenschaft als Prorektor im August 1914 selbstverständlich mit einschlägigen Reden vor der Göttinger Studentenschaft hervorgetreten war.<sup>37</sup> Auf der anderen Seite steht unter der Erklärung – um nur ein Beispiel zu nennen – auch die Unterschrift von David Hilbert, für den seine Biographin später geltend gemacht hat, daß er den Krieg von Anfang an abgelehnt habe und dies auch öffentlich gesagt habe und der für seine nicht geleistete Unterschrift unter den Aufruf „An die Kulturwelt“ sogar einem Boykott von einem Teil seiner Studenten ausgesetzt gewesen sein soll.<sup>38</sup>

Wegen der allgemein herrschenden Einmütigkeit in den ersten Kriegsmonaten erlauben die ersten Unterschriftenlisten noch keine Differenzierung des Meinungsspektrums innerhalb der Professorenschaft – diese wird erst mit der zunehmenden Polarisierung der Professoren in ein gemäßigtes und ein radikales Lager möglich, die sich im Laufe des Sommers 1915 vollzog.

### 3. Deutschlands Kriegsziele

Trotz des offiziell bis zum November 1916 bestehenden Verbots einer öffentlichen Diskussion der Kriegsziele organisierte der Berliner Theologe Reinhold Seeberg<sup>39</sup> am 20. Juni 1915 in Berlin eine öffentliche Werbeveranstaltung für eine von den führenden (offiziell aber nicht in Erscheinung tretenden) Alldeutschen initiierte Denkschrift zu den deutschen Kriegszielen. Die Denkschrift, der eine im wesentlichen inhaltsgleiche gemeinsame Eingabe der sechs größten deutschen wirtschaftlichen Interessenverbände (des Bundes der Landwirte, des Deutschen Bauernbundes, des Westfälischen Bauernvereins, des Centralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen) an den Reichskanzler vom 20. Mai 1915 vorausgegangen war, begann mit einem Satz, der sicherlich bewußt an den einleitenden Satz der Kriegsproklamation Kaiser Wilhelms II. vom 6. August 1914 erinnerte:

*Das deutsche Volk und sein Kaiser haben vierundvierzig Jahre den Frieden gewahrt, gewahrt zuletzt bis an die Grenze der nationalen Ehre und Daseinserhaltung. Niemals hat Deutschland trotz wachsender Volkskraft und -zahl daran gedacht, die engen Grenzen seines kontinental-europäischen Besitzes erobernd zu überschreiten.*

<sup>37</sup> Sofort nach Kriegsbeginn hatte er zudem persönlich eine spezielle Kriegsakte für die Universität angelegt, damit – wie er in einer vorab eingelebten Notiz dazu bemerkte – „unsere Akten nicht wieder so dürftiges Material haben wie 1866 und 1870“. Siehe erste Notiz, o.D., Aufruf des Prorektors, o.D., und Ansprache des Prorektors an die Studenten, 2.8.1914, UnivA Göttingen, I B 1 38 (1). Kaufmann befand sich zum Zeitpunkt der Unterzeichnung vielleicht noch in den Ferien.

<sup>38</sup> Constance REID, Hilbert, With an appreciation of Hilbert's mathematical work by Hermann Weyl, Berlin-Heidelberg-New York 1970, S. 137f. Die Biographie basiert auf Erinnerungen der Zeitgenossen und der Familie Hilberts und ist dementsprechend ebenso unzuverlässig wie voller anderweitig nicht zugänglicher interessanter Details. Klein jedenfalls war nach dem Kriege, wie er in einem Brief an Max Planck äußerte, davon überzeugt, daß er als einziger in Göttingen zur Unterschrift unter den Aufruf „An die Kulturwelt“ aufgefordert worden war. Klein an Planck, 21.9.1919, NSuUB Göttingen, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 3. Doch besteht an Hilberts grundsätzlich ablehnender Haltung zum Krieg kein Zweifel.

<sup>39</sup> Reinhold Seeberg (1859–1935), Kirchenhistoriker und Systematiker an der Universität Berlin und alldeutscher Publizist, war wie Dietrich Schäfer schon vor 1914 als „Theologe des deutschen Imperialismus“ agitatorisch hervorgetreten. Siehe dazu G. BRAKELMANN, Protestantische Kriegstheologie im Ersten Weltkrieg. Reinhold Seeberg als Theologe des deutschen Imperialismus, 1974.

Und fuhr dann fort:

*Jetzt aber genügt uns [...] die bloße Abwehr nicht mehr. [...] Ganz gewiß, nicht Weltherrschaft, aber volle, der Größe unseres kulturellen, wirtschaftlichen und kriegerischen Kraft entsprechende Weltgeltung wollen wir.*

Im einzelnen sahen die Pläne vor: eine „durchgreifende Verbesserung unserer ganzen Westgrenze“, die Eroberung eines Teils der nordfranzösischen Kanalküste, die Übernahme des französischen Kolonialbesitzes, das „Festhalten“ Belgiens, die Abtretung von ausgedehnten „eigentumsfreiem“ Siedlungsland im Osten „als Grenzwall und Grundlage zur Wahrung unseres Volkswachstums“ in Rußland<sup>40</sup>, die Durchsetzung deutscher See- und Überseegehung gegenüber England, den Ausbau des afrikanischen Kolonialgebietes, die Beseitigung des englischen Monopols im Kabel- und Nachrichtenwesen und eine finanzielle Entschädigung für die „staatlichen Kosten des Krieges“, für die – wenn möglich – vor allem England, diese „Krämernation“, aber auch Frankreich herangezogen werden sollten.<sup>41</sup>

<sup>40</sup> Zur geforderten „Eigentumsfreiheit“ dieses Siedlungslandes führte die Denkschrift aus: „Gegenüber russischer Verwaltungspraxis gar keine unerhörte Forderung. Mit dem Grund und Boden ist die russische Bevölkerung nicht so wurzelfest verwachsen wie diejenigen im westlichen und mittleren Europa. Im gewaltigsten Maßstab hat Rußland vielmehr immer wieder, bis in die Kriegszeiten hinein, große Teile seiner Bevölkerung in weit entfernte Gebiete verpflanzt. Die hier vorliegenden Möglichkeiten dürfen nicht nach bescheidenem deutschen Kulturmaßstabe bemessen werden.“ Zur Ausweitung und Teilverwirklichung dieser Pläne durch die nationalsozialistischen Planungsstäbe während des Zweiten Weltkrieges siehe: „Generalplan Ost“ – „Gesamtplan Ost“. Aspekte nationalsozialistischer Planungs- und Vernichtungspolitik (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, unter Mitarbeit von Cordula TOLLMEN herausgegeben von Mechtild RÖSSLER und Sabine SCHLEIERMACHER, 1993).

<sup>41</sup> Text der Seeberg-Adresse in: Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914 in Deutschland öffentlich oder heimlich verbreitet wurden. Mit einem Anhang: Annexionistische Kundgebungen (hg. von S. GRUMBACH), Lausanne 1917, S. 132–140 (Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände vom 20.5.1915, S. 123–132); auch als Dok. 12 in: Aufrufe und Reden (Anm. 2), S. 125–135. Ein Exemplar der Seeberg-Adresse mit Unterschriften befindet sich unter dem Namen des Verfassers Andreas Gildemeister (Bremen) und mit dem Titel „Deutschlands Kriegsziele“ versehen in der Universitätsbibliothek Göttingen. Der Verfasser Andreas Gildemeister (geb. 1863), über den sich die gängige Literatur zur Kriegszieldiskussion bemerkenswerterweise völlig ausschweigt, stammte aus einer Bremer Kaufmanns- und Reederfamilie und war nach ausgedehnten Reisen durch Süd- und Nordamerika und längeren Englandaufenthalten vor dem Kriege vor allem als populärer Reiseschriftsteller („Auf einem Segelschiff rund um Kap Horn“, 3. Aufl. 1913; „Deutschland und England, Randbemerkungen eines Hanseaten“, 1905) hervorgetreten. 1912 hatte er noch als Delegierter an den Verhandlungen der Deutsch-Englischen Verständigungskonferenz in London (30.10.–1.11.1912) teilgenommen, durch die nach der Marokkokrise Mitglieder der deutschen und englischen Friedensbewegung, des Verbandes für internationale Verständigung, deutsch-englische Freundschaftsgesellschaften und entsprechend orientierte kirchliche Kreise zur Förderung der gegenseitigen Kenntnis beider Länder, der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und auch zur deutsch-englischen Verständigung in der Kolonialpolitik beitragen wollten (vgl. dazu: Deutschland und England in ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen. Verhandlungen der Deutsch-Englischen Verständigungskonferenz, im Auftrage der Vereinigten Komitees hg. von E. SIEPER, 1913, S. XII). Gildemeister gehörte damit zu den vielen, die nach dem Ausbruch des Krieges ihr der Völkerverständigung dienendes Vorkriegsengagement aufgaben und zu Kriegsbefürwortern oder sogar zu Annexionisten wurden. Es finden sich außer Gildemeister auch noch andere Teilnehmer an dieser Konferenz (so etwa der in England geborene Chemieindustrielle Henry Theodor Böttinger, siehe Anm. 3) unter den Unterzeichnern der Seeberg-Adresse. Vgl. dazu auch Abschnitt II.1. Zur Entstehungsgeschichte der Seeberg-Adresse siehe die Erinnerungen von SCHÄFER

Um ihren Ursprung aus Kreisen der Groß- und insbesondere der Schwerindustrie zu verschleiern, wurde für diese am 8. Juli 1915 dem Reichskanzler übersandte annexionistische Denkschrift gezielt und in bewußter manipulatorischer Absicht unter Akademikern, Gelehrten und Künstlern geworben. Innerhalb kürzester Zeit gelang es, insgesamt 1347 Unterschriften für diese Eingabe zusammenzubringen, von denen 352 von Hochschullehrern stammten, 158 von Lehrern und Geistlichen, 148 von Richtern und Anwälten und 252 von Künstlern, Schriftstellern und Verlangsbuchhändlern.<sup>42</sup> Die Denkschrift ist deshalb nicht nur als Seeberg-Adresse, sondern vor allem als „Intellektuelleneingabe“ in die Literatur eingegangen. Sie ist ein besonders gutes Beispiel für den spezifisch doppelten Charakter solcher Denkschriften, die zugleich als Massenpetition und als Sachverständigengutachten angelegt waren und so die Überzeugungskraft beider für sich in Anspruch nehmen konnten.<sup>43</sup>

Der Berliner Historiker Hans Delbrück, Herausgeber der vor allem in höheren Beamtenkreisen einflußreichen Preußischen Jahrbücher und in diesem politischen Umfeld einer der schärfsten (und einflußreichsten) Kritiker der Alldeutschen<sup>44</sup>, hielt die möglichen innen- und außenpolitischen Auswirkungen der Seeberg-Adresse für so gefährlich<sup>45</sup>, daß er sich zu einer Gegeneingabe entschloß. Nach mehreren Entwürfen letztendlich formuliert von dem Herausgeber des liberalen Berliner Tageblattes Theodor Wolff<sup>46</sup>, wurde diese am 9. Juli 1915 in kleinem Kreis verabschiedet und am 27. Juli dem Reichskanzler übergeben. Sie konnte allerdings insgesamt nur 141 Unterschriften vorweisen, von denen etwas mehr als 70 von Hochschullehrern stammten.

Delbrücks Erklärung distanzierte sich von den gigantischen Eroberungsplänen der Seeberg-Adresse und bekannte sich „in rein sachlicher Erwägung“ zu dem Grundsatz, „daß die Einverleibung oder Angliederung politisch selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen ist“. Sie begründete diese bemerkenswert klare Aussage geschickterweise mit den nationalstaatlichen Grundlagen der Reichsgründung:

*Das deutsche Reich ist hervorgegangen aus dem Gedanken der nationalen Einheit, der nationalen Zusammengehörigkeit. Es hat nationalfremde Elemente nur langsam und noch unvollkommen mit sich verschmolzen, und wir wollen uns weder durch Ereignisse, noch durch Personen, noch durch leicht erzeugbare Stimmungen dazu drängen lassen, die leitenden Grundlinien der Reichsschöpfung aufzugeben und zu verändern und den Charakter des Nationalstaates zu zerstören.*

(Anm. 28), S. 169ff.; und K. SCHWABE, Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966) 2, S. 105–138.

<sup>42</sup> Angaben in der Broschüre „Gedanken und Wünsche deutscher Vereine und Verbände zur Gestaltung des Friedens“ (hg. von der Auskunftsstelle der Vereinigten Verbände), wo die Seeberg-Adresse auf S. 21–31 abgedruckt ist (Aufgliederung in Berufsgruppen, S. 31). Die Broschüre befindet sich als Nr. 33 in der Sammlung der Schriften des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden, Bd. 3, 1915–1918, in der Universitätsbibliothek Göttingen. Berufsgruppen auch bei SCHÄFER (Anm. 28), S. 170.

<sup>43</sup> Vgl. dazu die Ausführungen von SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 60f.

<sup>44</sup> Zu Delbrücks Kontroverse mit den Alldeutschen und zur Bedeutung und Geschichte der Preußischen Jahrbücher siehe VOM BRUCH (Anm. 28), S. 427f. und S. 432ff. Vom Bruchs monumentale Studie stellt in großen Teilen eine detaillierte Auseinandersetzung mit Hans Delbrück (1848–1929) dar, den er als Repräsentanten einer „gouvernementalen Intelligenz“ (S. 416) charakterisiert, so daß hier zur Person Delbrücks auf vom Bruch verwiesen werden kann.

<sup>45</sup> Zur Verbreitung außerhalb Deutschlands siehe VOM BROCKE (Anm. 1), S. 689, dort Anm. 54.

<sup>46</sup> Als Überblick und Einführung in Leben und Werk Theodor Wolffs (1868–1943) sehr geeignet ist die Einleitung von B. SÖSEMANN zur zweibändigen Edition der außerordentlich spannenden Kriegstagebücher WOLFFs (Anm. 22), S. 18–49.

Verbunden mit einer nochmaligen Absage an Annexionen wurde jedoch auch in dieser Eingabe die Notwendigkeit grundsätzlich bejaht, nach Möglichkeiten zu suchen, die „zu räumenden Gebiete nicht zu einem Bollwerk für unsere Gegner“ werden zu lassen. Sie schloß mit der auslegungsfähigen Formulierung, daß das deutsche Volk nur einen Frieden schließen könne, der den strategischen Bedürfnissen, den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes und „der ungehemmten Betätigung seiner Kraft und seines Unternehmensgeistes in der Heimat und auf dem freien Meere gesicherte Grundlagen“ gebe.<sup>47</sup>

Erstaunlicherweise fand die Seeberg-Adresse in Göttingen nur acht Unterschriften, was bedeutet, daß von den Hochschullehrern, die diese Eingabe unterschrieben hatten, weniger als zwei Prozent an der Universität Göttingen lehrten: es waren dies der Physiker Ludwig Ambronn, die Theologen Nathanael Bonwetsch, Ernst Kühl und Carl Mirbt, der Nationalökonom Karl Oldenberg, der Professor der Landwirtschaft Konrad von Seelhorst, der Romanist Albert Stimming und der Geograph Hermann Wagner.

Von Seelhorst war Vorsitzender der Göttinger Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes und gemeinsam mit Bonwetsch, dem Anglisten Lorenz Morsbach (der erstaunlicherweise nicht unterzeichnet hatte)<sup>48</sup> und wohl auch Mirbt Mitglied des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden, der aus dem vorbereitenden Ausschuß der Seeberg-Adresse hervorgegangen war und unter der Leitung von Dietrich Schäfer mit Hilfe eines gut organisierten Vertrauensmännersystems reichsweit für das alldeutsche Expansionsprogramm warb.<sup>49</sup> Mirbt und Kühl organisierten in Göttingen außerdem den Vaterländischen Hilfsdienst und taten sich bei der Soldatenbetreuung hervor. Unter dem Vorsitz von Mirbt bildete sich im September 1917 dann auch in Göttingen ein Ableger der Deutschen Vaterlandspartei, die gemeinsam mit dem Unabhängigen

<sup>47</sup> Text in: *Das annexionistische Deutschland* (Anm. 33), S. 409–411; als Dok. 13 auch in: *Aufrufe und Reden* (Anm. 2), S. 136f.; mit Unterschriften in: *Preußische Jahrbücher* 162 (1915) 1, S. 169–172; außerdem abgedruckt in: *Deutschland im Ersten Weltkrieg, Dokumente* (hg. von U. CATARIUS), 1982, Dok. 138, S. 195–198. In denunziatorische Absicht (mit entsprechendem Kommentar und allen Unterschriften) wurde die Delbrücksche Denkschrift auch von den Initiatoren der Seeberg-Adresse als Flugblatt veröffentlicht; ein Exemplar dieses Flugblattes befindet sich als Nr. 6 in der Sammlung der Schriften des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden, Bd. 1, 1915–1918, in der Universitätsbibliothek Göttingen befindet. Zur Entstehung und zur Konzeption Delbrücks siehe SCHWABE (Anm. 33), S. 117–122 und S. 128–134; DERS. (Anm. 8), S. 71f.

<sup>48</sup> Morsbach (1850–1945, seit 1892 Ordinarius in Göttingen) war bereits im September 1914 mit einem offenen Brief an die Anglisten Deutschlands und Österreichs hervorgetreten, in dem er die Engländer beschuldigte, ihre germanische Abstammung und Verwandtschaft zu den Deutschen zu verleugnen und eine besonders große Affinität zur französischen Kultur zu besitzen. Dieser Vorwurf war besonders unsinnig angesichts der Tatsache, daß noch wenige Tage vor der englischen Kriegserklärung am 1. August 1914 in der *Times* ein in Deutschland öffentlich und kontrovers diskutierter Aufruf namhafter englischer Gelehrter erschienen war, in dem diese gegen einen möglichen Krieg gegen ein Volk, „das uns so nahe verwandt ist und mit dem wir so vieles gemeinsam haben“, protestiert hatten; sogar noch in der von 117 englischen Wissenschaftlern unterzeichneten Antwort vom 21.10.1914 auf die deutschen Gelehrtenmanifeste wurde an die vielfältigen deutsch-englischen Gemeinsamkeiten und Verbindungen erinnert. Vgl. dazu auch Abschnitt II. 2. Der Brief von Morsbach ist auszugsweise abgedruckt in: *Krieg der Geister* (Anm. 1), S. 98f.; dort finden sich in deutscher Übersetzung auch die Erklärungen der englischen Gelehrten vom 1.8.1914 und vom 21.10.1914 jeweils mit der Liste der Unterzeichner: ebenda, S. 367 und S. 36–44. Zur Person siehe auch L. MORSBACH, Lebensbild von eigener Hand, in: *Universitätsbund Göttingen, Mitteilungen* 4 (1923) 2, S. 33–38.

<sup>49</sup> Zum offiziell erst im Juli 1916 unter diesem Namen konstituierten Unabhängigen Ausschuß für einen Deutschen Frieden siehe SCHÄFER (Anm. 28), S. 189f.; und SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 68.

Ausschuß gegen jegliche Verständigungsbereitschaft Front machte.<sup>50</sup> Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang außerdem, daß von Seelhorst und Wagner zu den wenigen Göttingern gehörten, die als „Flottenprofessoren“ an der Propaganda für den Ausbau der deutschen Flotte beteiligt gewesen waren, wenn auch nur in relativ geringem Maße.<sup>51</sup>

Der konservative Nationalökonom Karl Oldenberg war vor allem Agrarpolitiker und vor dem Krieg insbesondere im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Caprivi's gemäßigte Freihandelspolitik hervorgetreten. Als Anhänger eines verklärten Antikapitalismus sprach er sich gegen die Entwicklung Deutschlands zu einem Industrie- und Welthandelsstaat und für die Rückkehr zu einem autarken Agrarstaat aus, wofür seiner Meinung nach eine wirtschaftliche Expansion nach Osten notwendig war. Insofern ließen sich die Forderungen der Seeberg-Adresse problemlos mit dem bereits vor dem Krieg von Oldenberg vertretenen Programm vereinbaren.<sup>52</sup> Lediglich der Romanist Albert Stimming und der einzige Nicht-Ordinarius unter den Unterzeichnern, der Physiker Ambronn, sind nicht anderweitig öffentlich hervorgetreten, sieht man einmal davon ab, daß Ambronn im Jahre 1913 als Mitglied des Bürgervorsteherkolle-

<sup>50</sup> Zu den Aktivitäten von Gottlieb Nathanael Bonwetsch (1848–1925, seit 1891 Ordinarius für historische Theologie in Göttingen), Ernst Kühl (1861–1918, seit 1910 Ordinarius für neutestamentarische Exegese in Göttingen), Carl Theodor Mirbt (1860–1929, seit 1912 Professor für Kirchengeschichte und Missionswissenschaft in Göttingen) und Konrad von Seelhorst (1853–1930, seit 1896 in Göttingen, seit 1901 Ordinarius), der vor seiner akademischen Lehrtätigkeit zehn Jahre lang aktiver Marineoffizier gewesen war, bis ihn eine Lungenkrankheit zum Berufswechsel zwang, siehe: Göttinger Kriegsgedenkbuch 1914–1918 (hg. von Pastor A. SAATHOF, Standortpfarrer), 1935, S. 67, S. 112, S. 120, S. 124, S. 192f.; die Unterschriften von Seelhorsts, Bonwetsch' und Morsbachs unter den Aufruf der Vertrauensmänner des Ausschusses „An das deutsche Volk“ vom 23.8.1916, abgeheftet als Nr. 30 in der Sammlung Schriften des Unabhängigen Ausschusses (Anm. 47); außerdem: den Aufruf zur Gründung der Vaterlandspartei (Göttinger Tageblatt vom 12.9.1917, die Gründung erfolgte am 24.9.) und die Unterschrift von Seelhorsts unter dem Aufruf „Unser Vaterland in Not und Gefahr!“ mit dem in letzter Minute noch einmal Durchhalteparolen verbreitet wurden (Göttinger Tageblatt, 24.10.1918). Zu Mirbt ist zusätzlich anzumerken, daß er schon vor dem Kriege als „Kolonialpropagandist“ hervorgetreten war (C. MIRBT, Der Kampf um unsere Kolonien, 1914, auszugsweise zitiert in: Das annexionistische Deutschland, Anm. 41, S. 296) und daß er auch den „Aufruf an die englischen Christen im Ausland“ vom 4.9.1914 unterzeichnet hatte (mit Unterschriften abgedruckt bei: K. HAMMER, Deutscher Kriegstheologie 1870–1918, 1971, S. 203f.); in Göttingen machte Mirbt sich später dann insbesondere um die Organisation der Hindenburgfeier im Jahre 1917 verdient, (siehe: Die Feier des 70. Geburtstages Hindenburgs in Göttingen, o.J., [1917]).

<sup>51</sup> Insgesamt verzeichnet die von W. MARIENFELD (Wissenschaft und Schlachtflottenbau in Deutschland 1897–1906, Marinerundschauf Beiheft 2, 1957, S. 110–115) zusammengestellte Liste der Flottenprofessoren nur sechs Göttinger Namen (von insgesamt 270); die übrigen vier waren 1914 bereits verstorben, emeritiert oder nicht mehr in Göttingen. Hermann Wagner hatte den Gründungsaufwurf der Freien Vereinigung für Flottenvorträge vom 18.11.1899 unterzeichnet (abgedruckt ebenda, S. 108f.) und von Seelhorst sich an der von der Allgemeinen Zeitung in München im Jahre 1898 veranstalteten Flottenumfrage befürwortend beteiligt (ebenda, S. 115). Zu Wagner (1840–1931, Ordinarius in Göttingen seit 1880), dessen Tochter übrigens mit Carl Mirbt verheiratet war und der – nachdem sein für die Nachfolge aussehender Schüler August Wolkenhauer 1915 gefallen war – den Lehrstuhl für Geographie als 80jähriger auch noch nach dem Kriege vertrat, siehe auch H. WAGNER, Lebensbild von eigener Hand, in: Universitätsbund Göttingen, Mitteilungen 5 (1924) 2, S. 1–37.

<sup>52</sup> Zu dem Schmoller-Schüler, Nationalökonom und Sozial- und Bevölkerungspolitiker Karl Oldenberg (1864–1936), der erst 1914 nach Göttingen berufen worden war, siehe D. KRÜGER, Nationalökonom im wilhelminischen Deutschland, 1983, S. 34f., und M. GROSS, Die nationalsozialistische „Umwandlung“ der ökonomischen Institute, in: Die Universität unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte (hg. von H. BECKER u.a.), 1987, S. 142–168, hier S. 144f.

giums durch eine von der Göttinger Lokalpresse mit großer Sympathie begleitete Attacke gegen das Frauenstudium von sich reden gemacht hatte.<sup>53</sup>

Insgesamt läßt sich festhalten, daß es in Göttingen – ganz im Gegensatz zu der reichsweiten Wirkung der Seeberg-Adresse – offenbar nicht gelungen war, über den engeren Kreis der Alldeutschen um den ehemaligen Marineoffizier von Seelhorst hinaus Unterstützung für das annexionistische Kriegszielprogramm zu finden.

Verglichen mit der geringen Zahl von Unterschriften unter der Seeberg-Adresse ist die Zahl von 15 Göttinger Unterschriften unter der Delbrückschen Gegenadresse durchaus beachtlich; immerhin stammten damit 20% der Unterschriften von Hochschullehrern unter dieser Eingabe aus Göttingen; das waren nach Berlin die meisten Unterschriften, die aus einer Stadt kamen (gefolgt von Freiburg und München). Unterzeichnet haben die Delbrück-Eingabe in Göttingen: die Mathematiker Constantin Caratheodory<sup>54</sup>, David Hilbert und Carl Runge, der Physiker Heinrich Rausch von Traubenberg, der Chemiker Alfred Coehn<sup>55</sup>, die Juristen Georg Detmold, Ferdinand Frensdorff und Karl Lehmann<sup>56</sup>, der Theologe Arthur Titius<sup>57</sup>, der Theologe und Philologe Julius Wellhausen<sup>58</sup>, der Philosoph Edmund Husserl, der Germanist Richard Weißen-

<sup>53</sup> Stimming (1846–1922) hatte nach einer langjährigen Tätigkeit an der Marineakademie in Kiel von 1879 bis 1892 zunächst an der dortigen Universität gelehrt und war dann fast 30 Jahre als Ordinarius in Göttingen tätig. Er beteiligte sich 1915 lediglich an einer schon vor dem Kriege begonnenen, im Ton relativ moderaten Sammlung von (vornehmlich positiven) ausländischen Urteilen über Deutschland: Deutschland im Urteil des Auslandes früher und – jetzt (hg. von H. FRÄNKEL, mit Geleitworten von Peter Rosegger, Gustav von Schmoller, Wilhelm Waldeyer), 1916. Zu Stimming siehe auch den Nachruf in: Universitätsbund Göttingen, Mitteilungen 6 (1925) 1, S. 24ff. Zu der gegen das Frauenstudium gerichteten Attacke des Astronomen Ambronn (1854–1930), der seit 1901 a.o. Professor in Göttingen war und von 1920 bis 1925 Honorarprofessor, siehe ausführlich den entsprechenden Abschnitt bei TOLLMIEN (Anm. 5).

<sup>54</sup> Constantin Caratheodory (1873–1950) war griechischer Abstammung, aber in Berlin geboren; er war zunächst nach einer Ausbildung in Belgien als Ingenieuroffizier in Ägypten bei der Regulierung des Nils tätig, ehe er u.a. bei Hilbert Mathematik studierte. 1913 wurde er als Nachfolger von Klein nach Göttingen berufen.

<sup>55</sup> Zu Rausch von Traubenberg (1880–1944), der damals Privatdozent in Göttingen war, siehe ausführlich Abschnitt I. 4 und insb. Anm. 84. Alfred Coehn (1863–1938) war Privatdozent für physikalische Chemie in Göttingen; er wurde erst 1928 zum ordentlichen Professor für Fotochemie ernannt.

<sup>56</sup> Georg Detmold (1850–1917), ursprünglich Rechtsanwalt und der juristischen Praxis auch während seiner Lehrtätigkeit immer verbunden, hatte 1890 die Doktorwürde honoris causa verliehen bekommen und war im gleichen Jahr zum Ordinarius für Zivilprozeß und Zivilrecht ernannt worden. Ferdinand Frensdorf (1833–1931), der in Göttingen schon studiert, sich dann hier auch habilitiert und 1873 ein Ordinariat erhalten hatte, war Verwaltungsrechtler. Auch der Rechtshistoriker und Zivilrechtler Karl Lehmann (1858–1918) begann als praktischer Jurist, habilitierte sich 1885 in Berlin und wurde 1911 Ordinarius in Göttingen, wo er insbesondere durch ein Lehrbuch des Handelsrechts bekannt wurde.

<sup>57</sup> Arthus Titius (1864–1936) war von 1906 bis 1921 Ordinarius für Systematische Theologie in Göttingen.

<sup>58</sup> Julius Wellhausen (1844–1918), der sowohl in der juristischen, als auch in der theologischen und in der philosophischen Fakultät promoviert war, hatte 1882 sein theologisches Ordinariat in Greifswald aufgegeben, da er sich dort mit seinen kritischen Analysen von alttestamentarischen Quellen nicht hatte durchsetzen können, und war als Extraordinarius für semitische Philologie nach Halle gegangen. 1884 wurde er Ordinarius in Marburg, wo er sich hauptsächlich mit der arabischen Geschichte beschäftigte. 1892 kam er nach Göttingen und wurde zu einer der prägenden Figuren im dortigen wissenschaftlichen Leben. Zur Person siehe R. SMEND, Wellhausen in Göttingen, in: Theologie in Göttingen. Eine Vorlesungsreihe (hg. von B. MOELLER), 1987, S. 305–324, und LÜDEMANN/SCHRÖDER (Anm. 16), S. 31f.

fels<sup>59</sup> und der Historiker Max Lehmann (außerdem der nicht näher identifizierbare Privatdozent K. Wolzendorf und der Landgerichtsrat W. Kulemann).

Diese verhältnismäßig hohe Zahl von Unterschriften erklärt sich wohl hauptsächlich dadurch, daß Max Lehmann als langjähriger Freund von Hans Delbrück und Theodor Wolff in Göttingen verstärkt für die Eingabe geworben hatte. Lehmann war einer der interessantesten und streitbarsten Historiker der Kaiserzeit. Innerhalb der Historisch-Philologischen Abteilung in Göttingen weitgehend isoliert, pflegte er bei strittigen Fragen innerhalb der Philosophischen Fakultät grundsätzlich mit der Gruppe der Naturwissenschaftler um Hilbert zu stimmen<sup>60</sup>, die ja auch unter den Unterzeichnern der Delbrück-Eingabe eine relativ große Gruppe stellten. Auffällig ist außerdem die Massierung von Juristen (wie umgekehrt die der Theologen als Unterzeichner der Seeberg-Adresse), wobei allerdings angemerkt werden muß, daß die hier untersuchte Gruppe von Beteiligten viel zu klein ist, um daraus verallgemeinerungsfähige Aussagen abzuleiten.

Es wäre ein Fehler, wenn man zwischen den gemeinhin als „Radikale“ titulierten Unterzeichnern der Seeberg-Adresse und den „gemäßigten“ Befürwortern der Delbrück-Eingabe unüberbrückbare Gegensätze annehmen würde. Auch die Delbrücksche Konzeption schloß, wie die obigen Zitate gezeigt haben, maritimkoloniale Expansionen und grenzverbessernde Ansprüche im Osten nicht aus, und seine Petition unterschied sich von der Seeberg-Adresse in erster Linie nur durch eine realistischere Einschätzung der Kriegslage, enthielt allerdings eine Absage an die absolute Dominanz des Machtgedankens. Das Handeln des Kreises um Delbrück darf auch nicht als Widerstand gegen die offizielle Regierungspolitik überbewertet werden. Delbrück war vielmehr Exponent politischer Überzeugungen, die innerhalb der hohen Berliner Ministerialbürokratie durchaus ihre Anhänger hatten und die auch die Sympathie des Kanzlers von Bethmann-Hollweg genossen. Dieser hatte – ohne sich in der Kriegszielfrage festzulegen – übrigens eine persönliche Entgegennahme der Seeberg-Adresse abgelehnt, während ihm die Denkschrift der Gemäßigten überreicht werden durfte. Die Annexionisten verdächtigten denn auch die Regierung und insbesondere den Kanzler vehement und öffentlich der einseitigen Förderung der Gemäßigten.<sup>61</sup>

<sup>59</sup> Richard Weissenfels (1857–1944), damals außerordentlicher Professor für deutsche Sprache und Literatur (seit 1906), wurde erst 1920 zum Ordinarius ernannt.

<sup>60</sup> Lehmann (1845–1929) war nach Tätigkeiten im Schuldienst und im Geheimen Staatsarchiv in Berlin, wo er das Provenienzprinzip für die Aktenordnung einführte und bis 1893 auch als Schriftleiter der Historischen Zeitschrift wirkte, schließlich 1888 nach Marburg berufen worden und war dann 1893 (nach einem kurzen Zwischenspiel in Leipzig) nach Göttingen gekommen, wo er erst 1921 emeritiert wurde. Durch seine durch die Erschließung neuer Quellen brisanten, wenn auch nicht unangreifbaren Veröffentlichungen zum Siebenjährigen Krieg, zu den Steinschen Reformen und durch seine Scharnhorstbiographie, in denen er sich als furchtloser Zerstörer konservativer Mythen erwies, löste er zum Teil jahrelange, teilweise erbittert ausgetragene Kontroversen innerhalb des Faches aus und war von einem Teil seiner Fachkollegen wegen seiner „antiborussischen“ Geschichtsschreibung bis über seinen Tod hinaus heftigsten Angriffen ausgesetzt. Für einen ersten Überblick siehe die Biographie von G. VOGLER, Max Lehmann, in: Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung von der Reichseinigung von oben bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus (hg. von J. STREISAND), 1965, S. 57–95 (zur Werbetätigkeit Lehmanns für die Eingabe siehe dort, S. 87); und M. LEHMANN, Lebensbild von eigener Hand, in: Universitätsbund Göttingen, Mitteilungen 4 (1923) 1, S. 27–44. Zum Abstimmungsverhalten Lehmanns in der Fakultät vgl. die Angaben in Anm. 7 und zur Freundschaft zu Theodor WOLFF dessen Tagebücher (Anm. 22), S. 926f. Am Historischen Seminar der Universität Göttingen bereitet Klaus Sommer zur Zeit eine Dissertation über Göttinger Historiker im Kaiserreich vor, die sich an zentraler Stelle mit Max Lehmann beschäftigen wird.

<sup>61</sup> Vgl. SCHWABE (Anm. 41), S. 135 f.

Die Mehrzahl der Unterzeichner der Delbrückschen Gegeneingabe waren weder prinzipielle Kriegsgegner<sup>62</sup> noch grundsätzliche Kritiker der politischen und gesellschaftlichen Zustände im Kaiserreich; und dies galt ebenso für Delbrück selbst wie auch für Lehmann, der wie die meisten seiner liberalen Mitstreiter nichts so sehr fürchtete wie die Radikalisierung der oppositionellen Kräfte und der Sozialdemokratie beispielsweise nur Verachtung entgegenbrachte. Zwar forderte Lehmann im Laufe des Jahres 1917 in mehreren Artikeln im Berliner Tageblatt die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen und unterzeichnete im Juli 1917 gemeinsam mit Delbrück eine öffentliche Erklärung, die die sofortige Inangriffnahme der Wahlrechtsreform in Preußen forderte.<sup>63</sup> Doch diente diese Initiative in erster Linie der Unterbindung revolutionärer Tendenzen und damit letztlich der machtpolitischen Stabilisierung und Revitalisierung des Kaiserreichs. Lehmann selbst hat kurz nach dem Kriege seine diesbezüglich zwiespältigen Gefühle in einem Privatbrief folgendermaßen formuliert:

*Wie mir zu Mute ist beim Zusammenbruch des alten Preußens? Ach, diese Frage ist nur ein Bruckstück der umfassenderen Frage, die der ganzen Zeit seit dem Juli 1914 gelten müßte. Beide Male kann die Antwort nur lauten: schauderhaft! Von Anfang an völlig klar darüber, daß das offizielle Deutschland im Unrecht war – keine Freude über die errungenen Siege – beständig neue Irrtümer und neues Unrecht beklagen und verurteilen zu müssen – die Katastrophe kommen sehen – endlich bei den Gegnern des alten Systems ihrerseits Unrecht und schwere Mißgriffe – ach, könnte ich doch wenigstens in meinem Gedächtnis das Alles austilgen!<sup>64</sup>*

Dies ist ein bemerkenswertes Bekenntnis für einen Mann, dem die Fachgenossen zeitlebens antipreußische Gesinnung vorgeworfen haben.

#### 4. Exkurs: „Die Freiheit des Wortes“

Auch wenn Lehmann die Trauer über den Zusammenbruch Preußens (und das hieß insbesondere über den Zusammenbruch des Kaisertums) mit vielen seiner Fachgenossen teilte und sich diesbezüglich als ein typischer Vertreter seines Berufsstandes erwies, so unterschied er sich doch von den meisten seiner Professorenkollegen durch seine grundsätzliche Kritikbereitschaft und vor allem durch seine offenkundige Freude an der Provokation und durch die fehlende Scheu vor jeder Form der Auseinandersetzung. Dies schlug sich nicht nur in seinen wissenschaftlichen Arbeiten und den durch diese ausgelösten fachwissenschaftlichen Kontroversen nieder, sondern auch in seinen insbesondere gegen die Alldeutschen gerichteten politischen Angriffen während des Krieges.

So provozierte Lehmann Ende 1916 einen Konflikt, in dessen Verlauf er sich nicht scheute, die Universität als Ganzes anzugreifen und dafür – auch während des Krieges – vehement das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuklagen. Anlaß dieses Konflikts war eine der sogenannten Weihnachtsgaben, wie die von der Universität zusammengestellten Schriften genannt wur-

<sup>62</sup> Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang etwa die Position des Theologen Arthur Titius, der in seinen 1915 erschienenen ethischen Betrachtungen „Unser Krieg“ zwar einen Frieden, „der die Völker in echtem Vertrauen miteinander verbindet“, als das Himmelreich auf Erden bezeichnete, aber gleichzeitig feststellte, daß nicht jeder Frieden einen sittlichen Wert habe, insbesondere ein Frieden, „der alle vorwärtstrebenden Kräfte lahmlegte und einen Zustand der Ungerechtigkeit zu verewigen“ suche, sei ein unehrenhafter „fauler Friede“. Wiedergegeben nach HAMMER (Anm. 50), S. 114.

<sup>63</sup> VOGLER (Anm. 60), S. 84 und S. 88f. (dort auch die Namen der anderen insgesamt acht Unterzeichner), Text abgedruckt als Dok. 17 in: Reden und Aufrufe (Anm. 2), S. 150; mit Unterschriften in: Preußische Jahrbücher 169 (1917), S. 156.

<sup>64</sup> Lehmann an Unbekannt, 21.12.1918, zitiert nach VOGLER (Anm. 60), S. 87f.

den, mit denen die Universitätsangehörigen an der Front alljährlich bedacht wurden. In der ersten Weihnachtsgabe 1915 hatte man noch anstandslos eine Rede Lehmanns über Luther und Zwingli gedruckt. Doch reichte dieser für die geplante Spruchsammlung im Jahre 1916 dann das folgende Goethewort ein:

*Es gibt eine Stufe der Kultur, wo Nationalhaß ganz verschwindet und wo man gewissermaßen über den Nationen steht und man ein Glück oder ein Wehe eines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet.*

Natürlich blieb diese Wahl nicht unbeanstandet. Man ging in der Auswahlkommission sogar so weit, Lehmann eine Alternative vorzuschlagen, was dieser jedoch als Zumutung empfand und ihn veranlaßte, dem Prorektor folgenden deutlichen Brief zu schreiben:

*An sich ist es befremdlich, daß inmitten einer Korporation, die steht und fällt mit der Freiheit des Wortes, eine Kommission es über sich gewinnt, einen Kollegen zu censieren. Doppelt befremdlich, daß dies auf einer Hochschule geschieht, die bisher als einen ihrer höchsten Ruhmestitel die That der Göttinger Sieben im vorigen Jahrhundert ansah. Dreifach befremdlich, daß diese Censur in einem Moment geübt wurde, da alle Parteien des Vaterlandes die gerechteste Klage führen über eine militärische Censur, zu deren Entschuldigung immerhin angeführt werden kann, daß ihre Censoren einer Gesellschaftsschicht angehören, deren Lebenselement nicht die Freiheit, sondern der Gehorsam ist. Vierfach bedauerlich, daß die Göttinger akademische Censur sich gegen den größten Deutschen richtet. [...] Ich habe Grund zu der Annahme, daß die Kommission sich vor der Wirkung des Goethewortes auf die Studentenschaft fürchtet. Ich darf sie darüber beruhigen. Ein Goethewort kann seine Wirkung nur bei solchen verfehlen, deren Horizont durch die Lektüre der „Alldeutschen Blätter“ und ähnlicher Organe völlig verkümmert, denen also nicht mehr zu helfen ist. Die anderen aber, die die Hörsäle der Georgia Augusta nicht nur von außen kennen, haben gelernt, daß es für die Wahrheit keinen gefährlicheren Feind als den Chauvinismus gibt.<sup>65</sup>*

Die Kommission – bei der es sich übrigens mitnichten um eine Zensurkommission, wie man nach Lehmanns Brief glauben könnte, sondern lediglich um die Kommission für die Zusammenstellung der Weihnachtsgabe handelte – teilte Lehmann daraufhin mit, daß es zwar nicht ihre Aufgabe sei, sich in seine Überzeugungen einzumischen, daß aber der eingereichte Sinnspruch „zu dieser Zeit und in diesem Zusammenhang“ nicht dem Zweck der Weihnachtsgabe entspreche.<sup>66</sup> Die Schrift erschien ohne einen Beitrag Lehmanns.

Schon im Mai 1915 hatte es in Göttingen übrigens einen ähnlich gelagerten Konflikt über die „Freiheit des Wortes“, sprich über die akademische Lehrfreiheit gegeben. Der Philosoph Leonard Nelson<sup>67</sup> hatte in einer Lehrveranstaltung angeblich die Frage behandeln lassen, ob der Durchmarsch der deutschen Truppen durch Belgien ethisch gerechtfertigt sei. Dieses war – offenbar auf eine anonyme Anzeige einer Studentin hin – im Verwaltungsausschuß der Universität zur Sprache gekommen, worüber wiederum dem Prorektor Bericht erstattet worden war. Nelson rechtfertigte sich daraufhin, ohne dazu aufgefordert worden zu sein, ausführlich gegenüber der Fakultät: In seiner Veranstaltung sei die Frage, ob die Verletzung der belgischen Neutralität sei-

<sup>65</sup> Lehmann an den Prorektor, 2.12.1916 (darin auch die Wiedergabe des gewählten Goethewortes), UnivA Gött, Sekretariatsakten I B 3c 63 (9), 2. Bd. Der Brief Lehmanns ist auch zitiert in: Gertrud LEHMANN, Einleitung zu: M. LEHMANN, Bismarck. Eine Charakteristik, 1948, S. 5–25, hier S. 11f.

<sup>66</sup> Antwort der Kommission, 5.12.1916, UnivA Gött, I B 3c 63 (9), 2. Bd.

<sup>67</sup> Leonard Nelson (1882–1927) hatte sich 1909 in Göttingen habilitiert und lehrte seitdem dort als Privatdozent.

tens der deutschen Heeresleitung berechtigt sei, überhaupt nicht erörtert, sondern lediglich als ein „Beispiel eines für einen Staatsmann möglichen Pflichtenkonflikts“ erwähnt worden, eine Kritik an der obersten Heeresleitung habe also gar nicht stattgefunden. Nelson fuhr fort:

*Es ist in meinen Augen nichts anderes als eine [...] Beschränkung der akademischen Freiheit, wenn die wissenschaftliche Lehre von der Übereinstimmung oder Zustimmung irgendwelcher noch so hoch gestellter Personen oder Behörden abhängig gemacht wird, ihre Bewegungsfreiheit ihr somit nach ausserwissenschaftlichen Gesichtspunkten zugemessen und sie dadurch dem reinen Dienst der Wahrheit entfremdet wird. [...] Es widerspricht daher dem Ehrbegriff, den ich als Gelehrter habe, mir für meine Lehrtätigkeit den englischen Spruch „Right or wrong, my country“ als Richtschnur vorschreiben zu lassen, wenn ich auch weiss, dass er in der Tat den Lehrern unserer Universität bereits als Verhaltensnorm empfohlen worden ist.<sup>68</sup>*

Nachdem der Dekan der Philosophischen Fakultät Nelson darauf zunächst lediglich geantwortet hatte, daß die Angelegenheit im Verwaltungsausschuß nur „gelegentlich erwähnt“, nicht aber förmlich behandelt worden sei, erhielt Nelson einen Monat später doch noch einen offiziellen Bescheid der Fakultät. Darin teilte diese ihm mit, daß sie eine „Kritik der militärischen oder politischen Massnahmen unserer leitenden Stellen während des Krieges von einem Katheder unserer Universität herab für schlechterdings unzulässig“ halte und daß sie Nelsons Ausführungen über den wissenschaftlichen Ehrbegriff ablehne.<sup>69</sup>

Obwohl dieser Brief auch nicht die leiseste Andeutung von etwa gegen Nelson geplanten weitergehenden Maßnahmen enthielt, ließ Nelson dieses Schreiben, das von der Fakultät ganz offensichtlich als Abschluß der Angelegenheit gedacht war, nicht unwidersprochen. In seiner Antwort betonte er bemerkenswerterweise zunächst, daß er die inkriminierte Kritik gar nicht habe ausüben können, „da ich von der vollkommenen Gerechtigkeit des Vorgehens der deutschen Heeresleitung überzeugt war“. Doch dann forderte Nelson die Fakultät auf, sich zu der Frage zu äußern, ob es Rücksichten geben könne, die von einem akademischen Lehrer die Verleugnung seiner wissenschaftlichen Überzeugung verlangten, um abschließend festzustellen:

*Die Unrichtigkeit meiner [...] Ausführungen [zum wissenschaftlichen Ehrbegriff – C.T.] kann offenbar nur durch die Aufweisung wiss[enschaftlicher] Gegengründe und nicht durch Beschlüsse einer Körperschaft festgestellt werden. Denn sittliche Wahrheiten lassen sich durch Fakultätsbeschlüsse ebensowenig umstossen, wie astronomische Wahrheiten durch Konzilien oder päpstliche Dekrete umgestossen werden können.<sup>70</sup>*

Der Brief blieb unbeantwortet, und Nelson verlangte deshalb einen Monat später erneut eine Stellungnahme von der Fakultät zu der von ihm gestellten Frage. Darauf antwortete diese diesmal sehr ausführlich und deutlich verärgert:

*Die Fakultät hat in ihrer Sitzung vom 22.7. beschlossen, auf Ihren weiteren Brief vom 29.6. mit seinen Belehrungen über das, was als wissenschaftlicher Ehrbegriff Gemeingut der deutschen Gelehrten sei, nicht zu antworten, da sie es für unter ihrer Würde hielt, auf die Auffassung einzugehen: sie könnte von einem Mitglied ihres Lehrkörpers eine Verleugnung seiner wissenschaftlichen Überzeugung verlangt haben. Das taktvolle Meiden einer Kritik militärischer und politischer Massnahmen während des Krieges ist keine Verleugnung wissenschaftlicher Überzeugung.*

<sup>68</sup> Der gesamte Vorgang befindet sich als Abschrift im Nachlaß Hilbert in der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek, hier: Nelson an den Dekan der Phil. Fakultät, 8.5.1915, NSuUB Gött, Cod. Ms. Hilbert 276, Bl.16–19. Vgl. dazu auch DAHMS/HALFMANN (Anm. 16), S. 61f.

<sup>69</sup> Dekan der Phil. Fakultät an Nelson, 10.5.1915 und 11.6.1915, NSuUB Gött, Cod. Ms. Hilbert 276, Bl. 20f.

<sup>70</sup> Nelson an die Fakultät, 29.6.1915, ebenda, Bl.22–26.

Im übrigen aber lehne sie jede weitere Auseinandersetzung über die von Nelson „ohne Anlass hineingezogenen Prinzipienfragen“ ab.<sup>71</sup> Nelson schilderte darauf – aus seiner Sicht – noch einmal minutiös die Entstehungsgeschichte des gegen ihn erhobenen Vorwurfs und der bisher ausgetauschten Argumente und verlangte, da es nicht das erste Mal sei, daß „Beschuldigungen ähnlicher Art bei der Behörde gegen mich erhoben werden“, noch einmal eine endgültige Klärung.<sup>72</sup> Die Fakultät reagierte mit Nichtbeachtung.

Zu disziplinarischen Schritten gegen Nelson kam es in diesem konkreten Fall nicht. Doch hat der linksorientierte, vielfach exponierte Philosoph, der später als der Begründer des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) bekannt wurde und der – anders als der bereits 70jährige Ordinarius Lehmann – zu diesem Zeitpunkt lediglich Privatdozent in Göttingen war, im Laufe der nächsten Jahre deutliche Nachteile für seine Karriere hinnehmen müssen: Als 1917 die Neubesetzung eines philosophischen Extraordinariats anstand, wurde Nelson gegen ein von Hilbert initiiertes Sondervotum einer hauptsächlich aus Naturwissenschaftlern bestehenden Fakultätsminderheit (der auch Max Lehmann angehörte) zugunsten eines mehr geisteswissenschaftlich orientierten Kandidaten übergeben. Zwar ging es in dieser Berufungsfrage vordergründig vor allem um die Auseinandersetzung zwischen zwei verschiedenen philosophischen Schulen, doch verwiesen die Mehrheitsvertreter bei ihrer Zurückweisung des Sondervotums nicht nur auf die „in vaterländischer Hinsicht“ bedenkliche erzieherische Wirkung Nelsons auf die Studenten, sondern bezogen sich auch explizit auf den Konfliktfall im Jahre 1915, der der Fakultät Gelegenheit gegeben habe, Nelsons „rabulistische Art“ kennen zu lernen.<sup>73</sup>

Hilbert, dessen Wunschkandidat der mathematisch denkende Nelson war, kommentierte dieses Mehrheitsgutachten in seinen Notizen damit, daß in der Kleinstadt Göttingen, „wo der verrückteste Klatsch [...] gern geglaubt“ werde, noch ein halbes Jahr nach dem Vorfall 1915 kolportiert worden sei, daß Nelson der Regierung „Unsittlichkeit“ vorgeworfen habe. Dies sei „leicht nachweisbar falsch“. Nelson könne es mit jedem „an vaterländischer Gesinnung“ aufnehmen, sei „staatsfromm bis in die Knochen“ und lehne „das demokratische Prinzip als solches“ ab.<sup>74</sup>

Auch wenn diese Behauptungen wahrscheinlich vor allem Hilberts Bemühungen, Nelson um jeden Preis als „seinen“ Kandidaten zu „retten“, geschuldet waren, traf zumindest die letzte Aussage durchaus zu. Nelson vertrat sowohl theoretisch als auch in seiner praktischen politischen Arbeit eine autoritäre Führungsideologie, die ihren prägnantesten Ausdruck in dem im April 1917 von ihm gegründeten Internationalen Jugend-Bund (IJB) fand. Der IJB war (wie seine 1925 gegründete Nachfolgeorganisation, der ISK) eine sich zwar als sozialistisch verstehende, aber streng antimarxistisch, antiegalitär und eben deshalb auch antidemokratisch und antiparlamentarisch ausgerichtete, auf die Person Nelsons zugeschnittene elitäre Kadergruppe, die sich der Führererziehung widmen sollte.<sup>75</sup>

<sup>71</sup> Nelson an den Dekan der Phil. Fakultät, 25.7.1915 und Antwort des Dekans, 6.8.1915, ebenda, Bl.27 und Bl. 28ff.

<sup>72</sup> Nelson an die Fakultät, 12.10.1915, ebenda, B. 31–39. Es ist unklar, auf welche andere „Beschuldigungen“ sich Nelson hier konkret bezieht.

<sup>73</sup> Sondervotum für Nelson, 3.3.1917, und Abschrift des Mehrheitsgutachten, o.D. [8.3.1917], NSuUB Gött, Cod. Ms. Hilbert 482, Beilage 2/1–2/3 und Beilage 3/1–3/6, Bl. 4ff. und Bl. 7–12.

<sup>74</sup> Notizen zum Mehrheitsgutachten von Hilbert, o.D., ebenda, Beilage 5/1–5/2 und Beilage 6/1–6/9, Bl. 20–31.

<sup>75</sup> Zu den Prinzipien der politischen Arbeit Nelsons zunächst im IJB und später im ISK siehe: W. LINK, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, 1964; und unter Hinzuziehung der Quellen im Archiv der Sozialen Demokratie in

Vor dem Hintergrund der langjährigen Auseinandersetzungen um Nelson, die schon vor dem Krieg mit seiner Habilitation begonnen hatten, verwundert es nicht, daß sich die Historisch-Philosophische Mehrheit in der Fakultät auch 1918 wieder (diesmal ging es um die Neubesetzung eines philosophischen Ordinariates) gegen eine Berufung von Nelson aussprach, der – immer noch Privatdozent – zwar einen ständig wachsenden Schülerkreis hatte, seine Schüler aber weder promovieren, noch habilitieren konnte. Wieder setzte sich Hilbert für ihn ein, wieder war zumindest Hilbert der Meinung, noch einmal auf den Konfliktfall des Jahres 1915 verweisen und betonen zu müssen, daß Nelson inzwischen Soldat gewesen sei und dabei eine wirkliche Vertrauensstellung in der politischen Aufklärung beim stellvertretenden Generalkommando bekleidet habe.<sup>76</sup> Auch diesmal setzte sich Hilbert in der Frage der Berufung nicht durch, erreichte aber immerhin, daß sofort nach Kriegsende für Nelson ein Extraordinariat eingerichtet wurde, womit dieser im übrigen das Ende seiner akademischen Karriere erreicht hatte.<sup>77</sup>

Auch Kurt Grelling mußte wegen seiner politischen Aktivitäten und vor allem als Nelsons engster Vertrauter erhebliche Nachteile für seine Karriere in Kauf nehmen. Grelling war Mitbegründer der Ende 1914 bei der Polizeidirektion registrierten Göttinger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft und bis 1918 Mitglied des Vorstandes, zuletzt sogar ihr Vorsitzender. Im Februar 1915 hielt er für diese Gruppe eine Rede über die „Grundlagen der Friedensbewegung“, doch kam deren Tätigkeit schon im Frühjahr 1915 wegen der sich ständig verschärfenden Zensur praktisch wieder zum Erliegen. Diesem pazifistischem Engagement scheinbar entgegenstehend, veröffentlichte Grelling 1916 eine apologetische Schrift, mit der er „wissenschaftlich“ den Vorwurf der „deutschen Kriegsschuld“ zu widerlegen vorgab. Mit dieser „Anti-J'accuse“ betitelten Abhandlung reagierte er auf eine 1915 anonym in Lausanne erschienene Anklageschrift „J'accuse“, in der behauptet wurde, das deutsche Kaiserreich habe den Krieg absichtlich und gezielt entfesselt, und die – obwohl auch in der Friedensbewegung nicht unumstritten – weltweit großes Aufsehen erregt hatte. Der dort vertretenen Alleinschuldthese stellte Kurt Grelling entgegen, daß der Krieg durch die innen- und außenpolitischen Konstellationen der Vorkriegszeit unvermeidbar gewesen sei, wobei allerdings auch das Deutsche Reich eine gewisse Mitschuld trage.<sup>78</sup> Zum Verständnis der Motivation Kurt Grellings ist es wichtig zu wissen, daß der „J'accuse“ von seinem Vater, dem Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft Richard Grelling, verfaßt worden war.<sup>79</sup> Der „Anti-J'accuse“, zu dem Kurt Grelling angeblich von Nelson angeregt worden war, war daher wahrscheinlich maßgeblich Ausfluß eines klassischen Vater-Sohn-

---

Bonn, die Link noch nicht zur Verfügung gestanden hatten, jedoch Link nicht grundsätzlich revidierend: K.-H. KLÄR, Zwei Nelson Bünde: IJB und ISK im Licht neuer Quellen, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 18 (1982) 3, S. 310–360.

<sup>76</sup> Dabei erfährt man übrigens, daß Hilbert den Briefwechsel, den Nelson 1915 mit der Fakultät geführt hatte, damals an das Kultusministerium weitergeleitet hatte und daß dieses – nach der Aussage Hilberts – daran mitten „im härtesten Kriege keinen Anstand“ genommen habe. Hilbert, Notizen in der Berufungsangelegenheit, o.D., Beilage 6/9, NSuUB Gött, Cod. Ms. Hilbert 482, Bl. 31.

<sup>77</sup> Vorgang mit Bescheid des Ministeriums vom 6.12.1918 über die Einrichtung des Extraordinariats, ebenda, Beilage 8–13 und Beilage 18 und 19, Bl. 37–77 und Bl. 88f. Die Ernennung Nelsons erfolgte am 28.6.1919 rückwirkend zum 1.4. Zu den Auseinandersetzungen in der Fakultät um die Person Nelsons siehe ausführlich V. PECKHAUS, Hilbertprogramm und Kritische Philosophie. Das Göttinger Modell interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Mathematik und Philosophie, 1990, S. 196–224, zum letzteren dort S. 217ff.

<sup>78</sup> Das Buch enthielt dementsprechend auch ein Bekenntnis zu einer Art realpolitischen Pazifismus: Krieg ist zwar grundsätzlich abzulehnen, jedoch nicht in jedem Fall vermeidbar. K. GRELLING, Anti-J'accuse. Eine Deutsche Antwort, Zürich 1916, insb. S. 114 und S. 129f.; zur Absicht des Buches, S. 7–10.

<sup>79</sup> Zur Wirkungsgeschichte beider Schriften und zur Person Richard Grellings (1853–1929) siehe PECKHAUS (Anm. 77), S. 143ff.

Konflikts. Damit soll jedoch weder ausgeschlossen werden, daß Kurt Grelling dort seine ureigensten Überzeugungen niederlegte, noch daß es sich dabei auch um eine politische Anpassungsleistung zugunsten der eigenen Karriere gehandelt haben kann.

Für seinen späteren akademischen Werdegang hat Grelling diese kurz vor seiner Einziehung zum Heeresdienst fertiggestellte „wissenschaftliche“ Verteidigung des „deutschen Existenzkampfes“ allerdings nichts genützt, obwohl er angeblich nach Erscheinen seiner Schrift von der Front weg sofort ins Auswärtige Amt berufen worden sein soll.<sup>80</sup> Nachdem man ihm in Göttingen durch einen informellen Numerus-Clausus-Beschluß schon, bevor er zum Militärdienst eingezogen wurde, die Möglichkeit verwehrt hatte, sich zu habilitieren, scheiterte auch kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges sein zweiter Versuch, zur Habilitation zugelassen zu werden. Grelling mußte sich nach dem Kriege in Berlin zunächst als Archivar in einem Industrieunternehmen und später als Lehrer an einem Gymnasium durchschlagen.<sup>81</sup>

Über Grellings Bemühungen zu Kriegsbeginn hinaus sind pazifistische Aktivitäten in Göttingen nicht auszumachen, sieht man einmal davon ab, daß Lehmann – wenn auch nicht ohne Vorbehalte – im Januar 1918 in die Deutsche Friedensgesellschaft eintrat<sup>82</sup> und daß sich der Physiker und Privatdozent Heinrich Rausch von Traubenberg (einer der Mitunterzeichner der Delbrückeingabe vom Sommer 1915) selbst als Pazifist bezeichnete, als er sich im Mai 1917 auf eine gegen ihn ergangene Anzeige wegen defätistischer Reden vor dem Rektor zu rechtfertigen hatte.

Während einer Bahnfahrt hatte Rausch von Traubenberg gegenüber Soldaten den Standpunkt vertreten, daß Deutschland vor allem wegen der herrschenden Nahrungsmittelnot sofort einen Frieden ohne Annexionen schließen müsse. Ein solcher Friede sei insbesondere mit Rußland jederzeit möglich, werde aber von den Alldeutschen verhindert. In Deutschland bestünde, so Rausch von Traubenberg nach dem Protokoll der Anzeige, zur Zeit keinerlei Aussicht, einen solchen Frieden durchzusetzen, da hier nur die Alldeutschen als Patrioten gälten, vernünftige Leute aber als Nichtpatrioten. Er sei zwar Pazifist, so Rausch von Traubenberg vor dem Rektor, dem Strafrechtler Robert von Hippel<sup>83</sup>, erkenne aber einen Verteidigungskrieg als berechtigt an und trete lediglich für einen gemäßigten Verständigungsfrieden ein.

<sup>80</sup> So jedenfalls Hilbert in seiner Fürsprache für Nelson anläßlich der anstehenden Berufung, NSuUB Gött, Cod. Ms. Hilbert 482, Beilage 5, Bl. 20ff. Dort findet sich auch der Hinweis, daß Nelson Grelling zu der Schrift angeregt haben soll.

<sup>81</sup> Kurt Grelling (geb. 1886) wurde 1942 gemeinsam mit seiner Frau nach Auschwitz deportiert und umgebracht. Siehe zur Person DAHMS/HALFMANN (Anm. 16), S. 62 und S. 81; den Artikel von P. SCHRÖDER in: Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie 1 (hg. von J. MITTELSTRASS), S. 813; und den ausführlichen Lebensüberblick bei PECKHAUS (Anm. 77), S. 142–149.

<sup>82</sup> VOGLER (Anm. 60), S. 88.

<sup>83</sup> Robert von Hippel (1866–1951, seit 1899 als Ordinarius in Göttingen) hatte sich 1914 (im Alter von 48 Jahren) freiwillig gemeldet und war in Flandern schwer verwundet worden. In seiner Rektoratsrede über „Recht und Krieg“ (1917) stellte er den Ersten Weltkrieg als Existenzkampf des Deutschen Reiches gegen materialistische Gegner dar. Auf der letzten öffentlichen Kundgebung der Universität während des Krieges am 19.10.1918, die das Göttinger Tageblatt erbittert und erbost als „Kundgebung der Jämmerlichkeit und Schlappheit“ bezeichnete, sprach u.a. auch von Hippel. Er forderte dazu auf, in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit zu sehen, warb für einen nicht-entehrenden Frieden, rief aber gleichzeitig zum „letzten Entscheidungskampf“ auf, falls die Feinde vorhätten, Deutschland zu vernichten. Von Hippel war der einzige, der Gnade in den Augen des rechtsnationalen Tageblattes fand. Ausführlicher Bericht im Göttinger Tageblatt, 22.10.1918. Zur Person siehe: D. DÖLLING, Robert von Hippel (1866–1951). Ein deutscher Strafrechtswissenschaftler im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Rechtswissenschaft in Göttingen. Göttinger Juristen aus 250 Jahren (hg. von F. LOOS), 1987, S. 413–434.

Von Hippel fragte daraufhin beim Stellvertretenden Generalkommando des X. Armeekorps in Hannover an, das aber erklärte, daß für solche Redensarten keine Strafvorschriften bestünden. Der Anzeigerstatterin, einer gewissen Frau Baurat Nolte, mußte von Hippel deshalb mitteilen, daß er selbst zwar solche Äußerungen mißbillige, „gerade wo es im nationalen Interesse nur um Durchhalten gehen kann“, daß er aber als Rektor keine disziplinarischen Befugnisse gegenüber Privatdozenten habe. Gleichzeitig informierte von Hippel jedoch die Fakultät über den Vorfall, da er es für seine Pflicht halte, dieser „volle Aufklärung zu geben über Vorgänge, die außerhalb der Universität in weiteren Kreisen bekannt geworden sind“. Er wolle damit jedoch kein Urteil darüber abgeben, ob sich daraus für die Fakultät irgendwelche praktischen Konsequenzen ergäben. Obwohl von Hippel die Fakultät damit indirekt sehr wohl zu disziplinarischen Schritten aufforderte, beschränkte sich diese darauf, ohne weitere Erörterung des Falles, Rausch von Traubenberg lediglich ihre Mißbilligung auszusprechen.<sup>84</sup>

Zusammenfassend verdient vor allem Folgendes festgehalten zu werden: Auch wenn gerade die „intellektuellen Kriegsfreiwilligen“ des Ersten Weltkrieges durch ihre Propagandatätigkeit die angeblich der Wahrheit dienende Wissenschaft und den damit verbundenen „Ehrbegriff“ des Wissenschaftlers als hohle Phrase entlarvt hatten, so ist doch bemerkenswert, daß dieser Wahrheitsbegriff auf der Seite der Oppositionellen und Kriegsgegner noch als Kampfbegriff taugte. Ebenso bemerkenswert ist, daß die Philosophische Fakultät der Göttinger Universität – wie insbesondere der Fall Nelson zeigt – sehr empfindlich auf entsprechende Vorwürfe reagierte.

Faktisch beschränkte sich die Fakultät in allen Fällen in der Sache selbst auf eine Art mißbilligendes Gewährenlassen, wobei allerdings davon auszugehen ist, daß die rechtlichen Möglichkeiten für weitergehende Schritte eher beschränkt waren. Unbenommen blieb der Fakultät natürlich immer die Möglichkeit, negativen Einfluß auf die Karriere des Betroffenen zu nehmen. Dies konnte allerdings nur noch nicht etablierte Wissenschaftler wie Nelson und Grelling treffen. Für Rausch von Traubenberg, der sich allerdings sehr viel weniger exponiert hatte als Nelson und Grelling, läßt sich ein solcher Einfluß nicht nachweisen. Zwar war auch er mehr als zehn Jahre Privatdozent in Göttingen, erhielt dann aber – im Unterschied zu Nelson – einen Ruf an eine auswärtige Universität. Nachhaltig geschadet hat die Fakultät vor allem Grelling, der – weil noch nicht habilitiert – am wenigstens fortgeschritten in seiner akademischen Karriere war und daher am empfindlichsten zu treffen war. Bei der Bewertung des Verhaltens der Fakultät gegenüber Nelson, der sich durch sein Auftreten sicher auch viele persönliche Feinde gemacht hatte, ist zu berücksichtigen, daß der Konflikt um die Berufung Nelsons Teil von bereits lange Jahre schwelenden, mit dem Austausch offener Feindseligkeiten verbundenen Auseinandersetzungen zwischen den Naturwissenschaftlern um Hilbert und der Mehrheit der Geisteswissenschaftler war, was diesem eine zusätzliche Schärfe verlieh.<sup>85</sup>

<sup>84</sup> Vernehmungsprotokoll des Universitätsrichters, 1.5.1917; Antwort des Generalkommandos, 5.5.1917; Schreiben des Rektors an Frau Baurat Nolte, 7.5.1917; Schreiben des Rektors an die Fakultät, 7.5.1917, alle: UnivA Göttingen, Sekretariatsakten III A 3 310 (14); Entscheidung der Fakultät von 22.5.1917, ebenda, Personalakte der Fakultät, Rausch von Traubenberg, 4 Vc Nr. 278. Rausch von Traubenberg stammte ursprünglich von einem Rittergut in Estland, was ihm von Frau Baurat Nolte zusätzlich den Vorwurf eintrug, daß er kein echter Deutscher sei und daher kein deutsches Empfinden habe. Er war von 1910 bis 1922 als Assistent und Privatdozent in Göttingen tätig, wo er einen Großteil der physikalischen Vorlesungen vertretungsweise bestritt. 1922 wurde er nach Prag berufen. 1931 ging er nach Kiel. 1937 wurde er wegen seiner jüdischen Frau in den Ruhestand versetzt und arbeitete zunächst noch gemeinsam mit ihr weiter physikalisch in seiner Privatwohnung und in lockerer Anbindung an Otto Hahns Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin. Er starb 1944 an einem Herzschlag auf dem Rückweg vom Bahnhof, nachdem er seine Frau zu einem der Deportationszüge gebracht hatte. Siehe dazu den Nachruf von A. SOMMERFELD in: Zeitschrift für Naturforschung 1 (1946), S. 420.

<sup>85</sup> Vgl. dazu PECKHAUS (Anm. 77), S. 216, insb. Anm. 633; TOLLMIEN (Anm. 7), S. 178f.

### 5. Die Erklärung gegen die Friedensresolution des Reichstags

Nachdem am 19. Juli 1917 der Reichstag in seiner Friedensresolution mehrheitlich den Verzicht auf Annexionen und Kriegsentschädigungen gefordert hatte, kam es am 4. Oktober 1917 noch einmal zu einer großen, von dem alldeutschen Tübinger Historiker Johannes Haller<sup>86</sup> organisierten Erklärung der Radikalen, in der der Reichstagsmehrheit die Qualifikation für die politische Führung des deutschen Volkes abgesprochen wurde:

*Die unterzeichneten Lehrer deutscher Hochschulen, unbeeinflusst von Ansichten irgend einer Partei, frei von Sonderinteressen jeder Art, einzig und allein erfüllt von schwerer Sorge um die Zukunft des Vaterlandes, erklären hiermit, daß nach ihrer Überzeugung die jetzige Mehrheit des vor fast sechs Jahren unter völlig anderen Verhältnissen gewählten Reichstags es nicht für sich in Anspruch nehmen kann, gegenüber den heute zur Entscheidung stehenden Lebensfragen den Volkswillen in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck zu bringen. Sie sprechen die feste Zuversicht aus, daß es den berufenen Leitern von Heer und Staat gelingen wird, allen äußern und inneren Widerständen zum Trotz, einen Frieden zu erringen, wie ihn Deutschland für sein Leben und Gedeihen braucht.*

Dieser Aufruf fand reichsweit 1100 Unterschriften und war damit nach der Oktobererklärung des Jahres 1914 das Manifest, das die meisten Unterschriften deutscher Professoren unter sich vereinen konnte.<sup>87</sup> Angesichts der geringen Zahl von Unterschriften unter den Eingaben des Juli ist es nun mehr als bemerkenswert, daß von diesen 1100 Unterschriften allein 77 aus Göttingen stammten.

Sucht man nach den Gründen für diese hohe Zahl von Unterschriften in Göttingen, so ist zunächst einmal auf den verglichen insbesondere mit der Seeberg-Adresse – relativ moderaten, nicht offen annexionistischen Inhalt dieser oben vollständig zitierten Eingabe zu verweisen. Die Erklärung war im wesentlichen als ein Bekenntnis zur Regierung und zur obersten Heeresleitung abgefaßt, wobei die annexionistischen Ziele nur in der vagen Formel von Deutschlands „Leben und Gedeihen“ und in der Attacke gegen die nicht konkret bezeichnete Resolution des Reichstags „versteckt“ waren. Doch gab es abgesehen von diesem möglichen inhaltlichen Grund noch eine ganz andere und sehr viel einfachere Erklärung: Diese „vaterländische Kundgebung“ war nämlich aus Tübingen über den Geologen Joseph Pomecky nach Göttingen gekommen, der von 1907 bis 1913 an der Göttinger Universität gelehrt hatte.<sup>88</sup> Er hatte die Erklärung seinem Kollegen und Freund, dem Physiker Theodor Hermann Simon<sup>89</sup> mit der Bitte übersandt, eine möglichst große Zahl von „Zustimmungen“ zu sammeln:

*Die Anregung geht von ausserakademischen Stellen aus, die den Wunsch geäußert haben, die Hochschullehrer, da sie von allen Kreisen der Gesellschaft am wenigsten dem Vorwurf*

<sup>86</sup> Johannes Haller (1865–1947) stammte aus dem Baltikum; er war nach dem Studium in Dorpat und seiner Privatdozentenzeit in Basel zunächst Ordinarius in Marburg und Gießen gewesen und lehrte seit 1913 in Tübingen. Zu Hallers Auffassung über das Verhältnis von Politik und Historie siehe VOM BRUCH (Anm. 28), S. 379f.

<sup>87</sup> Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit, Text als Dok. 23 in: Aufrufe und Reden (Anm. 2), S. 184f.; mit Unterschriften in: Tägliche Rundschau (Berlin) vom 6.10.1917; als Flugblatt auch in: UnivA Gött, Sekretariatsakten I B 1 39 (5). Text der Reichstagsresolution als Dok. 166 in: Deutschland im Ersten Weltkrieg (Anm. 47), S. 231f.

<sup>88</sup> Josef Pompecky (1867–1930) war zunächst Extraordinarius, seit 1908 Ordinarius für Geologie und Paläontologie in Göttingen gewesen und 1913 nach Tübingen berufen worden.

<sup>89</sup> Theodor Hermann Simon (1870–1918) kam 1901 nach Göttingen und baute dort ein Institut für angewandte Elektrizität auf, das – gefördert von der Göttinger Vereinigung – 1905 fertiggestellt wurde. 1907/08 wurde dem Institut (ebenfalls finanziert mit Hilfe der Vereinigung) eine radioelektrische Versuchsanstalt für Marine und Heer angegliedert.

*eigennützigem Sonderinteressen ausgesetzt sind, möchten mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie aussprechen, was die Überzeugung von Millionen ist.*<sup>90</sup>

Nun war aber Simon im Oktober 1917 gerade Rektor der Universität geworden und versandte den Erklärungsvordruck als Rektor (!) an alle (auch die im Feld befindlichen) Dozenten der Universität. Darüber hinaus versah er die Erklärung mit einem Rundschreiben, in dem er um möglichst vollzählige Beteiligung der Göttinger Universität bat:

*Auch auf dem Kollegenkreis unserer Universität lastet schwer die Sorge über das parteipolitische Intrigenspiel des parlamentarischen Blocks. Es waren bereits Besprechungen eingeleitet, von uns aus eine Kundgebung zur Stärkung der berufenen Regierungsleitung zu Stande zu bringen. Darum möchte ich allen Kollegen dringend ans Herz legen, die vorgelegte Erklärung unterzeichnen und umgehend an mich zurücksenden zu wollen. Mannhaftes Bekenntnis zu einer besonnenen und charaktervollen Regierung tut jetzt not.*<sup>91</sup>

Dieses Vorgehen, das der Kundgebung nicht nur einen offiziellen Anstrich gab, sondern vor allem erlaubte, über den universitären Verteiler wirklich alle Kollegen zu erreichen, führte zu einem relativ hohen Rücklauf von Unterschriften. Von denjenigen, die nicht unterzeichneten, fühlten sich einige sogar aufgerufen, ihr Verhalten zu begründen – ein Zeichen für den Druck, der durch das Simonsche Verfahren ausgeübt wurde. So schrieb etwa der Anatom Max Voit, daß er zwar auch gegen den Reichstagsbeschuß sei, eine Unterschrift aber nicht für zweckmäßig halte, da solche Kundgebungen notwendigerweise immer einseitig seien und man es daher der Regierung nicht zumuten könne, sich durch diese beeinflussen zu lassen.<sup>92</sup> Auch der 86jährige Jurist Ferdinand Frensdorf – einer der Unterzeichner der Delbrückschen Erklärung vom Juli 1915 – begründete seine Entscheidung, nicht zu unterzeichnen, ganz ähnlich:

*Ich halte sie [die Erklärung – C.T.] für politisch ebenso unzweckmäßig wie den Beschluß des Reichstages, gegen den sie sich richtet. Ich habe das Vertrauen zu der Regierung des Kaisers, daß sie den Frieden erlangt, der erreichbar ist. Sie dabei zu unterstützen ist die Pflicht des deutschen Volkes. Nur wenn es einig ist und bleibt, kann es sie erfüllen. Die Erklärungen, die seit den letzten Wochen umlaufen, fördern diese Einigkeit nicht, rufen neue Spaltungen und Gegensätze hervor und verzögern das, wonach alle sich sehnen.*<sup>93</sup>

In Übereinstimmung mit dem Text der Erklärung und der Intention Simons bekannten sich also sowohl Voit als auch Frensdorf zur Regierung und betonten das Vertrauen, das sie derselben entgegenbrachten – wobei hier nicht entschieden werden kann, inwieweit ein solches Argument einen weitergehenden inhaltlichen Dissens zum Rektor der Universität verdecken sollte.

Über diese hauptsächlich im Hinblick auf die mögliche Wirksamkeit solcher Kundgebungen abgefaßten Einsprüche hinaus gab es jedoch mehrere teilweise sehr scharfe und grundsätzlich gehaltene Proteste gegen das Vorgehen Simons, die sowohl Einblicke in die inneruniversitäre

<sup>90</sup> Pompecky an Simon, 8.9.1917 und Rundschreiben Simons mit Zitat aus dem Begleitschreiben der „süd-deutschen Kollegen“, 10.9.1917, UnivA Göttingen, I B 1 39 (5). In diesem Begleitschreiben wurde außerdem darauf hingewiesen, daß der Wortlaut der Erklärung zwischen Angehörigen der Hochschulen in Freiburg, Hohenheim, Straßburg, Stuttgart und Tübingen abgesprochen worden und daß mit diesem Schritt „keinerlei praktische politische Massregel, insbesondere keine Auflösung des Reichstags“ beabsichtigt sei.

<sup>91</sup> Rundschreiben Simons, 10.9.1917 (Unterstreichung im Original), ebenda.

<sup>92</sup> Max Voit (1876–1949, seit 1909 als Privatdozent in Göttingen, seit 1912 Extraordinarius) an Simon, 1.10.1917, UnivA Göttingen, I B 1 39 (5).

<sup>93</sup> Frensdorf an Simon, 20.9.1917, ebenda.

„Diskussionskultur“ erlauben als auch Aufschluß geben über das politische Protestpotential innerhalb der Korporation.<sup>94</sup>

Als erster reagierte der Privatdozent für Experimentelle Therapie und Bakteriologie Werner Rosenthal auf das Rundschreiben Simons. Er schrieb aus einem Lager in Bayern, wo er als Stabsarzt wirkte, daß er sich als Heeresangehöriger nicht an einer öffentlichen Demonstration beteiligen könne, als Privatdozent aber dagegen Einspruch erhebe, daß der Rektor „als solcher“ sämtliche Professoren und Dozenten auffordere, sich an einer „politischen Demonstration“ zu beteiligen. Simon antwortete umgehend:

*Die Ihnen zur Unterschrift vorgelegte Erklärung ist von zahlreichen Kollegen ohne Anstand unterschrieben worden, die sich in derselben Lage befinden, wie Sie. Sie mögen daraus ersehen, dass es eine Frage der Geschmacks und Taktes ist, ob man die Erklärung als politische Demonstration ansehen will oder nicht.<sup>95</sup> Die Versagung Ihrer Unterschrift auf Grund politischer oder anderer Überlegungen ist Ihr gutes und hochgeachtetes Recht. Ich muß es mir aber höflich aufs Entschiedenste verbitten, dass Sie sich dabei einen formellen Einspruch in mein verbrieftes Recht erlauben, das durch das Vertrauen der Kollegen mir übertragene Führeramt so aufzufassen und zu verwalten, wie ich es für das Gedeihen und Ansehen der Universität für richtig halte.<sup>96</sup>*

Unterstellt man, daß die Ausführungen Simons zu dem von Rosenthal in die Debatte eingebrachten Reizwort „politische Demonstration“ nicht nur auf formaler Ebene Rosenthals Einspruch zurückweisen und Simons Vorgehen als Rektor verteidigen sollten, sondern tatsächlich Ausdruck seiner Überzeugung waren, so weist dies in die gleiche Richtung, wie die bereits oben angestellten Überlegungen zum Charakter der Erklärung: Ein Bekenntnis zur Regierung verstand der beamtete Universitätsprofessor Simon eventuell tatsächlich nicht als „politische Demonstration“ im engeren Sinne, und dies war vielleicht auch der Grund dafür, daß der sonst nicht politisch hervorgetretene Physiker das ihm übertragene Amt so bedenkenlos für diese Erklärung funktionalisierte.<sup>97</sup>

<sup>94</sup> Im übrigen existiert nur deshalb, weil Simon in diesem Fall als Rektor handelte, überhaupt eine entsprechende offizielle Akte über den Vorgang, die die genannten Aufschlüsse zuläßt, wohingegen für die oben bereits untersuchten Erklärungen nur eine Analyse der Unterschriftenlisten möglich war.

<sup>95</sup> In der Tat haben eine ganze Reihe von Frontangehörigen die ihnen von Simon zugesandte Erklärung unterschrieben. Lediglich der Geologe und Paläontologe Hans Salfeld (geb. 1882, seit 1910 Privatdozent in Göttingen) schrieb am 26.9.1917, daß er „obgleich ich vollständig damit einverstanden bin“, die Kundgebung leider nicht unterschreiben könne, da er sich als Soldat nicht an einer politischen Kundgebung beteiligen dürfe. Salfeld an Simon, 26.9.1917, ebenda.

<sup>96</sup> Rosenthal an Simon, 13.9.1917, und Antwortbrief Simons, 17.9.1917 (Unterstreichung – C.T.), ebenda. Werner Rosenthal (geb. 1870) war seit 1907 als Privatdozent in Göttingen; seit 1912 Titularprofessor, 1921 wurde er zum nicht beamteten außerordentlichen Professor ernannt; als Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs trotz seiner „jüdischen Abstammung“ von den Entlassungen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 zunächst ausgenommen, emigrierte er 1934 nach Indien.

<sup>97</sup> Als Rektor sorgte er zwar beispielsweise dafür, daß aus Anlaß der Hindenburgfeier im Jahre 1917 in der Universitätsaula eine Hindenburgbüste aufgestellt wurde (siehe dazu: Die Feier des 70. Geburtstages Hindenburgs, Anm. 50, S. 22), konzentrierte sich im übrigen aber hauptsächlich darauf, einen Förderverein für die Universität ins Leben zu rufen, dessen Gründung als Göttinger Universitätsbund im Juni 1918 erfolgte und der seine Wirksamkeit vor allem in den ersten Nachkriegsjahren entfaltete. Siehe dazu die Mitteilungen des Universitätsbundes, besonders den ersten Jahrgang 1919 mit der Schilderung der Gründungsfeierlichkeiten und der Satzung (Heft 1, S. 1–23).

Noch weitergehend als Rosenthal, mit einer scharfen Kritik an dem von Simon beanspruchten „Führeramte“ äußerte sich der Privatdozent und Indogermanist Hermann Georg Lommel, der bei der Marineartillerie diente:

*Ich halte es für ungünstig, daß Männer, die als Staatsbürger und Parteiangehörige ihre politische Überzeugung aussprechen und betätigen können, das unpolitische Amt des Hochschullehrers als politische Rednerbühne benützen. Dies geschieht in einem übertriebenen Glauben an die geistige Führerschaft der Hochschullehrer. Die politischen Fähigkeiten derselben stehen meist in keinem günstigen Verhältnis zu ihren sonstigen Fähigkeiten, so daß das politische Auftreten der Hochschullehrer die Entfremdung zwischen ihnen und weiten Volkskreisen nur noch vermehrt. Die Entwicklung führt bei uns, ohne auf den Parlamentarismus im englisch-französischen Sinn loszutreiben, zu einer Stärkung der Volksvertretung. Dem entgegenzutreten hieße nicht die Entwicklung aufhalten, wohl aber das erforderliche Zusammenarbeiten von Regierung und Volksvertretung zu erschweren. Indem die vorgeschlagene Erklärung nicht auf eine Neuwahl abzielt, sondern nur negativ die Eignung des Reichstages zum Ausdruck des Volkswillens leugnet, geht sie auf seine Schwächung aus, und zeigt sich damit als volksfremd. Die Erklärung der Friedensbereitschaft, die den Anlaß dieses Vorgehens bildet, war Unzähligen daheim und im Felde aus dem Herzen gesprochen. Falls sie dennoch ein Fehler war, so ist dieser Fehler mehr als aufgewogen durch die Kette von Fehlern unserer Beamtenminister und Diplomaten, und ist kein wahrer Grund, sich gegen diese Volksvertretung zu erklären.<sup>98</sup>*

Trotz der auch hier anklingenden weit verbreiteten Vorbehalte gegen den „Parlamentarismus im englisch-französischen Sinn“ – wobei nicht klar ist, ob Lommel hier nur eine (richtige) Beschreibung des antiwestlichen deutschen „Sonderweges“ gab oder aber von dem sprach, was er für wünschenswert hielt – ist dieses Bekenntnis für das Parlament als Volksvertretung, für einen baldigen Frieden und gegen die Regierung beeindruckend. Darüber hinaus ist bemerkenswert und zeugt von persönlichem Mut, daß sich Lommel als „kleiner“ Privatdozent nicht scheute, gegenüber „seiner Magnificenz“ dem Rektor noch während des Krieges explizit die politischen Führungsqualitäten der Professorenschaft zu bezweifeln.

Um so erstaunlicher ist die milde Reaktion Simons, der Lommels Brief – wie er dies auch schon gegenüber Rosenthal getan hatte – „als achtenswertes Bekenntnis Ihrer Überzeugung“ wertete und dann lediglich fortfuhr: „Ich empfehle Ihnen, sich Ihren Brief aufzubewahren. In 10 Jahren werden Sie anders über die Dinge denken.“<sup>99</sup> Auf Lommels Kritik an der „geistigen Führerschaft“ der Hochschullehrer ging Simon nicht ein, und er leitete dessen Schreiben auch nicht, wie er dies mit dem Rosenthals getan hatte, an die zuständige Fakultät weiter.<sup>100</sup> Dieser Unterschied im Verfahren erklärt sich offenbar dadurch, daß Rosenthal sein Schreiben als formalen Einspruch gefaßt hatte und – wie aus einem späteren Schreiben hervorgeht – gleichzeitig den Theologen Titius gebeten hatte, in dieser Angelegenheit im Senat zu protestieren.<sup>101</sup> Auch wenn Rosenthals Vorstoß (natürlich) keine Konsequenzen für Simon nach sich zog und dieser damit auch wohl kaum gerechnet haben wird, hatte Rosenthal durch dieses Vorgehen doch die Ebene verlassen, auf der Simon noch eine rein persönliche, großmütige – oder wie gegenüber Lommel gönnerhaft herablassende – Reaktion möglich war.

<sup>98</sup> Lommel an Simon, 16.9.1917, UnivA Gött, I B 1 39 (5). Hermann Lommel (geb. 1885) war seit 1915 Privatdozent für indogermanische Sprachwissenschaft in Göttingen; 1917 ging er an die Universität Frankfurt.

<sup>99</sup> Simon an Lommel, 19.9.1917, ebenda.

<sup>100</sup> Weiterleitung des Schreibens von Rosenthal (vom 13.9.1917) an den Dekan der Medizinischen Fakultät durch Simon, 17.9.1917, ebenda.

<sup>101</sup> Rosenthal an Simon, 22.9.1917, ebenda.

Die Bereitschaft zur Kritik wurde bei Lommel und Rosenthal sicherlich durch ihre räumliche (und innerliche) Distanz zur Universität und zur Göttinger Professorenschaft nicht unerheblich befördert, wobei – spürbar vor allem bei Lommel – auch das Selbstbewußtsein des „Frontkämpfers“ eine Rolle gespielt haben wird. Doch beschränkte sich die Kritik am Vorgehen des Rektors nicht auf junge „kämpferische“ Privatdozenten. Simon erhielt auch einen Brief des Mediziners Paul Jensen, Ordinarius für Physiologie, in dem ihm dieser in „freundschaftlicher Offenheit“ – „für den Fall, daß dies kein anderer tut“ – folgendes zu bedenken gab:

*Die bewußte „Erklärung“ sollte dem Wohl des Staates dienen, wobei das der Universität nur soweit berücksichtigt werden kann, als es sich mit dem Wohl des Staates verträgt. Wenn also jemand die Überzeugung hat, daß das, was die Universität bzw. ihr Rektor tut, dem Staatswohle nicht entspricht, so ergibt sich ein ethischer Konflikt, in dem das höhere Interesse des Staates vor dem der Universität den Vorzug hat. Es hätte daher geschehen können – und dagegen hätte sich nichts einwenden lassen –, daß Kollegen, die Ihre „Erklärung“ für schädlich hielten, sich zu einer Gegenerklärung vereinigt und damit öffentlich Stellung gegen ihren Rektor genommen hätten. Derartige Möglichkeiten haben Sie gut dadurch ausgesetzt, daß Sie Ihre private politische Meinung – und das war die „Erklärung“ – durch Ihre Zeichnung als Rektor zu einer Angelegenheit der ganzen Universität machen.*

Jensens Brief endete mit dem schönen Ausruf: „O ‚Ideologie‘!“<sup>102</sup>

Das Argument, daß das Wohl des Staates (oder des Vaterlandes) über das von Universität und zu Wissenschaft zu setzen sei, wurde gemeinhin eher zur Rechtfertigung für die Mißachtung wissenschaftlicher Grundsätze und für den Mißbrauch des Hörsaals als politische Propagandabühne gebraucht.<sup>103</sup> Jensens Brief zeigt, daß es sich gegebenenfalls auch umdrehen und zur Zurückweisung des politischen Führungsanspruchs des Rektors nutzen ließ.<sup>104</sup> Bezeichnenderweise hat Simon Jensens Brief nicht (zumindest nicht schriftlich) beantwortet.

## 6. Die „Ehre der Korporation“

Mit dieser Diskussion war die Angelegenheit keineswegs beendet. Sie hatte vielmehr noch ein fast grotesk anmutendes Nachspiel: Das oben zitierte Rundschreiben Simons, mit dem er seine Kollegen zur Unterschrift aufgefordert hatte, war nämlich mit entsprechendem kritischen Kommentar in Theodor Wolffs Berliner Tageblatt vollständig abgedruckt worden. Diesen Artikel wiederum druckte das Göttinger Tageblatt am 17.9.1917 nach (so daß auf diese Weise auch Simon davon erfuhr) und kommentierte nun seinerseits den Kommentar des Berliner Tageblatts, indem es „mit Genugtuung“ begrüßte, daß auch der Lehrkörper der hiesigen Universität sich durch die Unterstützung der Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit „in schwerer Entscheidungsstunde mannhaft in die Bresche schlägt“. Vor allem aber wies das Göttinger Tageblatt darauf hin, daß der Text des Simonschen Rundschreibens nur durch eine „grobe Indiskretion“ an das Berliner Tageblatt gelangt sein könne.<sup>105</sup>

<sup>102</sup> Paul Jensen (1868–1952, 1910 bis 1932 Ordinarius für Physiologie in Göttingen) an Simon, 20.9.1917 (Unterstreichungen im Original), ebenda. Mündlich hatte sich wohl auch der Mathematiker Carl Runge ähnlich gegenüber Simon geäußert. Runge verwies darauf in einem späteren Brief, Runge an Simon, 20.9.1917, ebenda.

<sup>103</sup> Vgl. dazu SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 67.

<sup>104</sup> Damit hatte dieses Argument die gleiche Funktion wie die Berufung auf die wissenschaftliche Wahrheit in den oben (Exkurs I. 4) geschilderten Konfliktfällen um das Recht auf freie Meinungsäußerung.

<sup>105</sup> Göttinger Tageblatt, Zeitungsausriß vom 17.9.1917, UnivA Gött, I B 1 39 (5); auch andere Zeitungen nahmen übrigens von dem Vorfall Kenntnis; so findet sich in der Akte ein undatiertes (wahrscheinlich

Diese Meinung teilte auch Simon, der daraufhin ein zweites Rundschreiben an alle Dozenten versandte, in dem er die Weitergabe des „selbstverständlich vertraulichen“ Schreibens als einen „groben Vertrauensbruch“ bezeichnete:

*Das Band des Vertrauens, das den Lehrkörper der Universität umschließen soll und muss, erscheint dauernd gefährdet, wenn es nicht gelingt, denjenigen zu ermitteln, der in dieser Weise die Würde und Ehre seiner Korporation aufs Spiel zu setzen imstande war. Ich schlage vor: Jeder möge ehrenwörtlich erklären, dass er weder direkt noch indirekt an der Tat beteiligt ist. Und der Täter möge wenigstens den Mut haben, offen zu bekennen.<sup>106</sup>*

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: 45 Ordinarien, 11 Extraordinarien und 25 Privatdozenten gaben das verlangte Ehrenwort – die meisten kommentarlos.<sup>107</sup> Auch der „Täter“ wurde schließlich mit Hilfe dieses Verfahrens ermittelt. Doch waren diesmal, wo es um die „Ehre“ der Korporation und damit auch ihrer Mitglieder ging, die Proteste noch zahlreicher und schärfer als nach Simons erstem Rundschreiben. Jensen beispielsweise machte sich einfach lustig über Simons Ansinnen:

*Durch Tränen lächelnd sage ich Ihnen: „Ich war es nicht, weder direkt noch indirekt.“ Wenn Sie wünschen, kann ich Ihnen sogar das „große“ Ehrenwort darauf geben.*

Auch er erklärte aber vorsichtshalber, daß er den Vertrauensbruch des betreffenden Kollegen schmerzlich beklage und streng verurteile.<sup>108</sup>

Der bereits emeritierte Theologe Karl Knoke gab zwar ebenfalls sein Ehrenwort, ebenso wie übrigens seine Unterschrift unter die Erklärung, wies aber dennoch darauf hin, daß ihm „das Vorgehen seiner Magnificenz nicht unbedenklich“ erscheine.<sup>109</sup> Der Mathematiker Carl Runge gab zu bedenken, daß das Schreiben auch auf ganz anderen Wege als über Mitglieder der Korporation nach außen gelangt sein könne, und stellte fest, daß – solange dies nicht ausgeschlossen sei – Simon kein Recht habe, so zu sprechen, wie er dies in seinem zweiten Rundschreiben getan habe. Er gebe ihm daher den Rat „einzulenken“.<sup>110</sup> Der Chemiker Gustav Tamman forderte, ohne sein Ehrenwort abzugeben, daß die Angelegenheit vor dem Verwaltungsausschuß verhandelt werden müsse, was Simon mit der Begründung ablehnte, daß der Verwaltungsausschuß nicht zuständig sei.<sup>111</sup>

Auch Hermann Lommel protestierte wieder gegen das Vorgehen Simons und machte zutreffend darauf aufmerksam, daß dessen erstes Rundschreiben nicht als vertraulich gekennzeichnet gewesen sei. Er, Lommel, könne daher in der Veröffentlichung in einer Zeitung keinen Ver-

---

auch vom 17.9.) Zeitungsausriß aus der Frankfurter Zeitung, in dem berichtet wurde, daß die Erklärung der süddeutschen Hochschulen zur Zeit an den Universitäten zirkuliere, und in dem auch auf die Göttinger Vorgänge Bezug genommen wurde: Die Erklärung „wird jetzt u.a. an der Göttinger Universität verbreitet, deren Rektor seine ganze Ahnungslosigkeit erweist, wenn er in einem Rundschreiben an seine Kollegen durch die Aufforderung eines mannhaften Bekenntnisses zur Regierung der Agitation gegen einen Verständigungsfrieden zu dienen glaubt“.

<sup>106</sup> Rundschreiben Simons, 18.9.1917, ebenda. Simons Reaktion erklärt sich natürlich insbesondere dadurch, daß die Veröffentlichung im liberalen Berliner Tageblatt erfolgt war. Wäre Simons Brief beispielsweise nur im alldeutschen Gedankengut verpflichteten Göttinger Tageblatt zustimmend abgedruckt worden, hätte er wohl kaum ein entsprechendes Rundschreiben verfaßt.

<sup>107</sup> Nach der von Simon zusammengestellten Liste, o.D., ebenda.

<sup>108</sup> Jensen an Simon, 20.9.1917, ebenda.

<sup>109</sup> Karl Knoke (1841 – 1920, seit 1882 Ordinarius in Göttingen, seit 1911 emeritiert), 20.9.1917, ebenda.

<sup>110</sup> Runge an Simon, 20.9.1917, ebenda.

<sup>111</sup> Gustav Tamman (1861 – 1938, seit 1903 als Ordinarius für physikalische Chemie in Göttingen) an Simon, 29.9.1917, und Antwort Simons vom 1.10.1917, ebenda.

trauensbruch erkennen. Darauf reagierte nun Simon – ganz im Gegensatz zu seiner ersten Antwort an Lommel – ausgesprochen gereizt:

*Auf die beigefügte Ansichtsäußerung, die von einer seltsamen Verwirrung Ihrer ethischen Begriffe und von einem bedauerlichen Mangel an korporativem Ehrgefühl Zeugnis gibt, hat Ihnen die mit meinem letzten Rundschreiben mitgeteilte einstimmige Entschliessung des hohen Senats Antwort gegeben. Ihre Kritik meiner im Dienste der Universität und des Vaterlandes getroffenen Massnahmen verbitte ich mir, ich verfehle nicht, Sie in aller Entschiedenheit in Ihre Schranken zurückzuweisen.<sup>112</sup>*

Der Senat hatte – auf Simons eigenen Wunsch – die Angelegenheit am 27. September 1917 diskutiert und einstimmig die Weitergabe des inkriminierten Schreibens an die Presse – so diese durch einen Dozenten erfolgt sei – als „groben Vertrauensbruch“ verurteilt, der das Ansehen der Korporation schwer geschädigt habe.<sup>113</sup>

Der streitbare Lommel, der sich inzwischen in einem Lazarett befand, nahm nun natürlich auch diese Antwort Simons nicht unwidersprochen hin, sondern antwortete, daß er keine Kritik an den Maßnahmen des Rektors im Dienste der Universität geäußert habe, dieser sich eine solche Kritik daher auch nicht verbitten könne; daß er in seinem Brief keine der für Privatdozenten geltenden Bestimmungen verletzt habe, er also auch keine Schranke überschritten habe, in die „Eure Magnificenz mich zurückweisen dürften“. Sein Brief habe sich nicht gegen die ihm damals noch gar nicht bekannte Senatsentschließung gewandt, sondern sei eine freie Meinungsäußerung gewesen, „die mir auf moralischem Gebiet ebenso zusteht, wie Eure Magnificenz dies auf politischem selber ausdrücklich anerkannt haben.“ Doch damit nicht genug, verlangte Lommel auch noch innerhalb einer Woche eine Zurücknahme der gegen ihn gerichteten „schweren persönlichen Beleidigungen“, wie sie durch die Worte „seltsame Verwirrung Ihrer ethischen Begriffe“ und „bedauerlicher Mangel an korporativem Ehrgefühl“ gegeben seien; andernfalls werde er weitergehende Schritte unternehmen. Abschließend sprach er die Erwartung aus, daß dem Rektor selbst daran gelegen sein werde, „diese Sache, solange sie – noch als Privatangelegenheit behandelt werden kann, in befriedigender Weise beizulegen.“<sup>114</sup>

Doch trotz dieser drohenden Worte, erfolgte nichts weiter: Simon antwortete nicht, weitere Briefe von Lommel sind auch nicht überliefert, was wahrscheinlich damit zusammenhängt, daß Lommel noch 1917 einen Ruf an die Universität Frankfurt erhielt.

Ein völlig anderes Verhalten und vor allem einen völlig anderen Ton legte Simon an den Tag, als unerwarteterweise auch der Jurist (und Mitunterzeichner der Delbrück-Eingabe aus dem Jahre 1915) Georg Detmold – wenige Tage vor seiner von ihm selbst aus Krankheitsgründen beantragten Emeritierung – mit einer ausführlichen juristischen Expertise Simons Vorgehen einer grundsätzlichen Kritik unterzog. Auch er verwies zunächst darauf, daß das betreffende Schriftstück nicht als vertraulich gekennzeichnet gewesen und Öffentlichkeit doch eigentlich gerade das sei, was eine solche Kundgebung brauche und anstrebe. Zudem sei nicht erwiesen, daß das Schreiben tatsächlich über einen Dozenten an die Öffentlichkeit gelangt sei – auch dies ein Argument, das bereits von anderen vorgebracht worden war. Doch im weiteren Verlauf seines Briefes ging Detmold über die bereits genannten Argumente weit hinaus:

*Aufforderungen zu ehrenwörtlicher Erklärung sind, soweit mir bekannt, bei uns niemals gebräuchlich gewesen. Ich halte sie auch für rechtlich unzulässig. Sie sind ein Mittel zur Erzeugung eines Geständnisses, das unter Umständen einen schweren Gewissensdruck*

<sup>112</sup> Lommel an Simon, 26.9.1917, und Simon an Lommel, 15.10.1917, ebenda.

<sup>113</sup> Beschluß zitiert in einem Schreiben von Simon an den Dekan der Medizinischen Fakultät, 28.9.1917, ebenda.

<sup>114</sup> Lommel an Simon, 17.11.1917, ebenda.

*mit sich bringt. Zur Anwendung eines derartigen Druckes sind wir nur befugt, wenn uns das Recht dazu besonders beigelegt ist, oder wenn es von Alters her in beständiger Übung ist. Dieses ist nicht der Fall. Wir sind daher zu einer solchen Maßregel nicht berechtigt, ebenso wie wir keine eidesstattliche Versicherung und namentlich keine Eidesleistung fordern können.*

Außerdem erscheine ihm das Verfahren auch noch aus einem anderen Grunde bedenklich: Denn selbst wenn ein Mehrheitsbeschluß zur Abgabe einer solchen ehrenwörtlichen Erklärung vorliege, können die unterlegene Minderheit diesen Beschluß durch Verweigerung der Erklärung einfach boykottieren, und das einzige Ergebnis eines solchen Vorgehens wäre dann eine dauerhafte Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen den Mitgliedern der Korporation. Abschließend wies Detmold allerdings vorsichtshalber darauf hin, daß er es zwar für seine Pflicht gehalten habe, gegen die getroffene Maßnahme zu protestieren, daß er aber – wenn „die Korporation in ordnungsgemäßer Weise beschließt, daß in der Tat von jedem Beteiligten eine ehrenwörtliche Erklärung abzugeben ist“ – trotz der geäußerten Bedenken freiwillig zu einer solchen Abgabe bereit sei.<sup>115</sup>

Diese Einwände des ehemaligen Rechtsanwaltes, der 27 Jahre an der Göttinger Universität gelehrt hatte, konnten von Simon nicht einfach übergangen werden, und ihm warf er auch nicht eine „seltsame Verwirrung seiner ethischen Begriffe“ vor, obwohl Lommels Argumente sich auch bei Detmold fanden. Simons Antwort zeigt vielmehr, daß er sehr wohl ein Bewußtsein davon hatte, daß Detmolds Argumente ernst zu nehmen seien; sie zeigt aber gleichzeitig, daß ihm selbst – und, wenn er die Diskussion im Senat richtig wiedergab, mehrheitlich sogar dem ganzen Senat ein klares Empfinden von der Ungeheuerlichkeit fehlte, die darin lag, daß *alle* Mitglieder der Korporation zur Beteuerung ihrer Unschuld gezwungen worden waren – und das auch noch in einem Fall, in dem durchaus strittig war, ob überhaupt irgendeine Verfehlung vorlag. Gerechtfertigt sah sich Simon, wie er gegenüber Detmold in schöner Offenheit erklärte, durch den Erfolg der inkriminierten Maßnahme:

*Indirekt haben Sie die Antwort [auf ihr Schreiben – C.T.] ja schon durch das Rundschreiben erhalten, mit dem ich den Mitgliedern des Lehrkörpers anzeigen konnte, dass sich unter dem Druck der gewünschten ehrenwörtlichen Erklärung derjenige gemeldet hatte, der den unerfreulichen Vertrauensbruch begangen hatte. Ihre Bedenken gegen das von mir eingeschlagene Verfahren habe ich seiner Zeit auch dem Senate vorgetragen. Auch im Senate haben sich noch andere Stimmen erhoben, die Ihren Bedenken beistimmten und es wurde im grossen und ganzen für unerwünscht erachtet, das eingeschlagene Verfahren zur Praxis zu erheben. Im vorliegenden Falle aber, wo es von so offensichtlichem Erfolge begleitet war, wurde seine Zweckmäßigkeit immerhin durch den Erfolg für bewiesen erachtet.<sup>116</sup>*

In die Liste allerdings, in der Simon diejenigen verzeichnete, deren Ehrenwort ihm vorlag, nahm er Detmold korrekterweise nicht auf: Einen ordnungsgemäßen Beschluß, auf dessen Grundlage von jedem Beteiligten ein solches Ehrenwort hätte verlangt werden können und den Detmold zur Voraussetzung seiner Erklärung gemacht hatte, hatte es ja nicht gegeben. Dies war jedoch die einzige Konsequenz, die Simon aus Detmolds Einspruch zog.

Wer aber war nun derjenige, der sich „unter dem Druck der ehrenwörtlichen Erklärung“ zu dem „unerfreulichen Vertrauensbruch“ bekannt hatte? Am 22. September 1917 hatte der Mediziner Werner Rosenthal, der bereits gegen Simons erstes Rundschreiben protestiert hatte, an Simon geschrieben, daß vermutlich er „den indirekten Anlaß zur Veröffentlichung im Berliner

<sup>115</sup> Detmold an Simon, 26.9.1917 (Unterstreichung im Original), ebenda.

<sup>116</sup> Simon an Detmold, 26.10.1917, ebenda.

Tageblatt“ gegeben habe. Er habe das erste Rundschreiben, sofort nachdem er es erhalten hatte, einer zweiten Person gezeigt:

*Wir waren beide erschüttert von der Tatsache, daß ein so großer Kreis von Universitätsprofessoren, für deren Führer ich überdies aus persönlichem Verkehr die größte Hochachtung empfinde, sich haben bestimmen lassen, eine Kundgebung zu verfassen und für diese zu werben, die nach anderem Urteil Mißtrauen und Zwietracht verbreiten und damit auch für die Führung der Reichspolitik in dieser alles entscheidenden Zeit unheilvoll werden muß, unfasslich war es uns, daß die Werbung für diese Kundgebung als offizielle Angelegenheit der Universität geschah.*

Ohne sein Zutun habe dann diese andere Person „die erlangte Kenntnis dazu benützt, durch vorzeitige Übermittlung an die Presse der geplanten Kundgebung die Spitze abzubrechen“. Dazu glaubte sie sich berechtigt, da es sich um die Vorbereitung einer öffentlichen Kundgebung handelte, von der augenscheinlich ein großer Personenkreis durch die Rundschreiben schon Kenntnis erhalten hatte. Auch er, Rosenthal, könne dieses Verhalten nicht „ganz tadelnswert“ finden, da die Verletzung der Vertraulichkeit „durch die Notwehr für das Ganze, das Reich“ entschuldigt werden könne, zumal von seinem eigenen formalen Einspruch gegen das Vorgehen des Rektors eine „hemmende Wirkung“ ja nicht zu erwarten gewesen sei. Falls durch das Bekanntwerden dieses Vorgehens Nachteile für die Universität entstanden seien, so Rosenthal abschließend, „scheint mir nicht derjenige als der allein Schuldige, der für das Bekanntwerden verantwortlich ist“.<sup>117</sup>

Dieses Schreiben leitete nun Simon sofort an den Senat und die Medizinische Fakultät weiter, worum übrigens Rosenthal selbst gebeten hatte. Doch zu Simons Erstaunen und zu seiner Verärgerung sprach die Fakultät Rosenthal – wie auch schon früher die anderen Fakultäten in vergleichbaren Fällen – lediglich ihre Mißbilligung aus und ersuchte ihn, dafür Sorge zu tragen, künftig Schreiben, „welche ihrem Inhalt nach“ selbstverständlich vertraulich seien, nicht in die Hände von Unberufenen gelangen zu lassen.<sup>118</sup>

Simon legte daraufhin – gegen alle Gepflogenheiten – diese Entscheidung dem Senat vor und ließ sich von diesem den Auftrag geben, die Medizinische Fakultät nach den Gründen für ihre „zu der einstimmigen Senatserklärung vom 27. September im überraschenden Widerspruch stehende milde Ahndung des Vergehens“ zu fragen.<sup>119</sup> Dieses Ansinnen wies der Dekan in seinem Antwortschreiben nun zunächst als unbefugte Kritik des Senats an der Entscheidung der Fakultät und Eingriff in ihre Rechte zurück, um sodann faktisch einzulenken (ohne die vorher eingenommene prinzipielle Position aufzugeben), indem er Simon die gewünschte Auskunft zumindest teilweise erteilte und zugleich den Gegensatz zum Senatsbeschluss entschärfte:

*Der Beschluss des Senats vom 27. September d.J. ist zustande gekommen, ohne dass demselben die event[uell] verantwortliche Persönlichkeit, noch weniger die Art ihrer Beteiligung an der Veröffentlichung bekannt war. Nach dem Ergebnis der Erhebungen, welche die Fakultät angestellt hat, treffen aber die Voraussetzungen des Senatsbeschlusses: „Falls das Schreiben durch einen Dozenten an das Berliner Tageblatt gelangt ist“ usw. auf Herrn Rosenthal nicht zu, sondern es handelt sich bei ihm um eine grobe Fahrlässigkeit, für die ihm die Mißbilligung ausgesprochen wurde.*

<sup>117</sup> Rosenthal an Simon, 22.9.1917, ebenda.

<sup>118</sup> Mitteilung des Dekan der Medizinischen Fakultät an den Rektor, 25.10.1917, ebenda. Dekan der Medizinischen Fakultät war der Ordinarius für Augenheilkunde Eugen von Hippel (1867–1928), der übrigens sowohl die Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit unterzeichnet, als auch das geforderte Ehrenwort anstandslos gegeben hatte.

<sup>119</sup> Simon an den Dekan der Med. Fakultät, 5.11.1917, ebenda.

Der Schlußsatz ließ dann an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

*Hiermit hält die Med[izinische] Fakultät ihrerseits die Angelegenheit für erledigt und würde sich an einer erneuten Besprechung derselben im Senate nicht mehr beteiligen können.*<sup>120</sup>

Der Brief ist ein Musterbeispiel für die Kunst, die Eskalation eines Konflikts durch Entgegenkommen in einer relativ unwichtigen Nebensache zu vermeiden, ohne in der Hauptsache wirklich nachzugeben – und mit diesem Schreiben war die Angelegenheit auch tatsächlich abgeschlossen.

Aus diesem Lehrstück eines universitätsinternen Konflikts lassen sich zusammenfassend verschiedene Folgerungen ziehen:

Natürlich ist auch in Göttingen die Universität insgesamt als Institution mit politischen Erklärungen oder öffentlichen Kundgebungen hervorgetreten. Selbstverständlich konnte der Rektor der Universität öffentlich auftreten und sprechen, wenn dies sein Amt verlangte oder er von den universitären Gremien entsprechend beauftragt war. Kriegsbejahende Reden und politische Bekenntnisse zu Kaiser und Heer hat es in den Kriegsjahren auch an der Göttinger Universität gegeben.<sup>121</sup> Dennoch reagierten zumindest einzelne Mitglieder der Korporation mit zum Teil vehementer Kritik, als der Rektor seine persönliche politische Meinung wie eine universitäre Angelegenheit behandelte, ohne sich bei den zuständigen universitären Gremien diesbezüglich rückversichert zu haben. Sie lösten damit eine Diskussion aus, die schließlich sogar den Senat beschäftigte. In dieser Diskussion wurden die politischen Fragen, die mit der Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit aufgeworfen worden waren, nur am Rande verhandelt. In erster Linie ging es vielmehr um Verfahrensweisen innerhalb der Korporation und Umgangsformen ihrer Mitglieder untereinander, und dies war der Grund für die heftige Diskussion – nicht ein möglicherweise vorhandener politischer Dissens. Bemerkenswerterweise hat sich übrigens während der gesamten Auseinandersetzung, soweit diese die Akten widerspiegeln, niemand auf die Kriegssituation als mögliche Rechtfertigung für besondere Verhaltens- und Verfahrensweisen berufen – auch Simon nicht.

Eine der an ihm geäußerten Kritik entsprechende explizite Zustimmung hat Simon nicht erhalten. Lediglich der Astronom Johannes Hartmann war bereit, noch weiter zu gehen als Simon selbst, und machte den Vorschlag, den Täter vorzugsweise unter den Nichtunterzeichnern zu suchen und unter denjenigen, die dem Berliner Tageblatt naheständen. Zu diesem Zwecke wollte er von der Post die Namen der Göttinger Abonnenten des Berliner Tageblatts in Erfahrung bringen.<sup>122</sup> Simon hat ihm auf diesen Vorschlag nicht geantwortet. Festzuhalten ist allerdings auch, daß Simon nur der Kritik von einzelnen seiner Kollegen ausgesetzt war. Die Korporation als solche und insbesondere der Senat hat seinen Amtsmißbrauch nicht verurteilt, ja diesen noch nicht einmal als solchen benannt, und insofern haben sich die selbstgegebenen Regeln der Korporation in diesem Fall nicht bewährt.

Der geschilderte Vorgang macht deutlich, welche vom Inhalt der jeweiligen Erklärungen unabhängigen Faktoren die Bereitschaft der angesprochenen Hochschullehrer zur Unterschrift

<sup>120</sup> Dekan an Simon, 19.11.1917, ebenda.

<sup>121</sup> Siehe z.B. den Bericht des Göttinger Tageblatts vom 22.10.1918 über die letzte Kundgebung in der Aula der Universität während des Krieges am 19.10.; oder das Telegramm des Senats der Universität an den Reichskanzler, abgedruckt im Göttinger Tageblatt vom 19.10.1918, in dem dieser auch von der Göttinger Universität zu einem ehrenvollen Frieden oder aber – wenn dieser nicht durchsetzbar sei – zur erneuten Mobilisierung aller Kräfte des Volkes aufgefordert wurde. Es ließen sich eine Vielzahl anderer Beispiele vor allem aus den ersten Kriegsmonaten anführen.

<sup>122</sup> Hartmann (1865–1936, Ordinarius in Göttingen von 1909 bis 1921) an Simon, 20.9.1917, ebenda. Zur Person siehe auch sein vehement ablehnendes Gutachten aus dem Jahre 1915 gegen die Habilitation der Mathematikerin Emmy Noether bei TOLLMIEN (Anm. 7), S. 173f.

beeinflussten: Ein Rektor – obgleich bisher nicht als Anhänger der Annexionisten hervorgetreten (er hatte noch nicht einmal die Seeberg-Adresse unterschrieben)<sup>123</sup> und sicherlich nicht (dies kann man für Göttingen wohl sagen) wegen seiner Haltung in der Kriegszielfrage zum Rektor gewählt – mißbrauchte sein Amt im Interesse einer annexionistischen Erklärung und erzielte so eine ungleich höhere Zahl von Unterschriften als frühere Aufrufe gleicher Tendenz. Diese Tatsache begründet eine generelle Skepsis gegenüber allzuweit gehenden Folgerungen aus diesen Zahlen. Für Göttingen jedenfalls sagt die hohe Zahl von Unterschriften in diesem Fall zwar einiges über die fehlende innere Unabhängigkeit vieler Professoren, die eine vom Rektor kommende Erklärung – eben weil sie von diesem kam – ganz selbstverständlich unterschrieben, aber wenig Zuverlässiges über die Verbreitung und Akzeptanz alldeutscher Ideen in der Professorenschaft, die man gemeinhin aus diesen Unterschriftenlisten abliest.

Umgekehrt liegt aber gerade der Wert der Simonschen Unterschriftensammlung darin, daß in diesem Fall wirklich alle Dozenten gefragt wurden, eine fehlende Unterschrift in aller Regel also wohl tatsächlich eine Entscheidung gegen die Erklärung bedeutete. So läßt sich denn – wie schon für die Erklärung vom 23. Oktober 1914 – feststellen, daß die Ordinarien eindeutig die größte Gruppe unter den Unterzeichnern stellten: nämlich 41 der 77 Unterzeichner, also wie im Oktober 1914 genau 54%; mit den Honorar- und den außerordentlichen Professoren (insgesamt 54 Personen) waren es sogar 70%, während nur 21 (von 60) Privatdozenten unterzeichneten.<sup>124</sup>

Die wieder von Delbrück geplante, auch von Jensen in seinem Brief an Simon für möglich und indirekt wohl auch für wünschenswert gehaltene Gegenerklärung gegen Hallers Attacke gegen den Reichstag kam nicht zustande.<sup>125</sup> So fehlen also direkte Vergleichszahlen. Doch bestätigt das Verhalten einzelner Dozenten während der Auseinandersetzung über das Vorgehen Simons die Vermutung, daß die Protestbereitschaft offenbar mit dem Abstand zum akademischen Betrieb wuchs. So fanden sich zu scharfen Protesten nicht nur, wie das Beispiel Jensens zeigt, aber doch vor allem Privatdozenten bereit oder aber Ordinarien, die bereits am Ende ihrer akademischen Lehrtätigkeit standen, was etwa für Detmold zutrif.<sup>126</sup> In anderem Zusammenhang ist auf die kompensatorische Funktion des intellektuellen Kriegseinsatzes für diejenigen, die nicht selbst an der Front waren, schon hingewiesen worden. Auch der erst 47jährige mit kriegswichtiger Forschung befaßte Simon gehörte in diese Gruppe.<sup>127</sup> Wenn auf der einen Seite der Abstand zum direkten Kriegsgeschehen die Affinität zu alldeutschen Großmachtvorstellungen erhöhte, so bewirkte offenbar auf der anderen Seite die Fronterfahrung, wie am Beispiel von Lommel und Rosenthal deutlich wurde, eine klar ablehnende oder zumindest sehr distanzierte Haltung zu Durchhalte- und Siegfriedenappellen.

<sup>123</sup> Als Hinweis auf seine politische Überzeugung läßt sich vielleicht eine aus seinem Nachlaß stammende, nur unter Parteimitgliedern verteilte Schrift der Nationalliberalen Partei über „Kriegs- und Friedensziele“ vom November 1916 deuten, in der im wesentlichen das gemäßigte Programm des Delbrück-Kreises vertreten wurde. Diese Schrift befindet sich in der Universitätsbibliothek Göttingen.

<sup>124</sup> Außerdem hatten auch der Zeichenlehrer und der Lektor der italienischen Sprache die Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit unterschrieben. Vgl. das namentliche, nach Status sortierte Verzeichnis der Unterzeichner, o.D., UnivA Gött, I B 1 39 (5). Es sei hier angemerkt, daß die Seeberg-Adresse in Göttingen von keinem Privatdozenten unterschrieben wurde, während die Delbrücksche Gegenerklärung immerhin von drei Privatdozenten unterstützt wurde. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch darauf, daß in Göttingen bis auf den Theologen Arthur Titius keiner der Unterzeichner der Delbrück-Erklärung die Erklärung gegen die Reichstagsmehrheit unterschrieben hat. Vgl. oben Abschnitt I. 3.

<sup>125</sup> Vgl. dazu die Einleitung von BÖHME zu Reden und Aufrufe (Anm. 2), S. 27.

<sup>126</sup> Dies läßt sich auch für die oben in Abschnitt I. 4 geschilderten Konfliktfälle konstatieren: Lehmann war bereits in einem Alter, wo er hätte emeritiert sein können; Nelson und Rausch von Traubenberg waren Privatdozenten; Grelling noch nicht einmal habilitiert.

<sup>127</sup> Vgl. dazu Anm. 89.

II. „Es ist nicht wahr ...“ – Der Aufruf „An die Kulturwelt“

1. „Dafür stehen wir ein mit unserem Namen und mit unserer Ehre“

*Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung noch der Kaiser.*

Das war die erste von sechs Thesen, mit denen 93 namhafte, zum großen Teil weltbekannte Gelehrte, Schriftsteller und Künstler im Oktober 1914 gegen „die Lügen und Verleumdungen“ protestierten, „mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache in dem ihm aufgezwungenen Daseinskampfe zu beschmutzen trachten.“<sup>128</sup> Der Aufruf, der am 4. Oktober 1914 gleichzeitig in allen großen deutschen Tageszeitungen veröffentlicht wurde, war zuvor in zehn Sprachen übersetzt und bereits seit September durch tausende von Privatbriefen in die neutralen Länder versandt worden.<sup>129</sup> Von dort trat er seinen „Siegesszug“ über die ganze Welt an, die fast einhellig empört reagierte.<sup>130</sup>

Fünf Jahre später, im Oktober 1919, verlas der französische Ministerpräsident Clemenceau – unterbrochen von Beifall- und Entrüstungsrufen – dieses „schamlose Manifest der sogenannten Intellektuellen“ im Pariser Senat und bezeichnete es dabei als „ein schlimmeres Verbrechen als alle anderen Taten, von denen wir wissen“.<sup>131</sup> Clemenceau lieferte damit einen eindrucksvollen Beweis für die überragende Bedeutung, die diesem Dokument im Ausland beigemessen wurde, und für dessen große propagandistische Wirkung. Trotz der großen Zustimmung, die sie mit ihren Tausenden von Unterschriften gefunden hatten, zog keiner der anderen Aufrufe eine auch nur annähernd vergleichbare Aufmerksamkeit auf sich; keine der anderen Erklärungen hatte so nachhaltige Folgen. Verantwortlich war dafür nicht nur die Prominenz der Unterzeichner, von denen auch Clemenceau behauptete, daß er einige von ihnen ursprünglich bewundert habe,<sup>132</sup> sondern vor allem der überhebliche Ton des Aufrufs, mit dem moralisch gerechtfertigt wurde, was höchstens strategisch zu verteidigen war: der unter offensichtlichem Bruch des Völkerrechts erfolgte Einmarsch nach Belgien und die Repressalien der deutschen Truppen gegen die dortige Bevölkerung.<sup>133</sup>

Vorausgegangen war dem Manifest der 93 eine von Tübingen ausgehende, von allen 22 deutschen Universitäten, also auch von Göttingen, unterzeichnete „Kundgebung der deutschen Universitäten an die Universitäten des Auslandes“, die im September 1914 verfaßt und von Regierungskreisen gesteuert, gegen den „schon seit Jahren gegen das deutsche Volk und das Deutsche Reich von ihren Gegnern“ geführten „Feldzug systematischer Lüge und Verleumdung“ gerichtet war:

<sup>128</sup> Abgedruckt mit Unterschriften als Faksimile aus dem Berliner Tageblatt vom 4.10.1914 bei VOM BROCKE (Anm. 1), S. 718; außerdem bei: G.F. NICOLAI, Die Biologie des Krieges, Dritte Auflage 1919, Nachdruck 1983, S. 7–10; H. WEHBERG, Wider den Aufruf der 93! – Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld, 1920, S. 16ff.; Krieg der Geister (Anm. 1), S. 64–68; Text in: Aufrufe und Reden (Anm. 2) als Dok. 1, S. 47ff.

<sup>129</sup> Siehe VOM BROCKE (Anm. 1), S. 654 und die dazugehörigen Quellen auf S. 719.

<sup>130</sup> Zu den wenigen zustimmenden Stimmen siehe Krieg der Geister (Anm. 1), S. 24f.; VOM BROCKE (Anm. 1), S. 675, und zur Reaktion insgesamt, ebenda, S. 666–679. Zur „verheerenden“ Wirkung des Aufrufs siehe auch die Tagebucheintragung von WOLFF vom 25.10.1914 (Anm. 22), S. 112 und S. 116, der diesen in seinem Berliner Tageblatt auch öffentlich kommentiert hatte (ebenda, S. 112 und S. 122).

<sup>131</sup> Wiedergegeben nach deutschen Zeitungsberichten bei WEHBERG (Anm. 128), S. 31. Siehe auch VOM BROCKE (Anm. 1), S. 681.

<sup>132</sup> WEHBERG (Anm. 128), S. 31.

<sup>133</sup> So noch Bethmann-Hollweg am 4.8.1914 vor dem Reichstag: „Meine Herren, wir sind in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regie-

*Wenn wir aber mit ansehen sollen, daß die neidische Bosheit unserer Feinde sich nicht schämt, unser Heer und in ihm unser ganzes Volk barbarischer Grausamkeit und sinnloser Zerstörungswut zu beschuldigen, und daß sie damit auch im neutralen Ausland und dort, wo man uns sonst wohlgesinnt ist, einen gewissen Glauben, zu finden scheint, so fühlen wir, denen die Pflege menschlicher Bildung in unserem Vaterlande vorzugsweise anvertraut ist, uns verpflichtet, aus der Zurückhaltung, die uns Beruf und Stellung auferlegen, mit einer lauten Verwahrung hervorzutreten.<sup>134</sup>*

Der Text, der erst am 17. Oktober der Presse übergeben wurde, war jedoch – wie schon das kurze Zitat zeigt – ungeschickt und weitschweifig formuliert, und so fühlten sich Berliner Gelehrte und Künstler aufgerufen, eine wirkungsvollere Zurückweisung der weltweiten Proteste gegen den Einmarsch der deutschen Truppen in das neutrale Belgien zu verfassen. Der Text dieses neuen Aufrufes wurde von dem Dichter Ludwig Fulda entworfen, von diesem gemeinsam mit Hermann Sudermann überarbeitet und schließlich von dem literarisch ambitionierten Berliner Bürgermeister Georg Reicke in Thesenform gebracht:<sup>135</sup>

*Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. [...]  
Es ist nicht wahr, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unsern Soldaten angetastet worden ist, ohne daß die bitterste Notwehr es gebot. [...]*

---

rung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht.“ Zitiert nach W. SCHOENBORN, Die Neutralität Belgiens, in: Deutschland und der Weltkrieg (hg. von O. HINTZE, F. MEINECKE, H. ONCKEN und H. SCHUMACHER), 1915, S. 565–590, hier S. 566. Schoenborn versuchte in seinem Beitrag eine ausführliche Widerlegung des Vorwurfs vom Völkerrechtsbruch und wertete die Anerkennung desselben durch Bethmann-Hollweg als eine taktische Maßnahme.

<sup>134</sup> Mit Unterschriften abgedruckt in: Krieg der Geister (Anm. 1), S. 86ff.; auch als Anhang im Exemplar der Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches in der Universitätsbibliothek Göttingen (Anm. 26); Text als Dok. 4 in: Aufrufe und Reden (Anm. 2), S. 51–54. Über die Schwierigkeiten beim Zustandekommen der Erklärung (so waren insbesondere die Bedenken der Universitäten Heidelberg, Jena und Halle zu überwinden) siehe VOM BROCKE (Anm. 1), S. 656.

<sup>135</sup> Ludwig Anton Fulda (geb. 1862, beging, weil er Jude war, 1939 Selbstmord) wurde besonders als Lustspielautor und Übersetzer französischer Dramen bekannt. Hermann Sudermann (1857–1928) war seit dem Ende der 1880er Jahre als naturalistischer Dramatiker mit gesellschaftskritischem Einschlag sowohl in Deutschland, als auch im Ausland erfolgreich (siehe zu seinem sonstigen Kriegsengagement, hier insbesondere gegen die „slawische Barbarei“ gerichtet, auch: Krieg der Geister, Anm. 1, S. 132ff.). Georg Reicke (1863–1923), der von 1903 bis 1920 Zweiter Bürgermeister von Berlin war, war durch seine Dramen und seine Mitherausgeberschaft der Hefte „Malerisches Berlin“ in Berlin ausgesprochen populär. VOM BROCKE (Anm. 1, S. 662) weist darauf hin, daß die Urheberschaft des „Aufrufs an die Kulturwelt“ in der einschlägigen Literatur lange Zeit unbekannt war (siehe auch den von ihm abgedruckten Briefwechsel zwischen Fulda und Sudermann, ebenda, S. 719). Den Zeitgenossen allerdings war sehr wohl bewußt, daß die drei genannten „Dichter“ die Autoren des Aufrufs waren, wie etwa der Nachlaß von Klein (Klein an Planck, 8.9.1919, NSuUB Göttingen, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 2+4) und auch die Tagebucheinträge von WOLFF vom 25.10.1914 und vom 2.11.1914 (Anm. 22, S. 112 und S. 116) belegen. Über Fulda notierte WOLFF schon am 3.9.1914 (ebenda, S. 98): „Welch' ein Krieg! Wer noch von Menschlichkeit spricht, muß fürchten, als sentimentaler Narr gehöhnt oder als Antipatriot gelyncht zu werden. Am übelsten sind die Literaten und sonstigen Wichtigtuere, von denen jetzt einer den anderen zu übertrumpfen sucht. Es sollen nur noch, schreibt Fulda, deutsche Stücke gespielt werden, und er denkt dabei an seine alten Ladenhüter.“

*Es ist nicht wahr, daß unsere Truppen brutal gegen Löwen gewütet haben. An einer rasenden Einwohnerschaft, die sie im Quartier heimtückisch überfiel, haben sie durch Beschießung eines Teils der Stadt schweren Herzens Vergeltung üben müssen. [...]*<sup>136</sup>

*Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegsführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtet. [...] Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigstens das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen.*

Auch diese Erklärung endete mit einem Bekenntnis zum deutschen Militarismus:

*Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. [...] Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewußtsein verbrüderet heute 70 Millionen Deutsche ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei.*

Unter den 93 Unterzeichnern, die „mit ihrem Namen und ihrer Ehre“ für diesen Aufruf eintraten, finden sich neben den Vertretern nationalistischer Agitationsvereine (wie dem Alldeutschen Verband oder dem Flottenverein) auch aktive Mitglieder der deutschen Friedensbewegung; mit Ausnahme der Sozialdemokratie waren Anhänger aller politischen Parteien vertreten. Von den 58 Professoren, die den Aufruf unterstützten, waren 15 Naturwissenschaftler, die damit gefolgt von 12 Theologen und übertroffen nur noch von den 17 „ausübenden“ Künstlern die größte wissenschaftliche Einzelgruppe bildeten.<sup>137</sup>

Die 15 Naturwissenschaftler, die den Aufruf unterschrieben hatten, waren: der Chemiker und Nobelpreisträger von 1905 Adolf von Baeyer, der Chemiker Carl Engler, der Chemiker und Nobelpreisträger von 1902 Emil Fischer<sup>138</sup>, der Chemiker und „Vater“ des Gaskrieges Fritz

<sup>136</sup> Zur Zerstörung der Bibliothek von Löwen siehe W. SCHIVELBUSCH, Die Bibliothek von Löwen. Eine Episode aus der Zeit der Weltkriege, 1988.

<sup>137</sup> Einteilung nach Fachrichtungen bei WEHBERG (Anm. 128), S. 18; eine genaue Analyse der Unterzeichnergruppe findet sich bei VOM BROCKE (Anm. 1), S. 657ff.

<sup>138</sup> Adolf von Baeyer (1835–1917) war zunächst Lehrer an der Kriegsakademie in Berlin, dann 1872 bis 1875 Ordinarius in Straßburg, schließlich Ordinarius für organische Chemie an der Universität München (vorher Straßburg). Carl Engler (1842–1925) war von 1887 bis 1919 Ordinarius für chemische Technologie an der TH Karlsruhe. Emil Fischer (1852–1919) hatte zunächst als Assistent von Baeyer in München gearbeitet und war nach Zwischenstationen in Erlangen und Würzburg 1892 nach Berlin berufen worden, wo er maßgeblich an der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie im Jahre 1912 und an der Einrichtung des noch kurz vor Ausbruch des Krieges in Mülheim/Ruhr eröffneten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohleforschung beteiligt war.

<sup>139</sup> Fritz Haber (1868–1934), seit 1911 Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie, übernahm 1915 die Leitung der Sparte Chemie in der Kriegsrohstoffabteilung Walter Rathenaus im Kriegsministerium; für das Haber-Bosch-Verfahren zur Ammoniaksynthese, das auf einen Vorschlag von Walther Nernst aus dem Jahre 1903 zurückging und das die Versorgungskrise des Deutschen Reiches bei der Produktion von Sprengstoffen löste, erhielt Haber 1918 gemeinsam mit Robert Bosch den Nobelpreis; der Einsatz von Giftgasen an der Front, im Frühjahr 1915 erstmals erprobt, ging auf eine persönliche Initiative von Haber zurück; dem „Büro Haber“ im Kriegsministerium gehörten neben Haber auch Nernst, Emil Fischer und Richard Willstätter an (vgl. dazu die Broschüre: „... im Frieden der Menschheit, im Kriege dem Vaterlande ...“ – 75 Jahre Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft. Bemerkungen zur Geschichte und Gegenwart, erschienen unter Beteiligung der ÖTV, 1986). Walther Nernst (1864–1941), für den 1894 in Göttingen das erste physikalisch-chemische Institut in Deutschland eingerichtet worden war, war seit 1905 Ordinarius in Berlin; 1914 meldete er sich als Angehöriger eines Automobilkorps frei-

Haber, der Physiko-Chemiker Walther Nernst, der Chemiker Richard Willstätter<sup>139</sup>, der Chemiker und Nobelpreisträger von 1909 Wilhelm Ostwald, der Entwicklungsforscher, Zoologe und Anthropologe Ernst Haeckel, der Astronom und Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft Wilhelm Foerster<sup>140</sup>, der Meteorologe Gustav Hellmann, der Physiker und Nobelpreisträger von 1905 Philipp Lenard<sup>141</sup>, der Physiker Max Planck, der Physiker und Nobelpreisträger von 1900 Wilhelm Röntgen, der Physiker und Nobelpreisträger von 1911 Wilhelm Wien<sup>142</sup> – und als einziger Mathematiker Felix Klein.

willig zum Kriegseinsatz und wurde nach der Marneschlacht zu wissenschaftlichen Arbeiten im „Büro Haber“ abgestellt; 1920 erhielt er den Nobelpreis. Richard Willstätter (1872–1942) war von 1912 bis 1915 Ordinarius in Berlin; 1915 bekam er den Nobelpreis.

<sup>140</sup> Wilhelm Ostwald (1853–1932), 1887 bis 1906 Ordinarius für physikalische Chemie in Leipzig und einer der Begründer dieses Faches in Deutschland; den Nobelpreis erhielt er für seine Entdeckung des Mechanismus der Katalyse; schon als 53-jähriger zog er sich aus der akademischen Lehrtätigkeit zurück und widmete sich von da an vor allem der Ausgestaltung seiner „energetischen Philosophie“; seit 1910 arbeitete er in der Friedensbewegung mit und war bis 1917 Vorsitzender des pazifistischen Deutschen Monistenbundes; gegenüber einem schwedischen Journalisten erklärte er im Dezember 1914, daß er zwar Internationalist und Pazifist sei, daß er aber alle „diese vorgeschrittenen Kulturarbeiten bis zum Frieden zurücktreten“ lasse müsse, „da wir jetzt im unmittelbaren Dienst der Zeit stehen“ (wiedergegeben nach: Krieg der Geister, Anm. 1, S. 113). Der Darwinist Ernst Haeckel (1834–1919) war von 1865 bis 1908 Ordinarius in Jena und vor allem durch seine weltanschaulichen Schriften auch nicht-wissenschaftlichen Kreisen bekannt geworden; wie Foerster und Ostwald ursprünglich der Friedensbewegung nahestehend, hatte er sich im August/September gemeinsam mit Ostwald öffentlich von seinen alten Idealen distanziert (Literaturangaben bei VOM BROCKE, Anm. 1, S. 659, dort Anm. 13, zu Ostwald siehe auch ebenda, S. 700). Wilhelm Foerster (1832–1921) war von 1865 bis 1903 Direktor der Sternwarte in Berlin; er wurde 1892 erster Vorsitzender der neugegründeten Deutschen Friedensgesellschaft und war auch Vorsitzender der Berliner Ortsgruppe. Vgl. zu Foerster auch Abschnitt II. 4.

<sup>141</sup> Gustav Hellmann (1854–1939) war seit 1879 am Preußischen Meteorologischen Institut in Berlin tätig und seit 1907 dessen Direktor. Philipp Lenard (1862–1947), 1907 bis 1930 Ordinarius und Direktor des Physikalisch-Radiologischen Instituts der Universität Heidelberg, erhielt den Nobelpreis für seine Experimente mit Kathodenstrahlen, die zu einer wichtigen Grundlage für die Quantentheorie wurden; Lenard hatte schon im August 1914 eine Pamphlet gegen England und vor allem gegen den englischen Physiker und Nobelpreisträger von 1906, John Joseph Thomson, verfaßt, mit dem er sich seit 1899 in einem erbitterten Konkurrenzkampf befand und von dem er behauptete, daß dieser von ihm physikalische Ergebnisse übernommen habe, ohne ihn zu zitieren; Lenard tat sich später als überzeugter Antisemit und einer der Protagonisten der insbesondere gegen Einstein und seine physikalischen Erkenntnisse gerichteten „arischen Physik“ hervor; zur Person Lenards relativ ausführlich: A.D. BEYERCHEN, Wissenschaftler unter Hitler, 1980, S. 115–145; zur „Deutschen Physik“ und Lenards Beitrag dazu siehe S. RICHTER, Die „Deutsche Physik“, in: Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie (hg. von H. MEHRTENS und S. RICHTER), 1980, S. 116–141.

<sup>142</sup> Max Planck (1858–1947) war von 1892 bis 1926 Ordinarius für Physik in Berlin (vom Oktober 1913 bis Oktober 1914 war er Rektor der Berliner Universität); Planck entwickelte 1899/1900 das nach ihm benannte Plancksche Strahlungsgesetz, das die Grundlage der Quantentheorie bildet und erhielt 1918 den Nobelpreis; von 1930 bis 1937 war er Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wilhelm Röntgen (1845–1923) hatte nach einer Assistentenzeit in Würzburg und Straßburg, zunächst in Straßburg ein Extraordinariat bekleidet und war dann 1879 als Ordinarius nach Gießen berufen worden; nach einer kurzen Zwischenzeit in Würzburg war er von 1900 bis 1920 Ordinarius in München; 1895 hatte er die nach ihm benannten Röntgenstrahlen entdeckt, für die er den Nobelpreis erhielt. Wilhelm Wien (1864–1928), von 1900 bis 1920 Ordinarius an der Universität Würzburg, dann München; er verwirklichte gemeinsam mit Otto Lummer (siehe Abschnitt II. 2 und dort Anm. 158) experimentell den schwarzen Körper und stellte das Wiensche Verschiebungsgesetz auf; für diese Arbeiten erhielt er den Nobelpreis.

Wie viele der anderen Unterzeichner auch, hat Felix Klein nach dem Krieg geltend gemacht, daß er die Zustimmung zu seiner Unterschrift unter den Aufruf wegen der „außerordentlichen Dringlichkeit“, mit der die Sache dargestellt worden sei, nur aufgrund eines Telegramms gegeben habe, „das sich die Freiheit des Textes vorbehielt“.<sup>143</sup> Initiator dieser Telegramm- (innerhalb Berlins auch Telefon-)aktion war offenbar Georg Reicke, der wenig später unter anderem auch an Klein mit einem Rundschreiben herantrat, in dem er diesem für die „freundliche Bereitwilligkeit, den Protest von Vertretern deutscher Kunst und Wissenschaft gegen die Auslandslügen zu unterzeichnen“, dankte und ihn bat, für dessen Versendung eigenhändig beschriftete Briefumschläge mit Adressen von „einflußreichen Personen im neutralen Ausland“ zur Verfügung zu stellen. Klein lehnte dieses Ansinnen in einem Brief vom 22. September 1914 jedoch entschieden ab, da er den Text des Zirkulars immer noch nicht kenne und auch noch nicht wisse, wer sonst noch unterschrieben habe. Außerdem wolle er – angesichts der Aufklärungsaktivitäten, die in Göttingen bereits angelaufen seien – keine „Sonderaktion“ in die Wege leiten.<sup>144</sup>

Dieser Brief beweist, daß Klein und mit ihm andere der Unterzeichner den Wortlaut des Aufrufes wohl tatsächlich erst aus der Presse erfahren haben – ja offenbar wurden wegen des Werbeeffekts auch Namen von Personen als Unterzeichner des Telegramm benutzt, die weder dieses noch den Aufruf kannten. So stand unter Kleins Telegramm auch der Name Adolf von Harnacks, der nach dem Kriege in einem offenen Brief an Clemenceau im November 1919 ebenfalls ausdrücklich die Kenntnis des Textes vor Erscheinen des Manifestes verneinte.<sup>145</sup>

Wegen der Vielzahl solcher, keineswegs auf die Nichtberliner, wie Klein unterstellte, beschränkten Fälle<sup>146</sup> und vor allem wegen der relativ langen Zeit, die zwischen dem ersten Herantreten an die Unterzeichner Anfang September und der Veröffentlichung des Manifests Anfang Oktober verging, läßt sich die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Unterzeichner bewußt in Unkenntnis über den Text gelassen worden war – daß also Methode hinter dem beschriebenen Verfahren steckte. Dies ist insbesondere auch deshalb sehr wahrscheinlich, weil die Versendung des Textes mit Unterschriften in das neutrale Ausland ja bereits im Laufe des September begann. Angesichts dieser offenbar sehr genau durchdachten manipulatorischen Strategie, mit der dieser Aufruf von den Initiatoren auf den Weg gebracht wurde, erscheint es auch nicht ausgeschlossen, daß gezielt Naturwissenschaftler um ihre Unterschrift gebeten wurden, weil sie einerseits in dem Ruf besonders großer Objektivität standen

<sup>143</sup> Notiz über das Telegramm in: NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 12 (allerdings wahrscheinlich erst nach dem Krieg angelegt); außerdem Planck an Klein, ebenda, 13.9.1919, Bl. 6f., und unten Anm. 234 zu Röntgen; siehe auch WEHBERG (Anm. 128), S. 8f., S. 11, S. 24, S. 28, S. 37; zu Klein und Planck ausführlich Abschnitt II. 3 und II. 4.

<sup>144</sup> Reickes Rundschreiben, o.D., und Entwurf des Schreibens von Klein an Reicke, 22.9.1914, NSuUB Gött, Bl. 31 und Rückseite Bl. 31. Nach dem Kriege hat sich Klein in einem Brief an Planck bitter darüber beklagt, daß er niemals Antwort auf diesen Brief erhalten habe. Klein an Planck, 21.9.1919, ebenda, Bl. 3. In dem umfangreichen und gut verwalteten Nachlaß Kleins in der Handschriftenabteilung der Göttinger Universitätsbibliothek befinden sich neben den an Klein gerichteten Briefen auch die oft mit vielen Verbesserungen und Streichungen versehenen und daher nicht immer leicht lesbaren Entwürfe der Briefe, die Klein geschrieben hat. In allen Fällen, in den auf Briefe Kleins in diesem Nachlaß verwiesen wird, handelt es sich also um diese Entwürfe, ohne daß dies im folgenden jeweils gesondert vermerkt wird.

<sup>145</sup> Adolf von Harnack (1851–1930, Mitinitiator bei der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und deren erster Präsident) an Clemenceau, abgedruckt in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 6.11.1919, wiedergegeben nach: WEHBERG (Anm. 128), S. 27ff., hier S. 28.

<sup>146</sup> Planck und Wilamowitz beispielsweise waren telefonisch gefragt worden. Siehe dazu Klein an Planck, 8.9.1919, Antwort Plancks, 13.9.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 2 und 4, Bl. 6f.; und VOM BROCKE (Anm. 1), S. 663.

und andererseits, wie die große Zahl von Nobelpreisträgern in ihren Reihen zeigt<sup>147</sup>, international ein besonders hohes Renommee besaßen.

Doch auch wenn dieser Umstand vielleicht in manchen Fällen erklärt, warum auch Wissenschaftler unterschrieben haben, von denen man dies nicht erwartet hätte, so bleibt dennoch die erstaunliche Bereitschaft zu konstatieren, mit der diese – nach eigenem Selbstverständnis – so objektiven, zur Prüfung von Sachverhalten sozusagen von Berufs wegen verpflichteten (Natur-)Wissenschaftler einen solchen Aufruf ohne Kenntnis des Textes als einen Akt der Vaterlandsverteidigung „blind“ unterschrieben.

## 2. Exkurs: Gegen die „so oft getadelte Ausländerei der Deutschen“

Durch den Aufruf „An die Kulturwelt“ erschien im Ausland nun endgültig und von den Intellektuellen selbst bezeugt die Einheit von deutscher Kultur und deutscher Barbarei bewiesen. In allen Ländern kam es zu wütenden Protesten, Gegenerklärungen, offenen Briefen, entrüsteten Zeitungsartikeln.<sup>148</sup> Insbesondere in Frankreich formierte sich eine (bereits seit dem Krieg von 1870/71 existierende) Bewegung gegen die deutsche Wissenschaft, die man schon lange als Instrument des Wilhelminischen Imperialismus beargwöhnt hatte. Die Gelegenheit zur Abrechnung nutzend, sprach man ihr nun im nachhinein jede originäre Leistung ab, während man gleichzeitig die Leistungen der eigenen Wissenschaft als einen einzigartigen Beitrag zur menschlichen Zivilisation verherrlichte. So antwortete etwa die Académie des Sciences auf den Aufruf „An die Kulturwelt“ am 3. November 1914 mit der Behauptung, daß alle großen Entdeckungen der letzten drei Jahrhunderte in der Mathematik und den Naturwissenschaften, ebenso wie die wichtigsten Erfindungen des 19. Jahrhunderts der romanischen oder angelsächsischen „civilisation“ entstammten.<sup>149</sup>

Die französische Akademie reagierte im Februar 1915 mit dem Ausschluß derjenigen ihrer deutschen Mitglieder, die den Aufruf unterzeichnet hatten. Dies betraf Adolf von Baeyer als assoziiertes Mitglied und die korrespondierenden Mitglieder Emil Fischer, den Berliner Anatomen Wilhelm Waldeyer<sup>150</sup> und Felix Klein. Begründet wurde der Ausschluß damit, daß die

<sup>147</sup> Die Naturwissenschaftler stellten sechs der insgesamt zehn Nobelpreisträger, die den Aufruf unterzeichnet hatten; vier von ihnen erhielten den Nobelpreis kurze Zeit später, Willstätter und Planck sogar noch während des Krieges. Zwei der übrigen Nobelpreisträger unter den Unterzeichnern waren Mediziner: Emil von Behring (1854–1917, Nobelpreis 1901) und Paul Ehrlich (1845–1915, Nobelpreis 1908); außerdem hatten der Philosoph Rudolf Eucken (1849–1926, Nobelpreis 1908) und Gerhard Hauptmann (1862–1946, Nobelpreis 1912), die den Aufruf ebenfalls unterzeichnet hatten, den Literaturnobelpreis bekommen.

<sup>148</sup> Ausführliche Darstellung bei VOM BROCKE (Anm. 1), S. 666–679.

<sup>149</sup> Wiedergegeben nach VOM BROCKE (Anm. 1), S. 667. Diese Behauptungen ließen sich im übrigen auch zu Zuschreibungen von jeweils typischen Nationalcharakteren ausweiten: So wurde den Deutschen aufgrund eben ihres deutschen Wesens und Charakters zwar zugestanden, daß sie systematische, ordentliche wissenschaftliche Arbeiter seien, doch zugleich wurde konstatiert, daß ihnen das fehle, womit die Franzosen im Übermaß begabt seien: nämlich Kreativität und Eigenwilligkeit. Vgl. dazu H. MEHR-TENS, *Der französische Stil und der deutsche Stil. Nationalismus, Nationalsozialismus und Mathematik, 1900–1949*, in: *Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert* (Internationales Kolloquium herausgegeben für das Deutsche Historische Institut Paris von Y. COHEN und K. MANFRASS), 1990, S. 116–129, bes. S. 120f.

<sup>150</sup> Wilhelm von Waldeyer (1836–1921), der besonders bekannt durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Anatomie des Nervensystems wurde, war zunächst in Breslau und Straßburg, dann von 1883 bis 1917 Ordinarius in Berlin. Die Namen der vom Ausschluß betroffenen Wissenschaftler der geisteswissenschaftlichen Sektion (Académie des Inscriptions et Belles Lettres) siehe bei VOM BROCKE (Anm. 1), S. 674.

lügnerischen Behauptungen des Aufrufs eines Wissenschaftlers unwürdig seien und daß sich die Unterzeichner mit den vom deutschen Militarismus verübten Verbrechen solidarisch erklärt hätten.<sup>151</sup>

In England dagegen verzichteten trotz französischen Drängens sowohl die Royal Society als auch die 1902 gegründete British Academy auf die Streichung ihrer deutschen und österreichischen Mitglieder.<sup>152</sup> Zwar kam es auch in Großbritannien zu massiven Protesten gegen den Aufruf, doch fanden sich dort auch immer wieder mäßigende, zur Gerechtigkeit insbesondere gegenüber den Leistungen deutscher Wissenschaft auffordernde Stimmen. Selbst in der direkten Antwort auf die Gelehrtenmanifeste des Oktobers 1914, die 117 namhafte britische Wissenschaftler am 21. Oktober 1914 in der Times veröffentlichten, betonten diese noch ihre echte und tiefe Bewunderung für deutsche Gelehrsamkeit und Wissenschaft. Sie verwiesen jedoch zugleich darauf, daß es ein Irrtum sei, anzunehmen (wie dies die deutschen Professoren offenbar täten), daß es in der belgischen Frage viele mit Deutschland sympathisierende Kollegen an den englischen Universitäten gebe.<sup>153</sup>

Ausgerechnet diese in der Sache zwar harte und eindeutig verurteilende, im Ton aber doch sehr moderate Erklärung rief nun den Protest einer Reihe von deutschen und österreichischen Physikern hervor. Sie verfaßten ein Flugblatt mit dem neutralen Titel „Aufforderung“, in dem es – im Unterschied zu den bisher untersuchten Erklärungen – nicht um die öffentliche Rechtfertigung von deutschen Kriegshandlungen ging, sondern um die Regelung des internen wissenschaftlichen Verkehrs zwischen beiden Nationen:

*Durch den Krieg werden die Beziehungen der wissenschaftlichen physikalischen Kreise zum feindlichen Ausland eine Neuregelung erfahren. Sie wird sich besonders auf unser Verhältnis zu England beziehen, nachdem die deutschfeindliche, ohne jedes Verständnis für deutsches Wesen abgefaßte Erklärung der englischen Gelehrten auch von acht bekannten Physikern unterschrieben ist (Bragg, Crookes, Fleming, Lamb, Lodge, Ramsay, Rayleigh, J.J. Thomson).<sup>154</sup>*

<sup>151</sup> Wiedergegeben nach der Abschrift aus Le Temps vom 25.3.1915, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 35f.

<sup>152</sup> Lediglich die Chemical Society löschte die Namen ihrer neun deutschen Mitglieder. VOM BROCKE (Anm. 1), S. 674.

<sup>153</sup> In deutscher Übersetzung abgedruckt mit allen Unterschriften in Krieg der Geister (Anm. 1), S. 36–44. Siehe auch VOM BROCKE (Anm. 1), S. 670f. Es gab allerdings auch in England Gegenstimmen, die ähnlich wie in Frankreich sich nachzuweisen bemühten, daß die Deutschen in der Wissenschaft schlechterdings nichts geleistet hätten, ebenda.

<sup>154</sup> William Henry Bragg (1862–1942, Leeds) erhielt 1915 gemeinsam mit seinem Sohn den Nobelpreis für die Entwicklung der Röntgenstrukturanalyse und der Röntgenspektroskopie. William Crookes (1832–1919, Präsident der Royal Society) entdeckte das Thallium und die Radiometerwirkungen. John Ambrose Fleming (1849–1945, Universität London) verwendete als erster die Elektronenröhre für den Empfang elektrischer Wellen. Horace Lamb (1849–1934, Universität von Manchester, mehrfach Vizepräsident der Royal Society) arbeitete als Mathematiker und Physiker u.a. zu Fragen der Hydrodynamik und Flugwissenschaft. Oliver Lodge (1851–1941, Universität Birmingham) arbeitete u.a. über die Bestimmung der Wanderungsgeschwindigkeit von Ionen. Der Chemiker William Ramsay (1852–1916, London) hatte in Tübingen promoviert und 1904 den Nobelpreis für seine Entdeckung der Edelgase erhalten. Zu seinem leidenschaftlichen insbesondere auch gegen die deutsche Wissenschaft gerichteten Einsatz in der geistigen Kriegführung siehe VOM BROCKE (Anm. 1), S. 669 und dort besonders Anm. 31. John William Strutt Rayleigh (1842–1919, Cambridge, vorjähriger Präsident der Royal Society) stellte 1900 ein Strahlungsgesetz auf, das einen Grenzfall des Planckschen Strahlungsgesetzes darstellt. 1904 erhielt er gemeinsam mit Ramsay den Nobelpreis für Physik und Chemie. John Joseph Thomson (1856–1940, Universität Cambridge, ehemaliger Präsident der Royal Society) klärte insbesondere die Natur der Kathodenstrahlen. Vgl. zu Thomson auch Anm. 141.

*Es ist hierdurch erwiesen, daß die langjährigen Versuche, mit den Engländern zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zu gelangen, gescheitert sind und für absehbare Zeit nicht wieder aufgenommen werden können. Die Rücksichten, die wir im Interesse einer Annäherung der wissenschaftlichen Kreise beider Völker genommen haben, sind nicht mehr gerechtfertigt. Daher ist es auch geboten, daß der unberechtigte Einfluß, der in die deutsche Physik eingedrungen ist, wieder beseitigt wird.*

*Es kann sich selbstverständlich nicht darum handeln, die englischen wissenschaftlichen Ideen und Anregungen abzulehnen. Aber die so oft getadelte Ausländerei der Deutschen hat sich auch in unserer Wissenschaft so bemerkbar gemacht, daß es nötig scheint, darauf hinzuweisen.*

*Nach diesem Hinweis beschränken wir uns zunächst darauf vorzuschlagen, daß alle Physiker dahin wirken*

- 1. daß bei der Erwähnung der Literatur die Engländer nicht mehr wie es vielfach vorgekommen ist, eine stärkere Berücksichtigung finden als wie unsere Landsleute;*
- 2. daß die deutschen Physiker ihre Abhandlungen nicht in englischen Zeitschriften veröffentlichen, abgesehen von den Fällen, in denen es sich um Erwiderungen handelt;*
- 3. daß die Verleger nur in deutscher Sprache geschriebene wissenschaftliche Werke und Übersetzungen nur dann aufnehmen, falls es sich nach fachmännischem Urteil um ganz bedeutende literarische Leistungen handelt;*
- 4. daß Staatsgelder auf Übersetzungen nicht verwendet werden.<sup>155</sup>*

Immerhin verstieg man sich in dieser „Aufforderung“ nicht dazu, den Engländern jede Achtung und Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistungen zu versagen. Doch hatten die Autoren mit ihrem Zugeständnis, ganz bedeutende englische Leistungen auch weiterhin zur Kenntnis nehmen zu wollen, natürlich vor allem deren mögliche Verwertung im deutschen Interesse im Auge.

Bemerkenswert an diesem Dokument ist vor allem die Konkretheit der Vorschläge. So muß man davon ausgehen, daß sich die Verfasser an die Verlage gewandt haben und daß es zumindest in Fachkreisen kursierte.<sup>156</sup> Allerdings ist über die Wirksamkeit des Flugblatts nichts bekannt, und es ist auch schwer, darüber verlässliche Angaben zu erhalten. Publikationsmöglichkeiten bestanden wegen der Geheimhaltungsvorschriften gerade in den Naturwissenschaften und mit Fortschreiten des Krieges auch wegen des allgemeinen Papiermangels nur sehr eingeschränkt. Außerdem gelangte englischsprachige (oder auch französischsprachige) Fachliteratur nur noch in sehr geringem Umfange nach Deutschland, was wiederum mit den Geheimhaltungsbedingungen der Gegenseite und nicht mit einer bewußten Nichtbeachtung durch deutsche Naturwissenschaftler zusammenhing.

Interessant ist die „Aufforderung“ deshalb auch nicht so sehr wegen ihrer möglichen (eher gering zu veranschlagenden) Folgen<sup>157</sup>, sondern wegen der darin ausgedrückten Haltung zum internationalen Wissenschaftsbetrieb, die immerhin von 16 zum Teil wieder sehr bekannten Physikern unterschrieben wurde. Diese bildeten allerdings einen nicht ganz so illustren Kreis wie die Unterzeichnergruppe des Aufrufs „An die Kulturwelt“. Nur einer aus dieser Gruppe, nämlich der in Würzburg lehrende Nobelpreisträger Wilhelm Wien, unterschrieb sowohl den Aufruf als auch die „Aufforderung“. Mit ihm unterzeichnete auch sein Cousin Max Wien, Ordinarius

<sup>155</sup> Flugblatt, o.D. (wahrscheinlich Oktober 1914), NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 1.

<sup>156</sup> So ist es beispielsweise auch Klein zugeschickt worden, da es sich in dessen Nachlaß befindet.

<sup>157</sup> Auch nach dem Krieg, als im Zuge des allgemeinen Boykotts der deutschen Wissenschaft nun von alliierter Seite die deutschen Veröffentlichungen boykottiert werden sollten, ließ sich die angestrebte Isolierung gerade auf diesem Gebiet nur sehr unvollkommen durchsetzen. Vgl. dazu SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 119f. und S. 124.

in Jena, und der Breslauer Physiker Otto Lummer, mit dem Wien vor dem Krieg intensiv zusammengearbeitet hatte<sup>158</sup>; außerdem: die österreichischen Physiker Felix Exner, Ernst Lechner, Egon von Schweidler<sup>159</sup>; der in Halle lehrende Ernst Dorn, der Dresdner Physiker Wilhelm Hallwachs, Gustav Mie, der in Greifswald Ordinarius war<sup>160</sup>, der Leipziger Ordinarius Otto Wiener, der Freiburger Physiker Franz Himstedt, der Gießener Ordinarius Walter König und Franz Richarz, der in Marburg lehrte<sup>161</sup>; schließlich der Atomphysiker Arnold Sommerfeld, der 1906 auf den Lehrstuhl für theoretische Physik an der Universität München berufen worden war<sup>162</sup>, Johannes Stark, damals an der Technischen Hochschule Aachen<sup>163</sup>, und der Göttinger Physiker Eduard Riecke<sup>164</sup>.

<sup>158</sup> Max Wien (1866–1938) war zunächst Assistent von Röntgen in Würzburg gewesen, dann Privatdozent an der TH Aachen, schließlich war er 1904 als etatmäßiger Professor nach Danzig berufen worden und lehrte seit 1911 als Ordinarius in Jena. Sein Hauptarbeitsgebiet waren elektrische Schwingungsvorgänge. Otto Lummer (1860–1925), der 1889 Mitglied der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin und 1904 Ordinarius in Breslau geworden war, arbeitete hauptsächlich auf dem Gebiet der experimentellen Optik und der Strahlungsforschung. Lummer war vor dem Kriege mehrfach auf Einladung der amerikanischen Physiker in den USA gewesen und hatte u.a. auch am Internationalen Physikerkongress in Paris teilgenommen. Zu Wilhelm Wien siehe Anm. 142.

<sup>159</sup> Felix Exner (1849–1926, Physiker und Meteorologe) war seit 1908 Professor für kosmische Physik in Innsbruck und wurde 1917 als Professor für Physik der Erde und Direktor der Zentralanstalten für Meteorologie und Geodynamik nach Wien berufen. Ernst Lecher (1856–1926) war zunächst Ordinarius in Innsbruck, dann an der deutschen Universität in Prag, seit 1909 in Wien; er wurde durch die Bestimmung der Wellenlänge elektrischer Wellen bekannt (Lechersches Drahtsystem). Egon von Schweidler (1873–1948) war nach seiner Privatdozentenzeit in Wien seit 1911 als a.o. Professor in Innsbruck; 1926 wurde er Ordinarius in Wien.

<sup>160</sup> Friedrich Ernst Dorn (1848–1916) lehrte zunächst an der TH Darmstadt und war 1886 an die Universität Halle berufen worden, wo er 1895 Direktor des physikalischen Instituts wurde; er beschäftigte sich vornehmlich mit Fragen der Elektrizitätslehre und der Meteorologie. Wilhelm Hallwachs (1859–1922), seit 1893 Direktor des elektrotechnischen Instituts an der TH Dresden, ist insbesondere durch den nach ihm benannten lichtelektrischen Effekt bekannt geworden, der eine wichtige Grundlage der Quantentheorie bildete. Gustav Mie (1868–1957) war 1902 als a.o. Professor nach Greifswald gekommen und wurde dort 1905 Ordinarius; 1917 ging er nach Halle; er bearbeitete hauptsächlich Fragen der Relativitäts- und Gravitationstheorie.

<sup>161</sup> Otto Wiener (1862–1927) war 1895 Ordinarius in Gießen geworden und 1899 als Direktor des Physikalischen Instituts nach Leipzig berufen worden. Er arbeitete hauptsächlich auf dem Gebiet der Strahlungsoptik, veröffentlichte aber auch zu Fragen der Luftfahrt und des Fliegens. Franz Himstedt (geb. 1852) war bereits 1882 a.o. Professor in Freiburg gewesen und nach Zwischenstationen in Darmstadt und Gießen 1895 als Ordinarius nach Freiburg zurückgekehrt. Walter König (geb. 1859) war seit 1905 Direktor des Physikalischen Instituts in Gießen; er hatte u.a. gemeinsam mit Lommel publiziert. Franz Richarz (1860–1920) war zunächst Ordinarius in Greifswald gewesen, seit 1901 in Marburg; veröffentlichte hauptsächlich zu Fragen der Meteorologie, Geophysik und Elektrizitätslehre.

<sup>162</sup> Arnold Sommerfeld (1868–1951) war zunächst Professor für Mathematik an der Bergakademie in Clausthal gewesen, dann Ordinarius für Mechanik an der TH Aachen und schließlich nach München berufen worden. Ursprünglich arbeitete Sommerfeld gemeinsam mit Felix Klein an einer umfassenden Theorie des Kreisels, wandte sich dann aber der Quantentheorie zu und entwickelte schon 1915 eine wichtige Erweiterung der Bohrschen Atomtheorie.

<sup>163</sup> Johannes Stark (1874–1951) hatte sein Ordinariat in Aachen zu einem nicht geringen Teil den Bemühungen Arnold Sommerfelds zu verdanken; 1919 erhielt er den Nobelpreis (für die Entdeckung der Aufspaltung der Spektrallinien durch ein elektrisches Feld, den sog. Starkeffekt). Von 1900 bis 1906 arbeitete Stark in Göttingen, 1907/1908 unter Mie in Greifswald. Zu seinem Werdegang im Einzelnen siehe auch J. STARK, *Erinnerungen eines deutschen Naturforschers* (hg. von A. KLEINERT), 1987.

<sup>164</sup> Eduard Riecke (1845–1915) hatte sich, nachdem er am Krieg 1870/71 als Leutnant der Reserve teilgenommen hatte, 1871 in Göttingen habilitiert und war dort 1873 a.o. und 1881 ordentlicher Professor

Verglichen mit den Unterzeichnern des Aufruf „An die Kulturwelt“ fällt vor allem auf, daß sich unter der „Aufforderung“ eine relativ junge Gruppe von Wissenschaftlern gefunden hatte<sup>165</sup>, die zugleich aber – bis auf den Österreicher Schweidler – alle bereits als Ordinarien etabliert waren. Das Bedürfnis nach nationaler Abgrenzung auch im Wissenschaftsbereich, das sich in der „Aufforderung“ artikuliert, war also – naheliegenderweise – vor allem bei den jüngeren Wissenschaftlern vorhanden, deren Karriere zwar schon begonnen, aber auch noch nicht abgeschlossen war. Viele der unterzeichnenden Physiker waren, obwohl sie inzwischen fast alle an verschiedenen Universitäten lehrten, durch frühere Zusammenarbeit an derselben Hochschule oder andere persönliche Beziehungen miteinander verbunden und haben sich daher sicher gegenseitig zur Unterschrift aufgefordert. Auffällig ist auch, daß in dieser Gruppe kein einziger Berliner war (gegenüber sieben in der Unterzeichnergruppe des Aufrufs „An die Kulturwelt“). Es spricht einiges dafür, daß dies kein Zufall, sondern eine bewußte Abgrenzung war: Nach dem Krieg gründete Johannes Stark nämlich gegen die seiner Meinung nach von Berliner Physikern dominierte Deutsche Physikalische Gesellschaft eine eigene Fachgemeinschaft Deutscher (konservativer) Physiker, in der man eine Reihe der obigen Unterzeichner wiederfindet.<sup>166</sup> So waren sowohl Sommerfeld (als um Ausgleich bemühter Vorsitzender der Deutschen Physikalischen Gesellschaft) als auch Franz Himstedt, Walter König, Max Wien, und Gustav Mie Mitglieder dieser allerdings nur sehr kurzlebigen Gemeinschaft.

Wer von den Unterzeichnern nur im Überschwang der ersten Kriegsbegeisterung die „Aufforderung“ unterzeichnete und dies im nachhinein bedauert hat, ist im einzelnen nicht zu rekonstruieren. Von Sommerfeld, der vor dem Krieg in die vielfältigen internationalen Aktivitäten von Felix Klein eingebunden war, ist bekannt, daß er sich noch während des Krieges um Ausgleich und Zusammenarbeit insbesondere mit seinen holländischen Kollegen bemühte.<sup>167</sup> Nach dem Krieg scharte er einen wissenschaftlich sehr erfolgreichen internationalen Kreis von theore-

---

geworden; er erwarb sich besondere Verdienste um den Ausbau der Elektrizitätslehre und des Magnetismus und war gemeinsam mit seinem Schüler Heinrich Theodor Simon (siehe oben Abschnitt I. 5 und I. 6) Mitbegründer und Herausgeber der Physikalischen Zeitschrift. Johannes Stark war während seiner Göttinger Zeit Rieckes Assistent gewesen.

<sup>165</sup> Ihr Durchschnittsalter lag mit 54 Jahren deutlich unter dem der naturwissenschaftlichen Unterzeichner des Aufrufs „An die Kulturwelt“, das 62 Jahre betrug. Die jüngsten Unterzeichner des Aufrufs „An die Kulturwelt“ (unter 50 Jahre) gehörten alle zum aktiven Teil des chemischen Beraterstabs im Kriegsministerium (Willstätter, Haber und Nernst). Im übrigen waren von ihnen lediglich Planck, Wilhelm Wien und Lenard unter 60 Jahre alt, sieben der 15 Unterzeichner waren über 60, während die „Aufforderung“ nur zwei über 60jährige unterschrieben hatten (Exner und Riecke). Vgl. dazu die Anm. 138–142.

<sup>166</sup> Die Gründung richtete sich insbesondere gegen das Übergewicht der die Quanten- und Relativitätstheorie vertretenden theoretischen Physiker in Berlin, wobei Berlin zugleich ein Symbol der verhaßten Weimarer Republik war. Stark, der nach dem Kriege einen Prioritätenstreit mit Einstein darüber führte, wer zuerst die Quantenhypothese in der Fotochemie verwendet hatte, begab sich in den folgenden Jahren in immer stärkere Opposition zu Einstein und den Vertretern der Quantentheorie; nach 1933 wurde er gemeinsam mit Lenard zu einem Protagonisten der Deutschen Physik. Seit 1930 war Stark aktiv in der NSDAP, 1933 wurde er Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, scheiterte aber mit allen seinen Plänen zur Neuorganisation der Physik und trat 1939 von seinem Amt zurück. Vgl. dazu BEYERCHEN (Anm. 141), S. 146–171 (zur Fachgemeinschaft, S. 150–155), und RICHTER (Anm. 141) passim.

<sup>167</sup> Einem Brief, den der Mathematiker Walther von Dyck (Genauerer siehe Abschnitt II. 5 und insb. Anm. 197) an Klein im Jahre 1917 schrieb, kann man entnehmen, daß Sommerfeld wegen des Aufrufs „An die Kulturwelt“ Briefe mit dem niederländischen Physiker Heike Kammerlingh Onne (1853–1926) gewechselt hat, über die von Dyck schreibt, daß sie ihm „mit ihren gegenseitigen Gefühlsbeteuerungen und Bedauerungen auf die Nerven“ gegangen seien. Von Dyck an Klein, 30.7.1917, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 47f. Zu Kleins internationalen Aktivitäten siehe Abschnitt II. 3 und II. 7.

tischen Physikern um sich und erschien wegen seiner beispiellosen Reiseaktivitäten geradezu als eine Symbolfigur des wissenschaftlichen Internationalismus. Doch ist er im Ausland immer bewußt als ein Botschafter Deutschlands aufgetreten, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die nationale Ehre seines Landes wiederherzustellen, wobei wissenschaftliche Erfolge als Ersatz für die verlorene militärische und politische Bedeutung Deutschlands erhalten mußten.<sup>168</sup>

So weit wie sein Göttinger Kollege Eduard Riecke ist Sommerfeld allerdings nicht gegangen. Riecke gehörte nämlich zu den Wissenschaftlern, die eine von Ernst Haeckel initiierte Erklärung unterstützten, mit der am 7. September 1914 deutsche Professoren und Künstler „in deutschem Nationalgefühl“ auf ihre englischen wissenschaftlichen oder künstlerischen Auszeichnungen verzichteten:

*England vor allem trifft die moralische Verantwortung für den Völkerbrand, der furchtbare Unheil für Millionen von Menschen zur Folge hat und unerhörte Opfer an Gut und Blut fordert. Der brutale Egoismus von England hat ihm eine untilgbare Schuld aufgeladen.*<sup>169</sup>

Der mit der Erklärung verbundene Aufruf, sich diesem Verzicht anzuschließen, fand bei den meisten Wissenschaftlern allerdings relativ wenig Sympathie und hatte sogar eine in der deutschen Presse ausgetragene Diskussion zur Folge, in deren Verlauf sich insbesondere Wilhelm Foerster scharf gegen diese Verzichtleistung aussprach.<sup>170</sup> Diese öffentliche Diskussion veranlaßte auch den Göttinger Prorektor Carl Runge, seine Kollegen zu einer diesbezüglichen Aussprache zusammenzurufen. Von den 13 betroffenen Göttinger Wissenschaftlern, zu denen (natürlich) auch Felix Klein gehörte, erklärten sich mit Ausnahme von Riecke alle gegen einen Verzicht auf ihre englischen Ehrungen.<sup>171</sup>

<sup>168</sup> Zu Sommerfelds nationalbewußter internationaler Haltung siehe: M. ECKERT, Gelehrte Weltbürger. Der Mythos des wissenschaftlichen Internationalismus, in: Kultur und Technik (1992) 2, S. 26–34. Dieser Darstellung liegt eine in Eckerts Artikel nicht näher bezeichnete größere Studie zur Sozialgeschichte der theoretischen Physik zugrunde.

<sup>169</sup> Wortlaut der Erklärung mit den Namen der 31 Erstunterzeichner, in: Krieg der Geister (Anm. 1), S. 28f. Unter den Unterzeichnern waren auch einige derjenigen, die später den Aufruf „An die Kulturwelt“ unterstützten: so die Mediziner Emil von Behring, Paul Ehrlich und (natürlich) Philipp Lenard und der wie Haeckel in Jena lehrende Rudolf Eucken (vgl. Anm. 147). Haeckel selbst hatte schon Mitte August gemeinsam mit Eucken eine Erklärung veröffentlicht, in der der Kampf Englands „gegen das Germanentum“ mit dessen Neid auf Deutschlands Größe erklärt wurde (ebenda, S. 27f.); Haeckel entwickelte in dieser Erklärung außerdem Teilungspläne, nach denen Belgien zur Hälfte Holland und zur anderen Hälfte Deutschland eingegliedert und der Nordosten Frankreichs, Polen und die russischen Ostseeprovinzen annektiert werden sollten (ebenda, S. 273); zu weiteren propagandistischen Äußerungen Haeckels siehe ebenda, S. 236f., S. 244ff. und S. 251ff.

<sup>170</sup> Pro und Gegenstimmen, ebenda, S. 29–36. Kein einziger Engländer folgte übrigens dem deutschen Beispiel. Vgl. dazu auch VON BROCKE (Anm. 1), S. 715.

<sup>171</sup> Rundschreiben von Carl Runge, 10.9.1914 und Notiz über die Besprechung vom 11.9., UnivA Gött, I B 1 38 (1). Betroffen waren außerdem: David Hilbert (vgl. Anm. 6), Hermann Oldenberg (vgl. Anm. 25), Hermann Wagner (vgl. Anm. 51), Julius Wellhausen (vgl. Anm. 58), der Botaniker und Pflanzenphysiologe Gottfried Berthold (1854–1937, seit 1885 in Göttingen, 1887 bis 1922 Ordinarius), der Nationalökonom Gustav Cohn (1840–1919, Ordinarius von 1884 bis 1919), der Zoologe Ernst Heinrich Ehlers (1835–1925, seit 1863 in Göttingen, Ordinarius von 1874–1919), der Geologe Adolf von Koenen (1837–1915), Ordinarius von 1881 bis 1913), der Philosoph und Psychologe Georg Elias Müller (1850–1932, 1908 bis 1926 Ordinarius), der theoretische Physiker Woldemar Voigt (1850–1919, 1883 bis 1919 Ordinarius), der Chemiker Otto Wallach (1847–1931, 1889 bis 1916 Ordinarius in Göttingen).

### 3. „Schweigen und Arbeiten“ – Felix Klein und der Aufruf „An die Kulturwelt“

Felix Klein hat sich zu dem Aufruf „An die Kulturwelt“ und zu seiner Beteiligung daran erstmals im Dezember 1918 geäußert. Anlaß war ein Brief seiner ehemaligen Schülerin Grace Chisholm Young, die aus England stammte und als bereits international renommierte Mathematikerin damals in Lausanne lebte. Grace Chisholm gehörte zu den ersten drei Frauen, die auf Initiative und mit persönlicher Unterstützung Kleins im Jahre 1893 an der Göttinger Universität als Gasthörerinnen zugelassen worden waren. Sie war zudem die erste Frau, die in Göttingen nach einem regulären Studium promoviert wurde (Rigorosum in Göttingen am 16.4.1895), und sie leistete später gemeinsam mit ihrem Mann, William Young, den sie schon als Studentin in Cambridge kennengelernt hatte und mit dem sie eine Ehe führte, die gleichzeitig eine mathematische Arbeitsgemeinschaft war, wichtige Beiträge vor allem zur Mengenlehre.<sup>172</sup> Grace Chisholm Young, die Felix Klein als ihrem Lehrer und Förderer zeitlebens freundschaftlich verbunden blieb, schrieb ihm sofort nach Ende des Krieges, am 1. Dezember 1918, einen Brief, der sich ohne weitere Einleitung direkt und ausschließlich auf den Aufruf „An die Kulturwelt“ bezog:

*Will you allow me to write + say that we very much hope that you will take the present opportunity of withdrawing your signature to the manifesto of the 93 dated 2th October 1914? As your old pupil + personal + loyal friend I venture to take this step, in which, I am sure, I express the feelings of all your friends + scientific admirers in the countries of the Entente.*

*Knowing your steadfast devotion to Truth, we have waited for 4 years hoping you would do this. You had no doubt your reasons for remaining quiet, reasons which, at the present moment, + in view of the step already taken by some of the signatories, should be now no longer valid.*

Sie wisse aus privaten Gesprächen, so Chisholm Young abschließend, daß viele der Unterzeichner nur telefonisch oder telegraphisch um ihre Unterschrift gebeten worden seien und das Dokument erst nach seiner Veröffentlichung gesehen hätten:

*We have always supposed this was your case. It is only due to your fellow scientists for you to make known to the whole world what your position is.*

*Please believe, my dear master, that I am, as I have already been Your very grateful + affectionate pupil*

*Grace Chisholm Young.*<sup>173</sup>

Dieser Brief zeigt, wie aufmerksam und mit welcher um Verständnis bemühten Haltung die ihren deutschen Lehrern verbundenen ausländischen Schüler deren Engagement in der deutschen Kriegspropaganda verfolgt hatten und wie gut sie auch über Details informiert waren.

Klein antwortete sofort nach Erhalt des Briefes – ganz offensichtlich erleichtert und erfreut darüber, daß ihm auf diese Weise eine Gelegenheit geboten wurde, sich zu äußern:

<sup>172</sup> Zu Grace Chisholm Young (1868–1944) und ihrem Studium in Göttingen siehe den entsprechenden Abschnitt bei TOLLMIEHN (Anm. 5); die ausführliche, quellenreiche Doppelbiographie von Grace und William Young (1863–1942): I. GRATTAN-GUINNESS, A Mathematical Union: William Henry and Grace Chisholm Young, in: *Annals of Science* 29 (1972) 2, S. 105–186; und die informative Kurzbiographie ihrer Enkelin Sylvia M. WIEGAND, Grace Chisholm Young (1868–1944), in: *Women of Mathematics. A Biobibliographic Sourcebook* (hg. von Louise S. GRINSTEIN and P. J. CAMPBELL), New York-Westport Connecticut-London 1987, S. 247–254, und Elisabeth MÜHLHAUSEN, Grace Emily Chisholm Young, in: *Des Kennenlernens werth. Bedeutende Frauen Göttingens* (hg. von Traudel WEBER-REICH), 1933, S. 195–211.

<sup>173</sup> Grace Chisholm Young an Klein, 1.12.1918, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 13; teilabgedruckt wenn auch mit kleineren Wiedergabefehlern (so insb. beim Datum des Aufrufs) auch bei GRATTAN-GUINNESS (Anm. 172), S. 159.

*Ihr werter Brief vom 1. Dez. (der gestern Abend eintraf) ist mir sehr willkommen, denn es ist jetzt in der Tat der Zeitpunkt, wo ich mein Schweigen brechen kann, ohne mir nach der einen oder anderen Seite etwas zu vergeben. Dabei ist die Erklärung, die ich abzugeben habe, ausserordentlich einfach. Wie Sie richtig voraussetzen, gehöre ich zu denjenigen, die nur durch ein kurzes Telegramm aufgefordert sind, einer im Text noch nicht feststehenden Erklärung beizutreten. Die Absicht war, den ausländischen Gelehrten zu sagen, dass sie nach ihrer Kenntnis unserer Persönlichkeiten die Urteile, welche in der Presse der Entente über das Deutsche Heer hervorzutreten begannen, auf ihren wahren Wert zurückführen möchten. – Dazu habe ich meinen Namen gegeben; die Mässigung der Leidenschaften war das Ziel.*

*Das hernach aufgegebene Zirkular hat dann freilich in genau umgekehrtem Sinne gewirkt. Zu einem gewissen Teil durch seinen Ton und seine Einzelausführungen, die ich bei meinem Streben nach Objektivität nie gewählt hätte, zum grossen Teil aber auch deshalb, weil es bei den Empfängern auf eine von vornherein erregte Stimmung traf. In beiderlei Hinsicht will erwogen sein, dass in aussergewöhnlichen Zeiten Jedermann von den einseitigen Nachrichten, die ihm zukommen und der Gesamtstimmung seiner Umgebung in einem gewissen Masse beherrscht wird. In einzelnen Individuen summt sich das dann zu leidenschaftlicher Stellungnahme an, die sie vielleicht selbst hinterher bedauern.*

*Jedermann wird in hellen und trüben Tagen zu seinem Lande halten, aber von der Leidenschaftlichkeit müssen wir uns freimachen, wenn die Internationale Zusammenarbeit, wie wir es alle wünschen, zum Segen des Ganzen wieder zur Geltung kommen soll.*

*Ich ermächtige Sie auch, von dieser Erklärung allen Denjenigen, die es interessieren kann, Mitteilung zu machen.<sup>174</sup>*

Wie der letzte Satz deutlich macht und wie von Grace Chisholm Young bereits nahegelegt, war dieser Brief von vornherein als eine an alle Schüler und Freunde Kleins im Ausland gerichtete Erklärung konzipiert und damit mehr als eine persönliche Antwort auf einen privaten Brief. Diesem Umstand mag geschuldet sein, daß er – ganz im Gegensatz zu dem Brief von Grace Chisholm Young – keineswegs frei war von dem durch Vorwürfe und Gegenvorwürfe gekennzeichneten Stil der Kriegs- und Nachkriegspropaganda. Kleins mehrfache Hinweise auf das, was „Jedermann“ tue und fühle, sind ebenso apologetisch wie der direkte Vorwurf an die Presse der Entente und seine in späteren Schreiben noch deutlicher wiederholte Behauptung, daß die Aufregung über das Manifest nicht von dessen Verfassern, sondern von den Empfängern ausgelöst worden sei.

Abgesehen davon lassen sich in Kleins Brief zwei Schlüsselwörter ausmachen: Da ist einmal der Begriff „Leidenschaftlichkeit“, mit dem Klein die Stimmung der ersten Kriegsmonate zu fassen suchte; diese Leidenschaftlichkeit habe bei einzelnen, so räumte Klein ein, zu Stellungnahmen geführt, die sie vielleicht nachträglich bedauerten. Auch wenn er dies implizit gemeint haben mag, hat sich Klein jedoch nicht dazu durchringen können, zu schreiben, daß er persönlich seine eigene Stellungnahme, das heisst seine Unterschrift unter den Aufruf „An die Kulturwelt“ nachträglich bedauere.

Der zweite Schlüsselbegriff ist der der „Objektivität“: Wenn Klein von dem „Ton und den Einzelausführungen“ sprach, die er bei seinem „Streben nach Objektivität nie gewählt“ hätte, so bezog er sich damit natürlich auf die einzelnen Thesen des Aufrufs, die ja alle mit der Formel „Es ist nicht wahr“ eingeleitet worden waren und damit sachliche Richtigkeit und Objektivität für sich beansprucht hatten. Nun hat der Wahrheitsbegriff in den Naturwissenschaften und spe-

<sup>174</sup> Klein an Chisholm Young, 7.12.1918 (Hervorhebung im Original), NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 14; teilabgedruckt bei WEHBERG (Anm. 128), S. 38; und in englischer Übersetzung auch bei GRATTAN-GUINNES (Anm. 172), S. 159f.

ziell in der Mathematik eine besondere Bedeutung. Der Berliner Medizinprofessor und Pazifist Georg Friedrich Nicolai, der durch den Aufruf „An die Kulturwelt“ zur Niederschrift seines leidenschaftlichen Antikriegsbuchs „Die Biologie des Krieges“ bewogen worden war, hat darin auf der Grundlage dieses aus der mathematischen Logik stammenden Wahrheitsbegriffs denn auch insbesondere den Naturwissenschaftlern ihre Unterschrift zum Vorwurf gemacht:

[...] doch hätte einen Naturwissenschaftler zum mindesten die Form des Aufrufs erschrecken müssen, selbst wenn er seine Tendenz billigte. Es mag dahingestellt bleiben, ob es gerecht ist, die Lügen der ausländischen Presse zurückzuweisen, ohne die Tartarenmeldungen deutscher Zeitungen zu erwähnen, [...] Aber dieser Aufruf enthält sechsmal die Protestworte: es ist nicht wahr. Nun gehören aber fünf von den sechs Punkten ganz unzweifelhaft nicht vor das Forum der Wahrheit. Ob jemand etwas verschuldet hat oder nicht (Punkt 1), ob er freventlich oder gezwungen gehandelt (Punkt 2), ob er brutal oder schweren Herzens Vergeltung geübt (Punkt 4), ob Militarismus und Kultur Gegensätze oder Geschwister sind (Punkt 6) und endlich auch, ob jemand die schlecht definierten, schwankenden Gesetze des Völkerrechts geachtet oder mißachtet hat (Punkt 5), kann niemand mit Bestimmtheit sagen und die Beurteilung hängt im Einzelfalle nur vom Gerechtigkeitsgefühl des Sprechenden ab.<sup>175</sup>

Trotz eines möglicherweise vorhandenen Gefühls des Bedauerns und trotz seiner angedeuteten Bereitschaft, zumindest einzelne Punkte des Aufrufs als „unwahr“ und nicht haltbar zurückzunehmen, war Kleins Brief eines jedoch eindeutig nicht: nämlich der von Grace Chisholm Young gewünschte Widerruf. Sie antwortete ihm denn auch erst vier Monate später und scheute sich nicht, Klein ihre diesbezügliche Enttäuschung deutlich zu zeigen. Sie habe so lange mit der Antwort gewartet, weil sie ihrem eigenen Urteil nicht getraut habe und den Brief deshalb erst einmal einer Reihe von Kollegen und Freunden gezeigt habe. Doch sie seien alle einer Meinung mit ihr: Dieser Brief sei ein öffentliches Dokument und nur eine öffentliche Zurücknahme – auch noch zu diesem späten Zeitpunkt – können die 93 Unterzeichner des Aufrufs von dem Stigma befreien, das ihnen anhafte. Sie sei außerdem der Meinung, daß sich die Unterzeichner auf jede nur erdenkliche Weise für eine Untersuchung und die Bestrafung der Angreifer einsetzen sollten. Der Brief schloß in dem beschwörenden Ton, der sich durch den ganzen Brief zieht, mit dem Satz: „Dear Master, your friends + pupils look to you now.“<sup>176</sup>

Dieses Insistieren hat Klein ganz offensichtlich verärgert, und er antwortete – seinerseits mehrere Monate verstreichen lassend – erst am 15. Juli 1919 in einem Ton, der diese Verärgerung deutlich ausdrückte:

*Ich habe ja keinen Zweifel, dass Sie mir gegenüber und sogar Deutschland gegenüber, soweit Ihnen das möglich ist, die besten Absichten haben, aber ich sehe nicht, dass ich irgend etwas zur Behebung der bestehenden Schwierigkeiten tun kann. Alles, was ich zu erklären hatte, ist in meinem Dezemberbrief enthalten. Oder soll ich noch deutlicher aussprechen,*

<sup>175</sup> Auch Punkt 3 und 5 beruhten, so Nicolai, lediglich auf Hörensagen. Siehe NICOLAI (Anm. 128), S. 10. „Die Biologie des Krieges“ hatte Nicolai zwar schon während des Sommers 1916 fertiggestellt, sie erschien allerdings – nach ihrer Beschlagnahme in Deutschland – vermittelt durch Freunde Nicolais 1917 zunächst nur in der Schweiz. 1918 publizierte Nicolai dann erstmals eine von ihm selbst autorisierte Fassung in Deutschland. Zitiert wird nach dem 1983 herausgegebenen Faksimiledruck der 3. Auflage von 1919. Zur Person Georg Friedrich Nicolais (1874–1964) siehe unten Abschnitt II. 4 und insb. Anm. 188. Zur Publikationsgeschichte und zum Inhalt der Biologie des Krieges siehe die Besprechung der Neuherausgabe von 1983: B. VOM BROCKE, „An die Europäer“. Der Fall Nicolai und die Biologie des Krieges. Zur Entstehung und Wirkungsgeschichte eines unzeitgemäßen Buches, in: HZ 240 (1985), S. 363–375.

<sup>176</sup> Chisholm Young an Klein, 6.4.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 15.

*dass m.E. die Erregung über das Zirkular der 93 von diesem nicht geschaffen, sondern nur ausgelöst worden ist. Im übrigen werden Sie mir keine unwürdige Stellungnahme zumuten, während ich meinerseits davon absehe (von vornherein aussichtslose) Anklagen gegen die Gegenseite zu erheben, wozu mir z.B. die Beschlüsse der interalliierten Akademien, die ich gerade im neuesten Heft des Enseignements durchlese, Anlaß genug geben könnten. Allgemein aber verbietet mir der Sinn für Objektivität mich über Dinge zu äussern, die ich, wenn überhaupt nur aus den subjektiven und einander durchaus widersprechenden Äusserungen irgend welcher Zeitungen kenne. Also bleibt für mich, was ich die ganze Kriegszeit über getan habe: Schweigen und Arbeiten. Für die wenigen Jahre, die ich noch vor mir habe, werde ich damit auskommen.*

*Die Welt aber wird ihren Lauf nehmen und die Völker werden sich eines Tages wieder zusammen finden. Vorläufig ist eingetreten, was einst beim Turmbau von Babel der Fall war: sie verstehen einander nicht mehr.<sup>177</sup>*

Das ist schon eine sehr deutliche Zurückweisung gegenüber einer Frau, die sich in ihren Briefen an Klein stets auf eine Weise geäußert hat, die trotz allen Drängens nur mit dem altmodischen Wort ehrerbietig bezeichnet werden kann und die beispielsweise in keinem der Briefe je erwähnte, daß sie ihren ältesten Sohn im Krieg verloren hatte.<sup>178</sup>

Kleins abwehrende Reaktion erklärt sich allerdings nicht nur durch Grace Chisholm Youngs Aprilbrief, sondern – wie er in einer Nebenbemerkung deutlich machte – vor allem durch die Tatsache, daß für die deutschen Wissenschaftler der internationale Boykott inzwischen eine unabweisbare Realität geworden war. Zwar hatte schon im Oktober 1918 in London die erste „Konferenz der interalliierten Akademien der Wissenschaften“ stattgefunden, auf der der Ausschluß Deutschlands und Österreichs beschlossen worden war, und auf einer zweiten Konferenz im November 1918 in Paris waren die organisatorischen Richtlinien der neu zu schaffenden interalliierten Forschungsorganisation, des Internationalen Forschungsrates, festgelegt worden. Doch waren die Nachrichten darüber nicht sofort nach Deutschland gelangt und vor allem die ausführlichen Begründungen für die Londoner Beschlüsse, von denen Klein sich eine Abschrift anfertigte, wurden erst 1919 veröffentlicht und scheinen Klein erst kurz vor dem Brief an Grace Chisholm Young vorgelegen zu haben: Nicht die in jedem Krieg unvermeidlichen einzelnen, grausamen Taten, so die Erklärung von London, seien der Grund für die moralische Ächtung Deutschlands, sondern die organisierten, von Anfang an geplanten Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung, die sich nicht durch einfache Reparationsleistungen wiedergutmachen ließen. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sei vielmehr erst dann wieder möglich, wenn die Mittelmächte sich von den politischen Methoden, die diese organisierten Verbrechen möglich gemacht hätten, abwendeten.<sup>179</sup>

<sup>177</sup> Klein an Chisholm Young, 15.7.1919, ebenda, Bl. 18, teilabgedruckt bei W. YOUNG, Christian Felix Klein – 1849–1925, in: Proceedings of the Royal Society of London, Series A, 121 (1928), S. I–XIX, hier S. XVII. Mit dem von Klein erwähnten „Enseignement“ ist wahrscheinlich die 1899 gegründete mathematische Zeitschrift „L'Enseignement mathématique“ gemeint.

<sup>178</sup> Grace Chisholm Young hatte mit William Young sechs Kinder, von denen sich der älteste Sohn Frank im Winter 1915 als Kriegsfreiwilliger gemeldet hatte und im Februar 1917 über Frankreich abgeschossen worden war. GRATTAN-GUINNESS (Anm. 172), S. 153–156. Klein, der drei Töchter und einen Sohn hatte, verlor einen Schwiegersohn im Krieg. TOBIES (Anm. 4), S. 90.

<sup>179</sup> Resolution der Konferenz von London, 9.–11.1918, wiedergegeben nach dem Nachlaß Klein, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 10ff., veröffentlicht in: Comptes Rendus, Académie Royale de Belgique, Bulletin de la classe des sciences, 1919, S. 57f. Vgl. zu den Konferenzen in London, Paris und zur Gründungsversammlung in Brüssel vom 18.–28.7.1919 auch SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 89–101.

Der Ausschluß der Deutschen aus dem Internationalen Forschungsrat mußte nun Klein mehr als andere Wissenschaftler treffen, da er vor dem Kriege persönlich an der Gründung der Vorläuferorganisation, der Internationalen Assoziation der Akademien, beteiligt gewesen war: Nachdem sich Anfang 1893 die Akademien von Wien, München, Leipzig und Göttingen zum Kartell der Deutschen Akademien zusammengeschlossen hatten, war auf dem 1898 in Göttingen stattfindenden Kartelltag – an dem auch Delegierte der Royal Society teilgenommen hatten – die Gründung einer entsprechenden Internationalen Organisation beschlossen worden. Im Herbst 1899 fand dann mit zehn konstituierenden Mitgliedern (darunter Göttingen) die Gründungsversammlung der Assoziation in Wiesbaden statt, für die Klein in den Jahren zuvor auf mehreren Auslandsreisen persönlich geworben hatte.<sup>180</sup>

Trotz der vehementen Zurückweisung der Vorschläge von Grace Chisholm Young und der – wenn auch nicht ausgeführten – so doch deutlich als solche ausgesprochenen Vorwürfe an die Adresse der ausländischen Akademien ist in dem Brief des inzwischen 70jährigen Klein, insbesondere in dem von ihm bemühten Bild des Turmbaus von Babel, auch ein resignativer Ton nicht zu überhören. Bei der Bewertung seiner Ausführungen ist außerdem zu berücksichtigen, daß sich Klein hier zwar gegenüber einer von ihm sehr geschätzten Schülerin äußerte, aber eben doch gegenüber einer Engländerin, so daß er wahrscheinlich die Offenlegung mancher Überlegungen, die sein Handeln und Reden während des Krieges bestimmt hatten, oder gar eine Bewertung deutscher Politik bewußt vermied. Genaueres über Kleins Motive und die Hintergründe seines Handelns erfährt man dagegen aus einem kurzen Briefwechsel zwischen Max Planck und Klein, den diese im September und Oktober 1919 führten.

#### 4. „Und dies alles, ohne die vaterländische Gesinnung preiszugeben.“ Felix Klein und Max Planck

Anlaß für Klein, Kontakt mit Planck aufzunehmen, war ein auf den 12. August 1919 datiertes Rundschreiben eines amerikanischen Zeitungsunternehmens, der Public Ledger Company aus Philadelphia, an die Unterzeichner der 93er Erklärung, in dem diese aufgefordert wurden, nun, da sich endgültig herausgestellt habe, daß der Aufruf ein „Gewebe von Lügen“ gewesen sei, ihr damaliges Verhalten zu erklären. Das Schreiben gab den Unterzeichnern dabei drei Alternativen vor: Die deutschen Wissenschaftler und Künstler sollten die Frage beantworten, ob sie damals die neutralen Länder absichtlich hätten irreführen wollen, ob sie selbst von den deutschen Militärs irreführt worden seien oder aber ob sie aus Angst vor deutschem Militarismus und „Kaiserismus“ so gehandelt hätten.<sup>181</sup>

Klein schrieb daraufhin an Planck, daß er annehme, daß auch dieser die „beleidigende“ Zusage des Public Ledger erhalten habe. Er selbst habe bis zum Schluß des Krieges auf alle diesbezüglichen Anfragen geschwiegen und auch nach dem Krieg dazu lediglich zwei Briefe an seine frühere Schülerin, Frau Prof. Dr. Chisholm Young<sup>182</sup>, geschrieben, die er in Abschrift beilege.

<sup>180</sup> 1913 auf der letzten Generalversammlung in St. Petersburg war die Zahl der Mitgliedsakademien auf 22 angewachsen und der Vorsitz gerade turnusgemäß auf die Preußische Akademie übergegangen mit dem Auftrag, die nächste Generalversammlung für 1916 in Berlin vorzubereiten. Siehe dazu SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 45ff., und die Satzung der Internationalen Assoziation der Akademien im Anhang, S. 271f.; vgl. auch F. KLEIN, Lebensbild von eigener Hand, in: Universitätsbund Göttingen, Mitteilungen 5 (1924) 1, S. 11–36, hier S. 31.

<sup>181</sup> Rundschreiben der Public Ledger Company vom 12.8.1919, unterzeichnet von Harvey M. Watts, A.B., A.M. Litt. D, englisch mit beigegebener deutscher Übersetzung, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 19.

<sup>182</sup> Grace Chisholm Young hatte übrigens selbst keinen Professorentitel; sie wurde hier nur als die Frau des Professors William Young von Klein so titulierte.

Doch nach der Zuschrift des Public Ledger „und anderen Anzeichen“ nehme er an, daß damit die Sache nicht abgetan sei, „dass man aus ihr vielmehr drüben eine grosse Aktion machen will“. Es sei nun die Frage, so Klein weiter, ob man letzterer nicht zuvorkommen könne, in dem die noch Lebenden der 93 Unterzeichner (dies waren in der Tat nur noch 75)<sup>183</sup> eine öffentliche Erklärung abgäben, in der sie das Zustandekommen und die Absicht des damaligen Aufrufs deutlich machten. Über den Wortlaut einer solchen Erklärung müsse man sich natürlich genau verständigen. Er sehe durchaus die Gründe, die gegen das Vorhaben sprächen, so die Tatsache, daß „wir die Verfasser der damaligen Erklärung (Reicke und Fulda), welche die Überzeichnungen des ursprünglichen Zirkulars verschuldet haben, in einem grossen Maasse verleugnen“, und daß man sich nicht die „Ratlosigkeit der offiziellen deutschen Darstellung“ zu eigen machen und keine Verantwortung für die Dinge übernehmen wolle, die später geschehen seien:

*Und dies alles, ohne die vaterländische Gesinnung preiszugeben oder gar dem methodischen Vakuum der Gegenwart zuzustimmen.*

Er wende sich nun, so Klein weiter, deshalb an Planck, weil er die Art und Weise, wie dieser vor der Berliner Akademie kürzlich der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen und der inneren Verpflichtung zur Weiterführung der wissenschaftlichen Arbeit gedacht habe, ganz ausgezeichnet gefunden habe<sup>184</sup> und von daher sicher sei, daß Planck auch dieses schwierige Problem zu einem guten Ende bringen werde:

*Dass ich bereit sein würde, an dem Text der abzugebenden Erklärung selbst mitzuarbeiten, deutete ich bereits an. Jedenfalls meine ich, dass dieses Mal die wissenschaftlichen Kreise die Führung haben müssen und die künstlerischen Kreise zum Anschluss auffordern sollen.<sup>185</sup>*

Planck nahm nun seinerseits die Gelegenheit wahr, noch einmal darzustellen, wie seine Unterschrift unter den Aufruf gelangt war, und diese fast unglaublich klingende Schilderung stützt in der Tat die oben aufgestellte These, daß zumindest einigen der Unterzeichner der Wortlaut des Textes bewußt vorenthalten worden war:

*Ich habe, ebenso wie Sie, meine Unterschrift zu diesem Aufruf gegeben, ohne dessen Wortlaut zu kennen, da ich damals, im Sept[ember] 1914, mich auf einer Reise befand, und die Sache meinen Kindern daheim so dringlich dargestellt wurde, daß sie in meinem Namen die Unterzeichnung vornahmen. Als ich nachträglich den Text las, war ich sehr peinlichst überrascht und trug von da an den Gedanken bei mir herum, durch irgendeinen besonderen Akt eine Art Sühne für diese in kritischer Zeit begangene Unvorsichtigkeit herbeizuführen. Ich entwarf zuerst den Aufruf einer „authentischen Interpretation“ jenes Aufrufs mit der Absicht, denselben allen 93 zur eventuellen Unterzeichnung vorzulegen, deren Inhalt sich ungefähr deckt mit dem Ihrer beiden Briefe an Frau Prof. Dr. Ch[isholm] Y[oung], aber ich kam dann von diesem Plan wieder ab, als Kollege Harnack mir seine Meinung dahin äusserte, daß wahrscheinlich doch nur ein Teil der 93 sich anschließen würde, und daß dadurch eine Spaltung, neue Mißverständnisse und neue Verneinung auf unserer Seite erzeugt würden. Da ich aber persönlich mein Gewissen auf alle Fälle erleich-*

<sup>183</sup> Vgl. WEHBERG (Anm. 128), S. 11.

<sup>184</sup> Die Berliner Akademie, deren beständiger Sekretär Planck seit 1912 war, hatte aus Protest gegen die „Revolution“ im November 1918 zumindest vorübergehend ihre Arbeit unterbrechen wollen und hatte sogar über eine Selbstauflösung nachgedacht. Planck war es gelungen, dies durch eine aufrüttelnde Rede zu verhindern. Siehe Sitzungsberichte der Preussischen Akademie der Wissenschaften, Jahrgang 1918 (Zweiter Halbband), 1919, S. 992f. (Sitzung vom 14.11.1918).

<sup>185</sup> Klein an Planck, 8.9.1914, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, B. 2+4.

tern wollte, so schrieb ich auf den Rat Harnacks, und nach vorheriger Verabredung mit Kollege H.A. Lorentz, an diesen einen Privatbrief [...] mit dem Anheimgehen, diesen Brief zu veröffentlichen. Lorentz entsprach meiner Bitte, der Brief erschien im Amsterdamer „Handelsblad“ und machte dann die Runde in den bedeutenden Zeitungen des In- und Auslandes, auch des feindlichen, zum Teil mit recht boshaftem Kommentar, aber auch mit wohlwollenden Bemerkungen. [...] Weiteres erfolgte nicht, aber für mich war die Angelegenheit erledigt.<sup>186</sup>

Tatsächlich hatte Planck schon 1916 genügend persönlichen Mut besessen, um im neutralen Ausland eine Erklärung zu veröffentlichen, die sich zumindest von einzelnen der im Aufruf aufgestellten Behauptungen distanzierte und mit einem bemerkenswert eindeutigen und in diesen Jahren überaus seltenen öffentlichen Bekenntnis zur Internationalität der Wissenschaft schloß. Ein Widerruf war allerdings auch dieser offene Brief nicht. Vor allem aber enthielt auch er wieder ein klares Bekenntnis zur Einheit von Wissenschaft und Militarismus:

*Der bekannte Aufruf „An die Kulturwelt“, der mit den Unterschriften von 93 deutschen Gelehrten und Künstlern versehen im August 1914 veröffentlicht wurde, hat durch seine Formulierung, wie ich wiederholt mit Bedauern erfahren habe, zu unzutreffenden Vorstellungen von der Gesinnung seiner Unterzeichner Anlaß gegeben. Nach meiner persönlichen Auffassung, die, wie ich weiß, auch von manchen meiner Kollegen, wie Adolf von Harnack, Walter Nernst, Wilhelm Waldeyer, Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf, im wesentlichen geteilt wird, sollte und konnte jener Aufruf, in dessen Fassung sich die patriotische Erregung der ersten Kriegswochen spiegelt, nichts anderes bedeuten, als einen Akt der Abwehr, vor allem der Verteidigung des deutschen Heeres gegen die wider dasselbe erhobenen bitteren Anklagen und ein ausdrückliches Bekenntnis, daß die deutschen Gelehrten und Künstler ihre Sache nicht trennen wollen von der Sache des deutschen Heeres; denn das deutsche Heer ist nichts anderes als das deutsche Volk in Waffen, und wie alle Berufsstände, so sind auch die Gelehrten und Künstler unzertrennlich mit ihm verbunden. Daß wir freilich nicht für jede einzelne Handlung eines jeden Deutschen, sei es im Krieg, sei es im Frieden, einstehen können, will ich gern noch besonders hervorheben, obwohl ich dies für ebenso selbstverständlich halte, wie, daß wir über die großen Fragen der geschichtlichen Gegenwart nicht schon jetzt im wissenschaftlichen Sinne ein abschließendes Urteil besitzen. An welchen Stellen die erste Verantwortung für das Scheitern der Friedensbemühungen und für alles angerichtete menschliche Leid einmal haften bleiben wird, das kann nur eine spätere allseitige objektive Prüfung entscheiden, deren Ergebnis wir mit ruhigem Gewissen entgegensehen. Für jetzt ist uns Deutschen, so lange der Krieg noch währt, nur eine Aufgabe gestellt, dem Vaterlande mit allen Kräften zu dienen. Was ich aber Ihnen gegenüber mit besonderem Nachdruck zu betonen wünsche, ist die feste, auch durch die Ereignisse des gegenwärtigen Krieges nie zu erschütternde Überzeugung, daß es Gebiete der geistigen und sittlichen Welt gibt, welche jenseits der Völkerkämpfe liegen, und daß ehrliche Mitwirkung bei der Pflege dieser internationalen Kulturgüter, wie auch nicht minder persönliche Achtung vor Angehörigen eines feindlichen Staates, wohl vereinbar ist mit glühender Liebe und tatkräftiger Arbeit für das eigene Vaterland.<sup>187</sup>*

<sup>186</sup> Planck an Klein, 13.9.1919, ebenda, Bl. 6f.

<sup>187</sup> Offener Brief von Max Planck an H.A. Lorentz (1843–1928, Ordinarius für mathematische Physik in Leiden von 1878–1912, Nobelpreisträger von 1902), 12.4.1916, veröffentlicht im „Handelsblad“, nach Drahtmeldung der Vossischen Zeitung, abgedruckt bei WEHBERG (Anm. 128), S. 19f.; als Flugblatt auch in NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 8. Wieweit die Zustimmung der anderen von Planck genannten Wissenschaftler zu Plancks Initiative ging, kann hier nicht im einzelnen erörtert werden, doch sind Zweifel angebracht: Immerhin hatte beispielsweise der Akademiesekretär und Berliner Anatom

Trotz aller Vorbehalte und Einschränkungen, die in diesem Brief zu finden sind, bleibt dennoch festzuhalten, daß kein anderer der Unterzeichner – auch nach dem Kriege nicht – zu einer so weitgehenden Äußerung (noch dazu in der ausländischen Presse) bereit war.

Lediglich der Astronom Wilhelm Foerster ging in gewissem Sinne noch weiter. Er unterschrieb nämlich nicht nur den Aufruf „An die Kulturwelt“, sondern auch den noch im Oktober 1914 von Nicolai und Einstein gemeinsam verfaßten Gegenaufruf „An die Europäer“. Mit diesem Gegenmanifest wollte Nicolai gegen den Aufruf „An die Kulturwelt“ ein Bekenntnis zum „europäischen Willen“ zu setzen. Über die gegen die „gemeinsame Weltkultur“ aller Menschen gerichtete „Kampfstimmung“ der ersten Kriegsmonate urteilte Nicolai darin:

*Solche Stimmung ist durch keine nationale Leidenschaft zu entschuldigen, sie ist unwürdig dessen, was bisher alle Welt unter dem Namen Kultur verstanden hat, und sollte sie Allgemeingut der Gebildeten werden, so wäre das ein Unglück.<sup>188</sup>*

Obwohl auf dieses Manifest, das in einem Vorlesungsraum der Universität öffentlich besprochen und in Abschriften einer großen Zahl von Professoren zugänglich gemacht worden war, eine Reihe von zustimmenden Äußerungen bei Nicolai eingingen, fand sich doch fast niemand zur Unterschrift bereit. Außer den beiden Verfassern unterzeichneten nur noch der Privatgelehrte Dr. Otto Bueck<sup>189</sup> und eben Wilhelm Foerster.

---

Wilhelm Waldeyer (vgl. Anm. 150) den Vorsitz im „Kulturbund deutscher Gelehrter und Künstler“ übernommen, der im Oktober 1914 aus dem Kreise der 93 hervorgegangen war, um durch Verbindung mit Kollegen und Freunden im neutralen Ausland den „Lügen und Verleumdungen unserer Feinde“ dauerhaft entgegentreten zu können (vgl. dazu VOM BROCKE, Anm. 1, S. 664). Hingewiesen sei auch auf das Geleitwort, das Waldeyer noch Weihnachten 1915 gegen die „maß- und sinnlosen Herabwürdigungen und Verleumdungen“ selbst in den neutralen Ländern zu der Sammlung: Deutschland im Urteil des Auslandes (Anm. 53, S. 10f.) verfaßte. Und auch bei Wilamowitz, der diesem Kulturbund nicht beigetreten war, erscheint die von Planck unterstellte Zustimmung mehr als zweifelhaft (vgl. dazu VOM BROCKE, Anm. 1, passim). Zu Harnack siehe Abschnitt II. 1 und insb. Anm. 145 und weiter unten Abschnitt II. 6; zu Nernst vgl. Anm. 139 und weiter unter Abschnitt II. 5 und dort insb. Anm. 198 und Anm. 207.

<sup>188</sup> Text bei NICOLAI (Anm. 128), S. 12ff.; dort auch Angaben zur Reaktion auf den Aufruf, der erst mit der Publikation der „Biologie des Krieges“ 1917 eine bescheidene Aufmerksamkeit vor allem im Ausland fand. Nicolai selbst hatte durch sein Engagement eine Reihe von persönlichen Nachteilen zu erleiden: Nach einer mutigen Vorlesung gegen den Krieg, gegen die „Vergewaltigung“ Belgiens und gegen den Einsatz von Giftgas an der Front, die er im SS 1915 gehalten hatte, war er vom freiwilligen Heeresarzt mit Offiziersrang und Leiter der medizinischen Abteilung eines Armeekorps zum landsturmpflichtigen Assistenzarzt degradiert und schließlich in ein russisches Gefangenenlager verbannt worden. Zwar ermöglichte ihm das persönliche Eingreifen des Kaisers eine vorübergehende Rückkehr nach Berlin, doch weil er dort seine Antikriegsvorlesungen fortsetzte, wurde er zunächst an das Festungslazarett Danzig strafversetzt und dann – nach seiner Verweigerung des Fahneneides im April 1916 – zum gemeinen Soldaten degradiert und als Militärkrankenwärter eingezogen. Nachdem er schon einmal wegen der „Biologie des Krieges“ verhaftet worden war, drohte ihm im Sommer 1918 dann sogar das Zuchthaus, weil er sich unter Berufung auf die Genfer Konvention strikt geweigert hatte, eine Waffe zu tragen. Diesem entzog er sich im Juni 1918 durch eine spektakuläre Flucht in einem Militärflugzeug nach Kopenhagen. Nach dem Kriege bezahlte Nicolai seine Unbeugsamkeit mit dem Entzug der *venia legendi* im Jahre 1920, den die Berliner Universität unter Mitwirkung der nationalistischen Studentenschaft – im Widerspruch zur geltenden Rechtslage und gegen den Einspruch des sozialdemokratischen Kultusministers – durchsetzte. Nicolai wanderte nach Argentinien aus. Siehe dazu kurz VOM BROCKE (Anm. 1), S. 683f.; und DERS. (Anm. 175), S. 365f. Ausführlicher mit einer Dokumentation zum Entzug der *venia legendi*: DERS., Wissenschaft versus Militarismus: Nicolai, Einstein und die „Biologie des Krieges“, in: *Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento* 10 (1984), S. 405–508.

<sup>189</sup> Der Philosoph Otto Bueck, 1873 in Petersburg geboren, war ein Heidelberger Studienfreund von Nicolai.

Damit hatte Wilhelm Foerster nun in der Tat seine Unterschrift unter den Aufruf „An die Kulturwelt“ faktisch widerrufen. Doch ist dabei anzumerken, daß Foerster nach dem Kriege nicht nur wie die anderen Unterzeichner behauptet hat, den Text nicht gekannt zu haben, sondern darüberhinaus, daß seine Unterschrift ohne sein Einverständnis unter den Aufruf gesetzt worden sei.<sup>190</sup> Eben seine Unterschrift unter Nicolais Gegenmanifest spricht dafür, daß diese Darstellung zutreffend ist, zumal Foerster schon 1871 zu den wenigen deutschen Gelehrten gehört hatte, die sich gegen eine Annexion von Elsaß-Lothringen ausgesprochen hatten, und er auch in den folgenden Jahren stets dezidiert als ein Gegner der „Macht-vor-Recht-Politik“ aufgetreten war.<sup>191</sup> Damit handelte es sich im Fall Foerster also genaunommen nicht um einen Widerruf, sondern um die öffentliche Korrektur einer widerrechtlich unter den Aufruf „An die Kulturwelt“ gesetzten Unterschrift. Leider war die Öffentlichkeit, die diese Korrektur hätte registrieren können, im Gegensatz zu der Aufmerksamkeit, die das Manifest der 93 fand, nur sehr klein.

##### 5. „Das Internationale mag für die nächste Zeit verstummen.“ – Walther von Dyck

Sieht man von Foerster und Planck ab, so beschränkten sich alle anderen Unterzeichner, so sie überhaupt ein Unbehagen wegen des Aufrufs „An die Kulturwelt“ verspürten, auf ein Bedauern im privaten Kreise.<sup>192</sup> Während des Krieges hüllten sich auch die in Schweigen, die wie Klein weiterhin Kontakte ins Ausland hatten und wie dieser direkt auf das Manifest angesprochen wurden. Doch hat Klein, als er im Sommer 1917 eine entsprechende Anfrage des Physikers Paul Ehrenfest aus Leiden in Holland erhielt<sup>193</sup>, immerhin darüber nachgedacht, ob und wie er diesem zumindest inoffiziell eine Stellungnahme übermitteln könne.

Ehrenfest hatte sich schon Anfang September 1914 – einen Tag nach der Veröffentlichung von Haeckels Erklärung, mit der die deutschen Wissenschaftler auf ihre englischen Auszeichnungen verzichteten – an Klein gewandt und ihm angeboten, daß er gemeinsam mit seiner Frau für die „wissenschaftlichen Unternehmungen“, mit denen Klein zu tun habe, die Korrespondenz mit den nicht-deutschen Autoren führen könne:

*Die Berichte der letzten Tage über die Stellungnahme zu Ehrendoktoraten und anderen rein akademischen Auszeichnungen lassen uns fürchten, dass z.B. Gasttheoretiker an den diametralen Plätzen folgerichtig dazu übergehen werden die Abhandlungen von Boltzmann resp[ektive] Maxwell öffentlich auf Scheiterhaufen zu verbrennen.<sup>194</sup>*

<sup>190</sup> WEHBERG (Anm. 128), S. 8 und S. 11.

<sup>191</sup> Vgl. dazu VOM BROCKE (Anm. 188), S. 416f.

<sup>192</sup> Siehe dazu beispielsweise den Brief Einsteins an Lorentz, 2.8.1915, teilsitiert bei VOM BROCKE (Anm. 1), S. 689; und WEHBERG (Anm. 128), S. 8 und S. 35.

<sup>193</sup> Paul Ehrenfest (1880–1933), der vor dem Krieg auch bei Klein in Göttingen studiert hatte, war ein Schüler von Lorentz und diesem 1912 auf den Leidener Lehrstuhl gefolgt.

<sup>194</sup> Ehrenfest an Klein, 8.9.1914, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 8 / 835, Bl. 15. Ehrenfest bezog sich insbesondere auf die „Encyklopädie der mathematischen Wissenschaften mit Einschluß ihrer Anwendungen“ (erschieden 1898 bis 1935), die ihr Zustandekommen maßgeblich dem mathematischen Weitblick und den organisatorischen Fähigkeiten Felix Klein verdankte. Ehrenfest hatte für den vierten von Klein selbst herausgegebenen Band „Mechanik“ (1901 bis 1914) einen großen Artikel über statistische Mechanik geschrieben, den er zusammen mit seiner aus Petersburg stammenden Frau Tatjana Ehrenfest verfaßt hatte, die ebenfalls bei Klein in Göttingen studiert hatte. Vgl. dazu TOBIES (Anm. 4), S. 73f.; und die von J. HAMILTON stammende Rezension der Collected Scientific Papers von Ehrenfest, in: Nature 190 (1961), S. 115f.

Angesichts der späteren deutschen Geschichte war dies eine erschreckend realistische Vision. Eine Antwort Kleins ist nicht überliefert.

Drei Jahre später, im Juni 1917, schrieb Ehrenfest dann – ohne erkennbaren äußeren Anlaß – erneut an Klein und bezog sich nun auf den Aufruf „An die Kulturwelt“:

*Wie oft denken wir an Sie!! Sehr schmerzlich war und ist es für uns, dass Sie, der so eminent viel zur freundschaftlichen Verständigung der untereinander Fremden beigetragen haben, dass Sie ihren Namen unter jenes unglückselige, verwüstende Manifest der 93 gesetzt haben. Drei Jahre sind nun vorbei. Vieles was damals den Unterzeichnern noch unsichtbar war, so dass sie bona fide glauben konnten, muss doch nun deutlich zu sehen sein.<sup>195</sup> Ein Theil der Verbitterung (wenigstens der Neutralen) über jenes Manifest würde verschwinden, wenn einzelne muthige Männer ihr damaliges Urtheil öffentlich revidieren wollten. Hoffentlich bringt das auch den Tag näher, wo die Unterzeichner auf eine sorgfältige und unparteiische Untersuchung andringen werden, um die schon so viele vergeblich gebeten haben. Sie wissen, dass wir stets mit warmer und dankbarer Verehrung an sie denken.<sup>196</sup>*

Dieser Brief, der in dem gleichen achtungsvollen und werbenden Ton gehalten war und identisch argumentierte, wie die späteren Briefe von Grace Chisholm Young, hat Klein ganz offenbar in Verlegenheit gebracht, weil er nicht wußte, wie und auf welchem Wege er darauf reagieren sollte. Er wandte sich deshalb ratsuchend an seinen ehemaligen Schüler und Ordinarius an der Technischen Hochschule München, den Mathematiker Walther von Dyck, der damals als Major bei der Zivilverwaltung des besetzten Belgien diente und insbesondere mit der von den Deutschen betriebenen Wiedereröffnung der flämischen Hochschule in Gent befaßt war.<sup>197</sup> Leider ist der Briefentwurf Kleins an von Dyck in Kleins Nachlaß nicht enthalten, doch läßt sich aus von Dycks Antwort schließen, daß Klein ihn wahrscheinlich gebeten hatte, Ehrenfest unter Umgehung des Postweges eine persönliche Mitteilung zukommen zu lassen. Mit dieser Bitte, die wohl auch mit der Frage verbunden war, wie von Dyck die Situation beurteile und was er generell von einer Reaktion halte, hatte sich Klein ausgerechnet an einen Mann gewandt, der nicht nur – wie dies seine Position in Belgien nahelegte – streng nationalistisch, sondern auch noch offen antisemitisch dachte:

<sup>195</sup> In den Unterlagen Kleins befindet sich eine auf den 25. Oktober 1914 datierte von Lorentz und Ehrenfest beglaubigte Übersetzung eines Schreibens, in der ein Chirurg des Roten Kreuzes bezeugte, daß er die von den Deutschen – auch im Manifest der 93 – behaupteten Verstümmelungen von deutschen Verwundeten durch belgische Zivilisten bei seinen Besuchen in Aachener Krankenhäusern und Lazaretten nicht habe feststellen können (Maschinenskript, ohne Titel, 25.10.1914, Beglaubigung durch H.A. Lorentz und Ehrenfest vom November 1914, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 38). Obwohl aus dem Nachlaß nicht genau ersichtlich ist, wann Klein dieses Dokument erhalten hat, so ist es doch wahrscheinlich, daß Klein diese gezielt für die deutschen Freunde von Lorentz und Ehrenfest angefertigte Übersetzung bereits im November 1914 zugeschickt bekam. Denkbar wäre allerdings auch, daß Klein diese Aussage des Chirurgen des Roten Kreuzes erst im Juni 1917 mit dem Brief Ehrenfests erhielt, obwohl er sich dieser in seinem Schreiben nicht explizit darauf bezog.

<sup>196</sup> Ehrenfest an Klein, ohne Datum, mit einer Notiz in der Handschrift Kleins: „Juni 1917“, ebenda, Bl. 9.

<sup>197</sup> Walther von Dyck (1856–1934) war Schüler Kleins während dessen Müncher Zeit gewesen und war mit ihm gemeinsam von 1888 bis 1921 Herausgeber der renommierten Mathematischen Annalen; er wirkte auch an der Enzyklopädie der mathematischen Wissenschaften mit (vgl. Anm. 194), die er nach Kleins Tod zu Ende führte. Zeit seines Lebens übernahm er vielfältige wissenschaftsorganisatorische Aufgaben, so z.B. als Vorsitzender der Deutschen Mathematikervereinigung, als Vorstandsmitglied des Deutschen Museums, des Verbandes der Deutschen Hochschulen und der Notgemeinschaft der Deutschen Wissen-

Verehrter Freund!

Verzeihen Sie, daß ich inmitten dringendster Arbeit noch immer nicht auf Ihren Brief vom 23. Juni geantwortet habe. Aber ich fand nie die ruhige Überlegung, um zu der Frage Ehrenfest mich aussprechen zu können. Nun werde ich Anfang August wieder nach Holland gehen und erneute Fühlung dort zu gewinnen suchen. Meine früheren Besuche dort (ich war im vorigen Herbst dreimal in Holland) haben mich zwar einen Kreis gutgesinnter und für unsere deutschen Interessen verständnisvoller Leute – Gelehrte und Techniker – kennen gelehrt, mich aber auch immer wieder von dem schroff ablehnenden Standpunkt der Leidener und Amsterdamer Gelehrten überzeugt. Es gib dort eine kleine Zahl von Hetzern gegen das Deutschtum, die zusammen mit belgischen Flüchtlingen aus vornehmen und geringen Kreisen und zusammen mit einer brutal geleiteten von England und Frankreich abhängigen Presse, die Stimmung in Holland zum größten Teil beeinflussen. Ich habe seinerzeit mit einem jüngeren Physiker eine sehr unerquickliche Unterhaltung, die namentlich von Seiten der Frau mit bissigen Bemerkungen gewürzt wurde, geführt, bei der ich schließlich unter energischer Zurückweisung der ganz ungerechtfertigten Angriffe die Unterhaltung abbrach. Zum Teil ist der Hochmut der Holländer (denn sie sind nicht wenig eingebildet) zum Teil Furcht vor uns und vor den Engländern (mit denen sie doch die wesentlichsten Handelsinteressen verbanden) Schuld an diesem Verhalten. Wenigstens im vorigen Jahre noch sahen die Holländer das Schicksal von Belgien, auch als eine Möglichkeit, die ihnen selbst blühen könnte, an. Vielleicht haben sie jetzt an Griechenland und Rußland den Wert der englischen Freundschaft kritischer zu betrachten gelernt. Was den Einmarsch in Belgien unabweisbar gemacht hatte, wie viel von den „Greueln“, die damals erzählt wurden, wahr, wie vieles erlogen ist, wie inzwischen das Verhalten der Entente gegen unsere Gefangenen und im eroberten Land gewesen ist, das alles können die Holländer wissen und wissen es auch, aber viele wollen es nicht wissen. So wenig ich jenen Aufruf mit seinen Tiraden gebilligt habe, so habe ich doch die Empfindung, daß man ihn im Ausland geflissentlich überschätzt und geflissentlich wieder hervorzieht, um das eigene schiefe Verhalten zu beschönigen. [...] Ich glaube nicht, daß viel gebessert wird, wenn wir jetzt Mißverständnisse aufzuklären suchen. Wir würden, fürchte ich, nur den Anschein erwecken, daß wir uns schuldig fühlen – (auch hat derlei der verflossene Reichskanzler nur allzu reichlich besorgt!) – und nur um gut Wetter bitten wollen. Nernst hatte im Vorjahre eine Anwendung, im Auslande mit Vernunftgründen für den Frieden Stimmung machen zu wollen und hat sich an Brüsseler und wie ich glaube, auch an holländische Gelehrten- und Bankkreise – mit jüdischem Einschlag – gewendet. Ich glaube nicht, daß das geringste dabei herausgekommen ist.<sup>198</sup> So heiß auch ich den Frieden

---

schaft. Über seine Tätigkeit in Belgien während des Krieges schweigen die offiziellen Nachrufe und Biographien; dem Briefwechsel mit Klein kann man lediglich entnehmen, daß er seit Ostern 1915 bis zum Ende des Krieges in Belgien war und dort zunächst von Brüssel aus mit der Neuorganisation des Schulwesens betraut war, bis er wohl seit Oktober 1915 in Gent mit der Eröffnung und dem Ausbau der Genter Hochschule beschäftigt war. Siehe den Briefwechsel von Dycks mit Klein vom 24.10.1915 bis zum 8.11.1918, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 8 / 805–827, Bl. 10–43; außerdem den Vortrag von Dycks vor dem Generalgouverneur von Belgien zur Umwandlung der Genter Hochschule in eine flämische Hochschule, 20.10.1916, und den Redeentwurf von Dycks für den Generalgouverneur von Belgien anlässlich der Jahrhundertfeier der Genter Hochschule, gehalten am 3.11.1917, datiert vom 31.10.1917, ebenda, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 52–76 und Bl. 49ff. Ulf Hashagen, Universität München, arbeitet zur Zeit an einer Dissertation mit dem Titel „Walther von Dyck (1856–1934). Mathematik und Technik an der TH München“, die sich auch mit von Dycks Aktivitäten in Belgien beschäftigen wird.

<sup>198</sup> Von Nernst behauptete seine spätere Schülerin und Biographin Erika Cremer sogar, daß er sich mit Friedensvorschlägen 1917 direkt an den Kaiser gewandt habe. Im Rahmen dieses Aufsatzes ließ sich weder

*ersehne, ich verspreche mir von Palliativmitteln nichts. Dreinschlagen und gute deutsche Arbeit verrichten, wo immer wir hingestellt sind, scheint mir das Richtige und einzig Mögliche. Das Internationale mag für die nächste Zeit verstummen. Sie mögen zu uns kommen, nicht wir zu ihnen. Wenn ich auf die Ehrenfest und Genossen (daß da immer auch die Frauen dabei sein müssen!) stoße, werde ich sagen, was die Situation gestattet, aber ich glaube nicht, daß eine Brücke zur Zeit zu finden ist. Daß die Leute uns zumuten, unser Urteil „öffentlich zu revidieren“, finde ich eine Unverschämtheit. Mögen sie zunächst bei sich selbst anfangen!*

*Verzeihen Sie, verehrter Freund, daß ich meine Empfindung über die neutralen Halbfreunde und Ganzjuden, die es mit niemandem verderben wollen, so offen kund tue. Aber wenn Sie die Presse in Holland „Telegraaf, Krig Belgie“ und wie sie heißen, einsehen würden, so würden Sie nicht anders denken.<sup>199</sup>*

Klein hat nach diesem Brief die Sache offenbar nicht weiter verfolgt, und sich – wie er immer wieder betonte – zu dem Manifest erst nach dem Kriege geäußert. Dies hielt er im übrigen für einen Akt der „Solidarität gegenüber dem Vaterlande“, womit er, wie die folgenden Zeilen zeigen, ganz schlicht Regierungstreue meinte. Auch wenn man ihn damals über die Beratungen, die in Berlin dem Aufruf „An die Kulturwelt“ vorausgegangen waren, nicht informiert habe, und er nicht gewußt habe, wer „die treibende Kraft“ hinter dem Aufruf gewesen sei,

*[...] fühlte ich mich dem Vaterlande gegenüber zur Solidarität verpflichtet, zumal mir Min. Dir. Schmidt 1916 gelegentlich im Herrenhause sagte<sup>200</sup>, dass R[eicke] + F[ulda] noch vor Veröffentlichung ihres Textes sich der Zustimmung des auswärtigen Amtes zur Wahl ihrer Ausdrücke versichert hätten. So habe ich erst nach dem Zusammenbruch von 1918, nachdem die D[eutsche] Regierung ihre offizielle Auffassung betr. Belgien geändert hatte, mich auf Korrespondenz nach anderen (d[urch] meinen Brief an Frau Ch[isholm] Y[oung]) eingelassen.<sup>201</sup>*

klären, was Nernst real unternommen hat, noch welche Ziele er verfolgte und was er sich von seiner Initiative versprach. Zu seiner politischen Haltung läßt sich lediglich sagen, daß er im Juni 1917 mit Delbrück, Lehmann und Harnack die Eingabe für eine sofortige Wahlrechtsreform unterzeichnete. Vgl. dazu VOGLER (Anm. 60), S. 89, und Abschnitt I. 3, dort insb. Anm. 63; zu Nernsts Friedensbemühungen siehe Erika CREMER, Walther Nernst und Max Bodenstein, in: Berlinische Lebensbilder. Naturwissenschaftler (hg. von W. TREUE und G. HILDEBRAND), 1987, S. 183–202, hier S. 188.

<sup>199</sup> Von Dyck an Klein, 30.7.1917, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 47f. Abschließend schrieb von Dyck, daß es eventuell möglich sei, Ehrenfest über den Amsterdamer Mathematiker Jan Brouwer, der „uns Deutschen im Grunde nicht übel gesinnt“ sei, eine persönliche Mitteilung zukommen zu lassen. Doch sei auch bei diesem nicht sicher, ob er sich darauf einlassen werde, da er gerade unter dem Einfluß der „Amsterdamer & Leidener Kreise, zu denen auch Lorentz gehört“, seine ursprüngliche Zusage, bei den Berufungen für die Genter Hochschule mitzuwirken, zurückgezogen habe – mit der Begründung, daß er „sich in dieser belgischen Sache nicht mit uns einlassen“ könne. Lutizen Egbertus Jan Brouwer (1881–1966) war von 1912 bis 1951 Professor an der Amsterdamer Universität; an seiner Berufung hatte Klein damals als Gutachter erheblichen Anteil. Im Juli 1914 war Brouwer zum Mitglied der Annalenredaktion gewählt worden und blieb dies während des gesamten Krieges und auch noch darüber hinaus. Für die Wahl hatte er sich am 10.7.1914 bei Klein sehr herzlich bedankt (Brouwer an Klein, 10.7.1914, ebenda, Cod. Ms. Klein 8/302–313, Bl. 20; zur Berufung siehe Brouwer an Klein, 21.6.1912, ebenda, Bl. 16). Im Nachlaß Klein findet sich dann bis zum Ende des Krieges keine weitere Korrespondenz; doch schon am 25.11.1918 schrieb Brouwer Klein die folgende enthusiastische Karte: „Hochgeehrter Herr Geheimrat! Möge das gesunde Herz Ihres Vaterlandes die heutige Krise überwinden, und mögen die deutschen Lande alsbald zu ungekannter Blüte gedeihen in einer Welt der Gerechtigkeit!“ (ebenda, Bl. 21).

<sup>200</sup> Klein vertrat die Universität Göttingen von 1899 bis 1918 im Preußischen Herrenhaus. Friedrich Schmidt-Ott (1860–1956) war einer der Nachfolger Althoffs im Kultusministerium.

<sup>201</sup> Klein an Planck, 21.9.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 3.

Diese Einstellung hat Klein davor bewahrt, sich in der Kriegszieldiskussion einer der alldeutschen Attacken gegen die Regierung anzuschließen; sie hat ihn nicht davor bewahrt, die ebenfalls von den Alldeutschen initiierte, durch die Versendung durch den Rektor der Universität in besonderer Weise autorisierte Erklärung gegen die Friedensresolution des Reichstages zu unterzeichnen, die ja wesentlich als ein Bekenntnis zur Regierung abgefaßt war.<sup>202</sup>

Die Enthüllung Kleins über die Beteiligung bzw. Zustimmung des Auswärtigen Amtes zum Aufruf „An die Kulturwelt“ wertete Planck in seinem Antwortbrief übrigens als einen weiteren Beleg für dessen beklagenswerten Mangel an politischem Weitblick, „den man bei dieser Stelle schärfer verurteilen muß als bei den Dichtern, welche den Aufruf verfaßt haben“.<sup>203</sup>

## 6. „Ich habe nichts zu entschuldigen.“ – Felix Klein

Obwohl Klein und Planck sich gegenseitig versicherten, daß sie sich in allen wesentlichen Punkten einig seien<sup>204</sup>, vertrat Planck faktisch eine zu Kleins Vorschlägen völlig entgegengesetzte Meinung. Diese betraf vor allem den Zeitpunkt der öffentlichen Äußerung:

*Das [Plancks Brief an Lorentz vom April 1916 – C.T.] war damals vor 2 oder 3 Jahren, als unsere Sache noch gut zu stehen schien. Wenn nun jetzt, nach unserer Niederlage, von den Feinden das Ansinnen an uns gestellt wird<sup>205</sup>, jenen Aufruf zu widerrufen oder zu modifizieren, so liegt die Sache m.E. ganz anders. Denn der Gedanke, daß wir erst durch den politischen Mißerfolg gezwungen worden sind, eine Unbesonnenheit einzugestehen oder gar einen Gesinnungswandel zu verkünden, hat etwas so Entehrendes, daß sich mein ganzes Gefühl dagegen sträubt.<sup>206</sup>*

Deshalb halte er auch nichts von einer erneuten gemeinsamen Erklärung der noch lebenden Unterzeichner des Aufrufs „An die Kulturwelt“, und er sei sich darin auch mit seinen Kollegen Emil Fischer, Wilhelm Waldeyer und Walther Nernst einig, mit denen er schon vor etwa einem halben Jahr über die Sache gesprochen habe, als der schwedische Chemiker Svante Arrhenius mit eben demselben Vorschlag sich an Fischer gewandt habe.<sup>207</sup>

<sup>202</sup> Siehe dazu Abschnitt I. 5 und die Quellenangabe in Anm. 87. Kleins Unterschrift stand auch unter der praktisch zeitgleich mit dem Aufruf „An die Kulturwelt“ veröffentlichten „Erklärung der Hochschul-lehrer Deutschen Reiches“ (Quelle wie Anm. 26).

<sup>203</sup> Planck an Klein, 28.9.1919, NSuUB Gött, Cod, Ms. Klein 3 A, Bl. 5.

<sup>204</sup> Klein an Planck vom 21.9.1919; Planck an Klein, 28.9.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 3 und Bl. 5.

<sup>205</sup> Planck meint konkret das Rundschreiben des Public Ledger vom August 1919, das ja der Anlaß zu der Korrespondenz zwischen Klein und Planck gewesen war.

<sup>206</sup> Planck an Klein, 13.9.1919, ebenda, Bl. 6f.

<sup>207</sup> Ebenda. Der Schwede Svante Arrhenius (1859–1927) hatte großen Anteil an der sich Ende der 1880er Jahre vollziehenden Entwicklung der physikalischen Chemie zu einer eigenständigen Disziplin. 1903 hatte er den Nobelpreis erhalten. Der Briefwechsel zwischen Fischer und Arrhenius, auf den Planck sich hier bezog, zeigt, daß Grace Chisholm Young mit ihrer Initiative keineswegs allein stand. Man kann wohl davon ausgehen, daß eine ganze Reihe von ausländischen Schülern oder Kollegen und Freunde der Unterzeichner des Aufrufs sich in gleichem Sinne an diese gewandt haben, so daß die hier am Beispiel Kleins wiedergegebene Diskussion nur einen Ausschnitt aus der allgemeinen Diskussion darstellt und von daher exemplarischen Charakter beanspruchen kann. Nernst soll übrigens im Widerspruch zu der hier von Planck gegebenen Darstellung gegenüber dem Pazifisten Hans Wehberg (vgl. dazu diesen Abschnitt weiter unten und zur Person Anm. 219) für die Veröffentlichung eines neuen Aufrufs eingetreten sein. WEHBERG (Anm. 128), S. 13.

Mit dieser Zurückweisung hat Planck Klein empfindlich getroffen, und dieser beeilte sich daher zu widersprechen und zu erklären, daß er gewiß nicht vorhabe, als Besiegter um Verzeihung zu bitten, sondern daß er sich in dem allgemeinen Zusammenbruch zu seiner persönlichen Verantwortung bekennen wolle.<sup>208</sup> Dies ist im übrigen die einzige Stelle in dem gesamten Briefwechsel, den Klein in dieser Sache geführt hat, in der er von persönlicher Verantwortung spricht – und dies m.E. nur, weil er durch Plancks Einwände, die er als gegen ihn selbst gerichtete Vorwürfe auffassen mußte, zu einem deutlichen Widerspruch herausgefordert worden war, der nur auf einer moralischen Ebene möglich war.

Klein hatte in seinem ersten Brief an Planck auch vorgeschlagen, das Problem auf dem kommenden Kartelltag der deutschen Akademien zur Sprache zu bringen. Aber auch in diesem Punkt war Planck anderer Meinung als Klein. Zwar widersprach er nicht direkt, wies aber warnend darauf hin, daß er es für einen Fehler halte, wenn die Akademien sich dazu verleiten lassen würden,

*diese rein persönliche Angelegenheit der 93, die am besten möglichst bald in der Versenkung verschwindet, auch nur inoffiziell zu der ihren zu machen. Ich danke noch heute dem Himmel, daß [während des Krieges – C.T.] meines Wissens keine einzige der deutschen Akademien weder als Ganzes noch durch einen amtlichen Verkehr, sich zu irgend-einer Erklärung mit politischem Inhalt hat bewegen lassen, obwohl es wenigstens bei uns an leidenschaftlichen Forderungen danach nicht gefehlt hat.*<sup>209</sup>

In der Tat hatte – nach dem Ausschluß der Unterzeichner des Aufrufs „An die Kulturwelt“ durch die französische Akademie – die Berliner Akademie unter der Führung von Planck gegen zum Teil erbitterten Widerstand in den eigenen Reihen im Juli 1915 beschlossen, alle etwaigen Schritte gegen die Akademien feindlicher Länder auf die Zeit nach dem Kriege zu vertagen.<sup>210</sup> Klein antwortete Planck zustimmend, daß auch er der Meinung sei, daß sich die Akademien nicht als solche zu der Sache äußern sollten und daß auch er damals, als der Ausschluß durch die Franzosen bekannt geworden sei, eine entsprechende Reaktion der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften verhindert habe.<sup>211</sup>

<sup>208</sup> Klein an Planck, 21.9.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 3.

<sup>209</sup> Planck an Klein, 13.9.1919, ebenda, Bl. 6f.

<sup>210</sup> VOM BROCKE (Anm. 1), S. 674. Siehe dazu auch W. SCHLICKER, Zu Max Planck Bedeutung für die Leitung der Wissenschaft und Organisation der Forschung. Unter besonderer Berücksichtigung seines Wirkens in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1975) II, S. 161–185, hier S. 179.

<sup>211</sup> Klein an Planck, 21.9.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 3. Die Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften löschte allerdings 1917 die Mitgliedschaft des deutschstämmigen Physikers Arthur Schuster (1851–1934), der während des Krieges Sekretär der Royal Society war. Schuster stammte aus einer jüdischen Bankiersfamilie in Frankfurt, die nach der Annexion Frankfurts durch Preußen 1869 nach England übersiedelt war. Schuster hatte nicht nur eine deutsche Schule besucht, sondern studierte später auch in Heidelberg, Berlin und Göttingen, wo er insbesondere Schüler von Eduard Riecke (siehe Abschnitt II. 2 und Anm. 164) war. Er hatte zudem die Royal Society während der Verhandlungen repräsentiert, die schließlich zur Gründung der Internationalen Assoziation der Akademien im Jahre 1900 führten, und war 1905 eines der Mitglieder des leitenden Ausschusses geworden. Bereits während des Krieges hatte er sich darum bemüht, eine Basis für den Wiederaufbau der internationalen Wissenschaftsorganisationen nach dem Kriege zu schaffen, allerdings von vornherein unter Ausschluß Deutschlands. 1919 wurde er Sekretär des neu gegründeten Internationalen Forschungsrats. Schuster, der nach dem Krieg einer der unversöhnlichsten Gegner Deutschlands und der deutschen Wissenschaftler war, behielt dieses Amt bis zum „Ende“ des Boykotts im Jahre 1928. Der genaue Anlaß für seinen Ausschluß aus der Göttinger Akademie ist leider nicht feststellbar; daß er überhaupt stattgefunden hat, behauptet SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 81, dort Anm. 123, die leider keinen Beleg angibt. Zu den Aktivitäten Schusters nach dem Krieg, ebenda, passim und bes. S. 124.

„Es gibt“, schrieb Planck abschließend an Klein, „auf alle diese Anregungen keine bessere Antwort als die Ihre des mir von Ihnen in Abschrift mitgeteilten Briefes vom 15./7. d.J.: Schweigen und Arbeiten.“<sup>212</sup> Mit der nur unwesentlich anders akzentuierten Parole „Durchhalten und Weiterarbeiten“ hatte Planck schon im November 1918 die Berliner Akademie von ihrer Selbstauflösung abgehalten, und auch 1933 sollte er sie dann – nun als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – unverändert wieder ausgeben.<sup>213</sup>

Nach dieser ablehnenden Reaktion Plancks wandte sich Klein wegen des immer noch unbeantworteten Rundschreibens des Public Ledgers<sup>214</sup> noch einmal an Grace Chisholm Young, die ihm nach seinem letzten Brief nicht mehr geantwortet hatte. Er bat sie, da ihm wegen der „unhaltbaren, beleidigenden Form“ eine direkte Antwort ganz unmöglich sei, daß sie den Brief, den er ihr im Dezember 1918 geschrieben habe, dem Public Ledger zusenden möge.<sup>215</sup>

Grace Chisholm Young antwortete postwendend. Sie bedauerte Klein zunächst wegen der Belästigungen, denen er von impertinenten Fremden ausgesetzt sei, und riet ihm, solche Briefe einfach in den Papierkorb zu werfen. Dann aber fügte sie hinzu: Sie würde zwar gern tun, um was er sie gebeten habe, sei aber sicher, daß dies unklug sei. Sie wolle alles tun, was in ihrer Macht stehe, insbesondere den Einfluß ihres Bruders (Hugh Chisholm) nutzen, der einer der Herausgeber der Times sei, oder sich auch an die Royal Society wenden, Klein sogar, wenn er dies wolle, einen entsprechenden Entwurf schreiben, obwohl es viel besser sei, in einer deutschen Zeitung zu veröffentlichen.

Diese Paraphrasierung gibt die aus lauter unvollendeten Halbsätzen bestehende Argumentation des Schreibens von Grace Chisholm Young vollständig wieder. Daß diese so unzusammenhängend erscheint, lag offenkundig daran, daß Grace Chisholm Young vermied, noch einmal auszusprechen, was sie schon wiederholt gesagt hatte, daß sie nämlich nach wie vor der Meinung sei, Klein solle endlich öffentlich (in der Presse) Stellung nehmen. Dementsprechend wartete sie denn auch Kleins Einverständnis gar erst nicht ab, sondern legte ihm gleich einen Entwurf für eine solche öffentliche Stellungnahme bei, den sie – wie sie im P.S. vermerkte – verfaßt hatte, ohne Kleins Brief vom Dezember 1918 zur Hand zu haben.<sup>216</sup> Wir sind daher in der glücklichen Lage, nicht nur zu erfahren, wie sie denselben in Erinnerung behalten hatte und was sie von Klein erwartete, sondern durch Kleins Reaktion darauf auch zu wissen, was dieser an ihrem Vorschlag konkret ablehnte. Die Vorlage, die Chisholm Young für Klein zur Veröffentlichung in der Times verfaßt hatte, lautete:

<sup>212</sup> Planck an Klein, 13.9.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 6f.; der Vorschlag Kleins zum Kartelltag findet sich in: Klein an Planck, 8.9.1919, ebenda, Bl. 2+4.

<sup>213</sup> Vgl. oben Anm. 184; A. HERMANN, Planck, 1973, S. 83f.; zu Plancks Verhalten während des Nationalsozialismus außerdem SCHLICKER (Anm. 210), S. 182–185. Schlicker charakterisiert Plancks politische Grundhaltung m.E. zutreffend als „etatistischen Konservatismus“, wobei Planck auch sein Wirken in der Wissenschaft als einen Beitrag zur Erhaltung und Festigung des preußisch-deutschen Staates verstanden habe (ebenda, S. 161). Jede radikale, beispielsweise deutsches Weltmachtstreben unterstützende Haltung war ihm dagegen fremd. Dies zeigt nicht nur sein Brief an Lorentz, sondern auch die Tatsache, daß sich seine Unterschrift unter der Delbrückschen Gegeneingabe gegen das annexionistische Kriegsprogramm vom Sommer 1915 findet. Quelle wie Anm. 47.

<sup>214</sup> Zu dem Schreiben des Public Ledger hatte Planck Klein lediglich geschrieben, daß die Absicht, einem politisch unterlegenen Gegner auch noch einen moralischen Fußtritt zu versetzen, von so niedriger Gesinnung zeuge, daß er sich einstweilen nicht vorstellen könne, daß ernstzunehmende Männer der Wissenschaft diese Absicht teilen würden, daß es sich daher wahrscheinlich um ein rein journalistisches Unternehmen handelte, das sich die Angelegenheit nur zu „geschäftlichen Zwecken dienstbar“ zu machen versuche. Er werde deshalb dem Public Ledger nur kurz und formal antworten, daß er sich bereits früher zu dem Aufruf geäußert habe. Planck an Klein, 13.9.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 6f.

<sup>215</sup> Klein an Chisholm Young, 24.9.1919, ebenda, Bl. 20.

<sup>216</sup> Chisholm Young an Klein, 30.9.1919, ebenda, Bl. 21 (Original auf englisch).

Dear Sir,

*Might I ask you to publish the following statement, as an answer to those who have asked, or may wish to know, how my name came to be among those of the "93".*

*Your readers will hardly need to be reminded of the intense state of excitement in Germany at the outbreak of the war, this can be my only apology for having rashly acceded to request by the telegraph for my signature to a document which I had not seen, + did not see before its publication. The nature of the document was quite different from what I had supposed. I have always tried to maintain a judicial attitude myself (e.g. during the Boer War), + what I desired was to appeal to my colleagues in all lands for a similar attitude with respect to my countrymen.*

*Believe me to be, dear Sir, Yours faithfully<sup>217</sup>*

Klein antwortete unter Bezugnahme auf die häuslichen Schwierigkeiten, die Grace Chisholm Young ihm in ihrem Brief geschildert hatte:

*Ich entnehme [Ihrem Brief – C.T.] mit vieler Teilnahme, dass auch Sie in ähnlicher Weise unter der Nachwirkung des Krieges leiden, wie wir es im höchsten Maasse tun. Man muß versuchen sich trotz aller Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten!*

*Um auf unsere besondere Angelegenheit zurückzukommen, so ist es mir eben deshalb ganz unmöglich, in dem von Ihnen vorgeschlagenen Sinne zu schreiben. Ich habe nichts zu entschuldigen, sondern nur zu erklären, und diese Erklärung darf auch nicht als Ergebnis eines äusseren Druckes erscheinen.*

Eben deshalb sei es ihm so wichtig, daß sein Brief vom 7. Dezember 1918 von anderer Seite veröffentlicht werde. Sie könne ihn durchaus auch in der Times abdrucken lassen „etwa mit Bezugnahme darauf, dass das Zirkular der 93 immer wieder (so jetzt in der Kammerrede Clemenceaus) als Agitationsmittel herhalten muß“. Er könne diesen aber auch über seine holländischen Freunde veröffentlichen lassen.<sup>218</sup>

In diesem Brief ist keine Rede von der persönlichen Verantwortung, von der Klein Planck gegenüber gesprochen hatte. Stattdessen erteilte Klein jeder Form von noch so zurückhaltender Entschuldigung eine klare Absage, obwohl Grace Chisholm Young im Grunde lediglich das Wort „apology“ eingefügt hatte und im übrigen vollständig Kleins Ausführungen über die „Leidenschaften“ der ersten Kriegsjahre gefolgt war. Lediglich Kleins Bereitschaft war gestiegen, nun wenigstens diesen, seinen ersten Brief an Grace Chisholm Young veröffentlichen zu lassen, wogegen er sich bisher unverständlicherweise trotz des nicht-privaten, von Anfang an für einen größeren Leserkreis bestimmten Charakters, den Klein selbst diesem Brief gegeben hatte, vehement gewehrt hatte. Jedoch wollte Klein auch jetzt noch nicht selbst als Initiator dieser Veröffentlichung in Erscheinung treten. Er stellte sich vielmehr vor, daß sein Brief als Privatbrief von einer anderen Person der Öffentlichkeit übergeben werden sollte. Damit hätte dieser dann als eine besonders glaubwürdige Aussage eines Mannes erscheinen können, der zwar sein damaliges Verhalten hinreichend erklären konnte, damit aber nicht selbst an die Öffentlichkeit gegangen war. Klein ging es dabei offenbar darum, dem möglichen Vorwurf zu begegnen, er habe sich durch seine Erklärung den Siegern in die Arme geworfen und Verrat an Deutschland geübt. In der Angst vor diesem „Dolchstoß“-Vorwurf war er ja durch Planck noch einmal zusätzlich bestärkt worden.

Nun hatte sich die Situation inzwischen insofern geändert, als der Pazifist und Völkerrechtler Hans Wehberg<sup>219</sup> im April 1919 ein Rundschreiben an alle Unterzeichner des Manifestes versandt

<sup>217</sup> Briefentwurf von Chisholm Young, als Beilage zum Schreiben vom 30.9.1919, ebenda, Bl. 22.

<sup>218</sup> Klein an Chisholm Young, 19.10.1919 (Unterstreichung – C.T.), ebenda, Bl. 23.

<sup>219</sup> Hans Wehberg (1885–1962) war seit 1908 in der Friedensbewegung tätig und veröffentlichte als einer der wenigen deutschen Völkerrechtslehrer, die es überhaupt gab, u.a. Kommentare zu den Abkommen der

hatte mit der Bitte, über einen Widerruf ihrer Unterschrift nachzudenken.<sup>220</sup> Klein hatte darauf in der zu erwartenden Weise geantwortet, daß er in dieser Sache schon im Dezember 1918 einen Brief geschrieben habe, daß er diesen beilege und daß dieser auch „unter der Hand“ weiter verbreitet werden könne: „Mögen denn Diejenigen, die dazu in der Lage sind, in gleich objektiver Weise antworten.“ Er selbst sei jedenfalls nicht in der Lage, sich auf eine ausführliche Diskussion einzulassen, von der er sich auch keinen Erfolg verspreche; er bitte also nach Möglichkeit zu verhindern, daß „jetzt schon“ (Klein schrieb dies im April 1919) die Dinge vor eine größere Öffentlichkeit gelangen.<sup>221</sup>

In einer ersten Veröffentlichung des Ergebnisses der Umfrage, die am 28. Oktober 1919 im Berliner Tageblatt erschien, wurde dementsprechend denn auch Kleins Brief zwar ausführlich zitiert, er selbst aber nicht namentlich genannt, sondern lediglich als „ein bekannter Mathematiker“ bezeichnet. Da er aber der einzige Mathematiker war, der den Aufruf unterschrieben hatte, war er dennoch eindeutig zu identifizieren.<sup>222</sup> Trotz seiner Absage an jede Art von „größerer Öffentlichkeit“ hat Klein gegen dieses Zitat nicht protestiert.

Insgesamt ergab Wehbergs Umfrage, daß zwar von den 75 noch lebenden Unterzeichnern 42 „auf keinen Fall alle Behauptungen des damaligen Aufrufs heute noch aufrechterhalten“ würden, aber nur zehn von ihnen bereit waren, ihre Unterschrift nachträglich zurückzuziehen, und

---

Haager Friedenskonferenzen (1910 und 1917), zum „Problem eines internationalen Staatengerichtshofs“ (1912) und zu Kriegs- und Seerechtsfragen (1909 und 1914). Unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges war er aus seiner Funktion als Mitherausgeber der „Zeitschrift für Völkerrecht“ (seit 1912) ausgeschieden, weil er darin seinen Protest gegen den Einmarsch in Belgien nicht hatte abdrucken dürfen. Seit 1914 war er Mitherausgeber der „Friedenswarte“ (ab 1923 alleiniger Herausgeber). Mitten im Kriege veröffentlichte er u. a. eine deutliche völkerrechtlich begründete Absage an jede Form von Gebietsabtretungen, es sei denn, diese würde von der dort ansässigen Bevölkerung gewünscht (Plebiszit und Optionsklausel, 1915, teils zitiert in: Das annexionistische Deutschland, Anm. 41, S. 421 f.). Nach dem Kriege wurde Wehberg Leiter der völkerrechtlichen Abteilung der „Deutschen Liga für Völkerbund“, 1923 Mitglied des Internationalen Friedensbureaus in Genf. 1919 hatte Wehberg zunächst ein klares Bekenntnis zur deutschen Kriegsschuld gefordert, revidierte aber seine Meinung diesbezüglich am Ende der Zwanziger Jahre. Er veröffentlichte nach dem Krieg vor allem zu Fragen der Rüstungsbeschränkung und Kriegsächtung (1919 und 1930) und zu Problemen des Völkerbundes (1919, 1921, 1923, 1926). Interessant ist auch seine autobiographische Schrift „Als Pazifist im Weltkrieg“ (1919). Da es ihm trotz seiner wissenschaftlichen Verdienste nicht gelang, einen Lehrstuhl an einer deutschen Universität zu erhalten, folgte er 1928 einem Ruf an das Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf.

<sup>220</sup> Wehberg an Klein, 14.4.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 16, abgedruckt in: WEHBERG (Anm. 128), S. 32 f. Der Brief ist äußerst vorsichtig formuliert und voller Verständnis für die Unterzeichner: „Ich habe mir daher die Frage vorgelegt, ob es nicht möglich sei, die schweren Widerstände, die der Wiederanknüpfung wissenschaftlicher Beziehungen durch diesen Aufruf bereitet worden sind, in irgendeiner Weise aus dem Weg zu räumen. [...] Ich richte nun an Sie, hochgeehrter Herr, die Anfrage, ob Sie noch heute auf dem Standpunkt jenes Aufrufes stehen und ob Sie, falls dies nicht der Fall ist, es mit Ihrer Überzeugung vereinbaren können, Ihre Unterschrift von jenem Aufruf zurückzuziehen. Ich bin mir vollkommen darüber klar, daß die Erfüllung dieses Anliegens eine sehr hohe Selbstaufopferung Ihrerseits erfordern würde, doch bitte ich zu bedenken, daß es sich hierbei um die Wiederaufnahme des wissenschaftlichen Verkehrs mit den Gebildeten der ganzen Welt handelt, daß also hohe Dinge auf dem Spiel stehen und daß die Preisgabe Ihrer Erklärung, die in den damaligen Zeiten gewiß sehr verständlich war, Ihnen von allen Einsichtigen nur als eine mutige Tat angerechnet werden könnte.“

<sup>221</sup> Klein an Wehberg, 19.4.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 17.

<sup>222</sup> Artikel mit dem Titel „Clemenceau und das Manifest der 93“ erschienen am 28.10.1919 im Berliner Tageblatt (Morgenausgabe), Titelseite.

immerhin 16 „auch heute noch unbedingt auf dem damaligen Standpunkte beharren müßten“, während 17 überhaupt nicht geantwortet hatten.<sup>223</sup>

Von den Naturwissenschaftlern, die den Aufruf unterzeichnet hatten, hatte – abgesehen von Planck, Klein und Wilhelm Foerster – auch Emil Fischer vor seinem Tode Wehberg noch geantwortet und ihm mitgeteilt, daß er mehrere Punkte in dem Aufruf nicht mehr für richtig halte und hoffe, daß eine Form gefunden werde, diese falschen Behauptungen zu widerrufen. Außerdem schrieb Ernst Haeckel, daß er der Meinung sei, daß ein Widerruf nichts nützen, sondern das Chaos der internationalen Beziehungen nur noch vergrößern werde; daß er sich seit längerem jeder politischen Aktion enthalte und sich freue „durch seinen nahe bevorstehenden Tod aus dem tobenden Irrenhaus der modernen Zivilisation erlöst zu werden“.<sup>224</sup>

Der 85jährige Haeckel, der dann im August 1919 tatsächlich starb, brachte damit ein Gefühl zum Ausdruck, das auch von vielen seiner jüngeren Kollegen geteilt wurde und wovon sich auch Anklänge in Kleins „Schweigen und Arbeiten“ finden. Denn darin drückte sich – bei aller Selbststilisierung zum Prototyp des zurückgezogenen weltabgewandt arbeitenden Wissenschaftlers, das für den immer noch auch wissenschaftspolitisch aktiven Klein sicher ebensowenig zutraf wie für den Kriegspropagandisten Haeckel – auch ein elementares Bedürfnis nach Ruhe aus. Wenn Haeckel dies mit einer allgemeinen Ablehnung der modernen Zivilisation verband, erinnerte dies an die während des Krieges zu neuen Höhepunkten getriebenen „deutsche“ Kritik an der dekadenten („westlichen“) Zivilisation, die auch nach dem Krieg noch einen tragfähigen Grundkonsens innerhalb der rechtskonservativen Kritik an der Weimarer Republik bildete.

Wichtiger ist jedoch, was das Umfrageergebnis und insbesondere Fischers Äußerung noch einmal deutlich machen: Für die meisten Unterzeichner (Klein eingeschlossen) stand ein vollständiger Widerruf der Aussagen des Aufrufs von 1914 überhaupt nicht zur Debatte. Akzeptabel erschien lediglich die Zurücknahme einzelner Behauptungen, die sich im nachhinein als falsch herausgestellt hatten. Weder in der Kriegsschuldfrage noch in ihrem Bekenntnis zur „Sache des deutschen Volkes und Heeres“ war die überwiegende Mehrheit der Unterzeichner des Manifestes vom Oktober 1914 bereit, von dem Aufruf abzurücken. Dieses Bekenntnis aber war der Kern des damaligen Aufrufs.<sup>225</sup> Nicht nur der Stolz der Besiegten verhinderte also einen uneingeschränkten Widerruf, sondern auch und vor allem die – in ihrer Bedeutung sowohl von Grace Chisholm Young, als auch von Wehberg völlig unterschätzte – Tatsache, daß in dem damaligen Aufruf Grundüberzeugungen formuliert waren, die die meisten Unterzeichner auch nach dem Krieg keineswegs aufgeben wollten. Am deutlichsten hat dies Adolf von Harnack ausgedrückt:

*Die Verletzung der Neutralität Belgiens bedaure ich jetzt, da mir die Entschuldigung, an die ich einst auf Grund falscher Berichte geglaubt habe, nicht mehr genügt. Nach wie vor trete ich für unser tapferes und diszipliniertes Heer ein, gegenüber der Verleumdung, daß es ein Heer von Barbaren sei, und gegenüber den tückischen Versuchen, einen Keil zwischen das Heer und das deutsche Volk samt seinen Gelehrten und Künstlern zu treiben [...]*<sup>226</sup>

Das Argument Wehbergs, daß man sich durch den Aufruf auch mit allem Unrecht der Kaiserlichen Regierung solidarisch erklärt habe und daß wahre Vaterlandsliebe auch die Aufdeckung

<sup>223</sup> Ergebnis wiedergegeben nach einer späteren Veröffentlichung Wehbergs vom Januar 1920, in: WEHBERG (Anm. 128), S. 11. Abweichungen zu den Zahlen im Berliner Tageblatt vom 28.10.1919 erklären sich daraus, daß zum einen einige der Unterzeichner erst nach Erscheinen dieses Artikels geantwortet hatten und daß zum anderen inzwischen noch drei weitere verstorben waren.

<sup>224</sup> Äußerungen von Foerster, Fischer und Haeckel bei WEHBERG (Anm. 128), S. 10f.

<sup>225</sup> Vgl. dazu die an ihn gerichteten Briefe zusammenfassend Wehberg, in: WEHBERG (Anm. 128), S. 13; dort auch das obige Zitat.

<sup>226</sup> Adolf von Harnack, Offener Brief an Clemenceau, abgedruckt in: Deutsche Alltägliche Zeitung, 6.11.1919 (Morgenausgabe), zitiert nach: WEHBERG (Anm. 128), S. 27ff., hier S. 28.

der schweren Schuld Deutschlands vor und während des Krieges einschließe<sup>227</sup>, mußte angesichts solcher unerschütterlicher Überzeugungen völlig ins Leere gehen.

Klein hat sich zwar nicht so klar ausgedrückt wie Harnack, aber seine wiederholten Verweise auf die Verfehlungen der Gegenseite, insbesondere deren – in den Augen Kleins – mißbräuchliche Funktionalisierung des Manifestes für ihre antideutsche Propaganda, seine Sorge, daß er zur Verleugnung seiner vaterländischen Gesinnung gezwungen werden könne, und die Tatsache, daß auch er nur von einzelnen richtigzustellenden Punkten sprach, deuten in genau die gleiche Richtung wie Harnacks Argumente. Insofern ist tatsächlich – so wie Klein selbst immer wieder betont hat – sein erster Brief an Grace Chisholm Young vom Dezember 1918 von besonderem Wert. Denn er wurde geschrieben, ehe Klein von der Haltung der anderen Unterzeichner durch persönlichen Kontakt (wie im Fall von Planck) oder durch Nachrichten in der Presse erfahren hatte.

Sofort nachdem Ende Oktober das erste Ergebnis der Wehbergschen Umfrage im Berliner Tageblatt erschienen war, hatte Grace Chisholm Young Klein spontan und überschwänglich eine Postkarte geschrieben, auf der sie ihre Freude über diesen Artikel ausdrückte und ihre Überzeugung, daß dieser eine großartige Wirkung haben werde.<sup>228</sup> Dies war jedoch eine krasse Fehleinschätzung: In den Augen der ausländischen Beobachter hatte sich durch diesen Artikel nur bestätigt, was man sowieso erwartet hatte, daß nämlich die deutschen Gelehrten nach wie vor hinter diesem Aufruf standen. Obwohl Wehberg in seinem Schlußabsatz fast beschwörend den Aufruf als einen „verhängnisvollen Irrtum“ bezeichnete, der von einer großen Anzahl von Gelehrten und Künstlern aufrichtig bedauert werde<sup>229</sup>, konnte auch er die Tatsache nicht verschleiern, daß die Unterzeichner eben mehrheitlich nicht bereit gewesen waren, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Mit Bezug auf entsprechende Reaktionen im Ausland schrieb deshalb Wehberg am 10. November 1919 erneut an Klein (und wahrscheinlich nicht nur an diesen) und betonte noch einmal die Notwendigkeit einer „unzweideutigen Zurücknahme der Erklärung der 93er“:

*Ich richte nun an Sie die Anfrage, ob Sie nicht doch im Interesse der Wiederaufnahme der Beziehungen zum Auslande Ihre Unterschrift zurückziehen wollen. Ich meine, daß doch jeder Unterzeichner des Aufrufs dieses Maß an Selbstverleugnung aufbringen müßte, denn die Frage der Zurücknahme der Unterschrift ist keineswegs nur eine individuelle Angelegenheit der damaligen Unterzeichner, sondern eine Frage, die das Ansehen sämtlicher deutschen Künstler und Gelehrten, wie überhaupt des ganzen deutschen Volkes in der Welt betrifft.<sup>230</sup>*

Klein antwortete bezeichnenderweise auch auf dieses in ähnlich werbend, drängender Weise abgefaßte Schreiben wie die Briefe, die er von Grace Chisholm Young erhalten hatte, nicht. Erst als Wehberg wenig später konkret anfragte, ob er in einer von ihm geplanten Dokumentation, Kleins Brief vom Dezember 1918 diesmal unter Nennung seines Namens veröffentlichen dürfe, schrieb ihm Klein, daß er „nach der Entwicklung, welche die Dinge genommen haben“, keinen

<sup>227</sup> WEHBERG (Anm. 128), S. 13f., der nicht hinzuzufügen vergaß, „wobei man natürlich nicht soweit zu gehen braucht, Deutschland die ausschließliche Schuld zuzuschreiben“ (Unterstreichung im Original). In dem letzten Brief, den Grace Chisholm Young Klein in dieser Angelegenheit schrieb, argumentierte auch sie (fast wörtlich identisch mit Wehberg) mit der zur Wahrheit verpflichtenden Vaterlandsliebe, allerdings in einem doch relativ beherrschenden Ton, der – da sie vor allem darauf verwies, daß sie selbst an Kleins Stelle sich anders verhalten hätte – nicht ganz frei von Überheblichkeit war. Klein hat ihr darauf nicht geantwortet. Chisholm Young an Klein, 30.11.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 27 und Bl. 27a (Original deutsch mit französischen Zitaten).

<sup>228</sup> Chisholm Young an Klein, 5.11.1919, ebenda, Bl. 24.

<sup>229</sup> „Clemenceau und das Manifest der 93“ (Anm. 222).

<sup>230</sup> Wehberg an Klein, 10.11.1919, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 25.

Widerspruch gegen die Veröffentlichung („mit Nennung meines Namens, aber unter Hinzufügung des ursprünglichen Datums“) erhebe.<sup>231</sup> Damit hatte Klein zwar nachgegeben, was die Veröffentlichung des Schreibens anging<sup>232</sup>, nicht aber in der Sache: „Ich habe nichts zu entschuldigen, sondern nur zu erklären.“

#### 7. Der „wissenschaftliche Verkehr zwischen den durch den Krieg entzweiten Staaten“

Es soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß sich Kleins Befürchtungen, daß man ihm und den Mitunterzeichnern im Falle eines Widerrufs Verrat an der deutschen Sache vorwerfen werde, erwartungsgemäß bestätigten. Bereits im Mai 1919, kurz nachdem Wehberg seine Umfrage initiiert hatte, erschien beispielsweise in der alldeutsch orientierten „Unabhängigen Nationalkonferenz“ ein Artikel mit der Überschrift „Schweifwedeln um die Gunst der Sieger?“ Darin wurde die „unverbesserliche Knechtsgesinnung“ angeprangert, die sich in Wehbergs Schreiben vom April 1919, das vollständig zitiert wurde, ausdrücke.<sup>233</sup>

Doch damit nicht genug, veröffentlichte die Nationalkonferenz in demselben Artikel die Stellungnahme eines „hochangesehenen deutschen Naturforschers“, in der dieser sich vehement gegen Nutzen und Sinn internationaler wissenschaftlicher Beziehungen aussprach. Schon vor dem Kriege, so dieser, sei er der Meinung gewesen, daß die internationalen Kongresse für die deutsche Wissenschaft letztlich immer nur von Schaden gewesen seien, da diese den Ausländern lediglich „Geschenke an Ideen deutschen Ursprungs [gebracht haben], die diese bei ihrer geringen Sprachkenntnis aus den deutschen Veröffentlichungen nicht so leicht entnommen hätten“. Außerdem sei es bei solchen Gelegenheiten immer wieder vorgekommen, daß einer der nicht-anwesenden Deutschen „ausgeschlachtet“ worden sei (entweder durch „Ignorierung oder durch namenlose Preisgebung seiner Leistungen“), ohne daß die anwesenden Deutschen protestiert hätten. Dies sei „auf die Beseitigung oder doch Verdeckung deutschen (wirklich vorhandenen) Übergewichts“ hinausgelaufen. „Da bin ich der Meinung, daß es viel nützlicher ist, das Ausland zunächst allein zu lassen.“ Vorsichtshalber fügte er allerdings hinzu, daß man dafür sorgen solle, daß den Deutschen die wissenschaftlichen Ergebnisse des Auslandes in Berichten und guten Wiedergaben weiterhin zur Verfügung gestellt werden, damit sie nicht etwa hinter den Leistungen des Auslands zurückblieben; auch könnten einzelne persönliche Kontakte etwa zu holländischen oder schwedischen Kollegen durchaus geknüpft werden, „mit denen tatsächlich Verkehr auf gleich und gleich und in Freundschaft möglich war, ohne undeutsch sich zu geben“. Aber auf jedes „öffentliche Entgegenkommen von unserer Seite“ könnte vom Ausland nur mit „innerlicher Verachtung“ reagiert werden.<sup>234</sup>

<sup>231</sup> Wehberg an Klein, 22.11.1919, und Klein an Wehberg, 26.11.1919, ebenda, Bl. 26 (Briefentwurf Kleins auf demselben Blatt notiert).

<sup>232</sup> Es erschien in: WEHBERG (Anm. 128), S. 38.

<sup>233</sup> Der Artikel erschien am 16.5.1919, abgedruckt bei: WEHBERG (Anm. 128), S. 32ff.

<sup>234</sup> Wiedergegeben nach WEHBERG (Anm. 128), S. 33. Wehberg behauptete in der Einleitung zu seiner Dokumentation, es habe sich bei diesem bekannten Naturforscher um Röntgen gehandelt (ebenda, S. 11). Doch sind an dieser Zuschreibung Zweifel angebracht. Nicht nur, daß Röntgen in einem Privatbrief nach dem Krieg davon sprach, daß ihm seine Unterschrift unter den Aufruf „An die Kulturwelt“ gegenüber einem belgischen Kollegen peinlich sei und daß er diesen Aufruf „auf Anraten und scharfes Drängen der Berliner dummerweise unterschrieben habe, ohne ihn gelesen zu haben“, was ihn nicht als einen unverbesserlichen Agitator gegen internationale Zusammenarbeit ausweist (Brief an die Frau seines guten Freundes, des Zoologen Theodor Boveri, 8.12.1920, Hervorhebung – C.T., zitiert nach: O. GLASSER, Wilhelm Conrad Röntgen und die Geschichte der Röntgenstrahlen. Mit einem Beitrag Persönliches über W.C. Röntgen von Margret Boveri, 1931, S. 152f.); auch andere von ihm überlieferte Briefe aus der ersten

Während des Krieges – im August 1915 – hat Einstein in einem seitdem viel zitierten Brief an Lorentz ein sehr positives Urteil über die Verbreitung und Akzeptanz des internationalen Denkens unter den Naturwissenschaftlern abgegeben:

*Die Naturwissenschaftler und Mathematiker sind als Wissenschaftler streng international gesinnt und wachen sorglich, dass ja kein unfreundlicher Schritt gegen Kollegen, die im feindlichen Ausland leben, erfolge. Die Historiker und Philologen aber sind grösstenteils chauvinistische Hitzköpfe.*<sup>235</sup>

Einstein schrieb diesen Brief kurz nach der Entscheidung der Berliner Akademie, auf den Ausschluß der Unterzeichner des Aufrufs „An die Kulturwelt“ aus der französischen Akademie nicht mit einem entsprechenden Ausschluß ihrer französischen Mitglieder zu reagieren, und er bezog sich genaugenommen auch nur auf die Berliner Naturwissenschaftler. Dennoch ist dieses Urteil häufig – und m.E. unzulässigerweise – allgemein für die Naturwissenschaftler in Anspruch genommen worden. Nicht nur die 15 Unterschriften von Naturwissenschaftlern unter dem Aufruf „An die Kulturwelt“, auch das von 16 Physikern unterzeichnete Flugblatt gegen die „Ausländerei der Deutschen“, auf dem sich diese gegen den „unberechtigten Einfluß“ von Engländern in der „deutschen Physik“ wandten<sup>236</sup>, wie auch die oben zitierte Stellungnahme gegen internationale Zusammenarbeit sprechen eine andere Sprache. Es gibt keinen Anlaß anzunehmen, daß für die Mehrzahl der Naturwissenschaftler nicht auch zutreffen sollte, was für ihre geisteswissenschaftlichen Kollegen galt: daß nämlich der (keineswegs allgemeine) Internationalismus in der Gelehrtenwelt vor 1914 nicht der Verwirklichung eines allgemeinen „menschheitlichen“ und kosmopolitischen Ideals diene, sondern in erster Linie „vaterländisch bewegt“ war.<sup>237</sup> Man war international gesinnt aus nationalem Interesse, insbesondere um nicht den Anschluß an die internationale Entwicklung zu verlieren und um Deutschland und die deutsche Wissenschaft international angemessen repräsentieren zu können. Grundsätzlich schlossen sich etwa internationales Engagement und kulturimperialistische Interessen keineswegs aus. Dies ist denn auch die Erklärung dafür, warum der „Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik“<sup>238</sup> im August so schnell und ohne wesentliche Widerstände vonstatten ging.

Diese nationale Bindung des internationalen Engagements findet sich auch in Kleins Denken: Sie bestimmte durchgängig seine Argumentation in seiner Korrespondenz zum Aufruf „An die Kulturwelt“ und verstärkte sich noch, als die Boykottbeschlüsse der internationalen Organisationen gegenüber Deutschland auch vielen nicht zu nationalistischen Ausfällen neigenden Wissenschaftlern eine Abkehr vom „Internationalen“ als ein Gebot persönlicher und nationaler Selbstachtung erscheinen ließen. Wie weit dies bei Klein ging, zeigt ein neuerlicher kurzer Briefwechsel zwischen Grace Chisholm Young und Klein im Mai 1920.

Grace Chisholm Young hatte Klein (übrigens zum erstenmal wieder nach ihrer Auseinandersetzung über den Aufruf „An die Kulturwelt“) geschrieben, daß sie ihren Mann William, der seit

---

Nachkriegszeit zeigen ihn als einen zwar distanziertere, aber um Gerechtigkeit und Mäßigung bemühten Beobachter, der beispielsweise sogar die Veröffentlichungen und Proklamationen der neuen Regierung für recht verständlich hielt (Brief an Frau Boveri über die Revolution in München 19.11.1918, ebenda, S. 154ff.). Röntgens Briefe stimmen auch in Stil und Ton nicht mit dem zitierten Zeitungsbrief überein. Dieser würde dafür viel eher zu Philipp Lenard passen, der ja schon zu Beginn des Krieges behauptet hatte, daß die deutsche Wissenschaft Handlangerdienste für die britische Kultur verrichtet habe und daß englische Wissenschaftler deutsche Forschungsergebnisse „annektiert“ hätten. Vgl. zu Lenard Anm. 141 und Anm. 169; BEYERCHEN (Anm. 141), S. 122f.; und Krieg der Geister (Anm. 1), S. 28f.

<sup>235</sup> Einstein an Lorentz, 2.8.1915, zitiert nach VOM BROCKE (Anm. 1), S. 689.

<sup>236</sup> Vollständig zitiert in Abschnitt II. 2.

<sup>237</sup> Vgl. dazu die Analyse von SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 47ff.; und auch ECKERT (Anm. 168).

<sup>238</sup> So der Untertitel von VOM BROCKEs Aufsatz (Anm. 1).

Ende des Krieges einen Lehrstuhl in Aberystwyth (Wales) innehatte, demnächst in der Schweiz erwarte. Dieser würde nun sehr gern auch nach Göttingen kommen, könne dies aber nur mit einer offiziellen Einladung. Ohne eine solche Einladung sei ein Besuch für ihn schlechterdings unmöglich, und dies nicht nur wegen seiner Stellung im „Conseil National de Recherches“ (der nationalen Unterorganisation des Internationalen Forschungsrats)<sup>239</sup>, die besondere Rücksichten erfordere, sondern auch wegen der nicht sehr ermutigenden Berichte, die sie über die Geisteshaltung an den deutschen Universitäten erhalten hätten. Sie, so Grace Chisholm Young weiter, hoffe einerseits, daß diese Berichte insbesondere für die Georgia Augusta nicht zuträfen, sei andererseits aber unabhängig davon der Meinung, daß jeder, der es gut mit Deutschland meine, wissen müsse, daß Isolation nicht zur Verringerung der „pangermanischen Propaganda“ beitragen werde.<sup>240</sup>

Ungeachtet der persönlichen Beziehung, die Klein auch zu William Young hatte<sup>241</sup>, lehnte er es rundheraus ab, auch nur zu versuchen, eine solche Einladung zu erwirken – und dies, obwohl ihm, wie er schrieb, ernstlich daran liege, „den wissenschaftlichen Verkehr zwischen den durch den Krieg entzweiten Staaten wieder aufzurichten“. Es gäbe zwar Anzeichen dafür, daß dies zwischen England und Deutschland wieder gelingen könne, doch sei in der Zwischenzeit manches geschehen, „was ein ernstliches Hinderniß bildet“.

Klein nannte als erstes erwartungsgemäß den Zusammenschluß der interalliierten Akademien zum Internationalen Forschungsrat im Frühjahr 1919, „an Stelle der allgemeinen [Internationalen – C.T.] Assoziation, deren Grundgedanke in Deutschland entstanden ist und den ich selbst zur R[oyal] Society brachte (um später dafür in Paris und Rom werbend zu wirken)“. Als weiteres Hindernis, das „für uns in dieselbe Linie gehört“, führte er dann die Tatsache an, daß die Franzosen einen „sog.“ internationalen mathematischen Kongreß – wieder unter Ausschluß der Mittelmächte – ausgerechnet nach Straßburg einberufen hätten: „Es ist dies ohne Zweifel eine bewußte und beabsichtigte Kränkung unserer nationalen Empfindung.“ Er habe nun gehört, daß u.a. auch William Young den Aufruf zu diesem Kongreß unterzeichnet habe. Er könne sich zwar, so Klein weiter, durchaus vorstellen, daß dies nur widerstrebend geschehen sei: „Aber ihn nun als friedensstiftenden Mathematiker in Deutschland zu bezeichnen, ist im Augenblick wirklich nicht möglich.“<sup>242</sup>

<sup>239</sup> Siehe dazu SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 92, S. 94, S. 97, S. 101, dort insb. Anm. 35, und Abschnitt II. 4 der Statuten des Internationalen Forschungsrats, ebenda, S. 275.

<sup>240</sup> Chisholm Young an Klein, 18.5.1920, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 28f.

<sup>241</sup> Dieser hatte von 1899 bis 1908 gemeinsam mit seiner Frau in Göttingen gelebt.

<sup>242</sup> Klein an Chisholm Young, 23.5.1920, NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Bl. 34. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Grace Chisholm Young auf diesen Brief Kleins zwar nicht geantwortet hat, daß sie aber – ebenso wie beispielsweise Ehrenfest – den persönlichen Kontakt zu Klein bis zu dessen Tode unverändert aufrechterhalten hat. Siehe dazu: Ebenda, Cod. Ms. Klein 12/426–420 (Briefwechsel aus dem Jahre 1922 und 1923) und zu Ehrenfest, ebenda, Klein 8/835 A. VOM BROCKE (Anm. 1), S. 681, konstatiert Gleiches für die Nachkriegsbeziehungen zwischen Wilamowitz und seinen ausländischen Schülern. Dennoch war natürlich auch bei denjenigen, die wie Grace Chisholm Young weiter Kontakt zu deutschen Wissenschaftlern pflegten, die nationalistische Propaganda des Ersten Weltkriegs nicht vergessen. Wie sehr diese nachwirkte, beweist die Tatsache, daß Grace Chisholm Young in ihrem Nachruf auf Felix Klein, den sie am 9.7.1925 in der Times veröffentlichte, nicht nur auf Kleins Unterschrift unter den Aufruf „An die Kulturwelt“ und seine Erklärung zum Zustandekommen dieser Unterschrift hinwies, sondern den Nachruf mit dieser Erklärung – ohne ein weiteres verbindendes oder verbindliches Wort – enden ließ. Grace CHISHOLM YOUNG, Obituary: Professor Klein, The Times, 9.7.1925, Zeitungsausriß, Liverpool University Archives, D. 140/3/3.2. Ich danke Elisabeth Mühlhausen für den Hinweis auf diesen Nachruf und die Überlassung ihrer Abschrift.

Vergegenwärtigt man sich den Briefwechsel zwischen Grace Chisholm Young und Klein über dessen Unterschrift unter den Aufruf „An die Kulturwelt“, so klingt Kleins Antwort, als habe er hier Unvergleichliches gegeneinander aufrechnen wollen: Nachdem ihm Grace Chisholm Young monatelang seine Unterschrift unter dem Aufruf zum Vorwurf gemacht hatte, warf Klein nun seinerseits William Young seine Unterschrift unter die Einladung zu besagtem Kongreß vor. Es ist möglich, daß Klein der Spiegelcharakter seiner Argumentation gar nicht bewußt war. Es ist auch möglich, daß er hier eine allgemeine Ansicht oder Stimmung wiedergab, daß es also tatsächlich zu diesem Zeitpunkt nicht möglich war, an der Georgia Augusta eine Einladung für William Young zu erwirken. Doch zeigt Kleins Reaktion auf den Veranstaltungsort Straßburg, daß seine Ablehnung auch von persönlichen (nationalen) Gefühlen bestimmt war.

Es war William Young selbst, der in seiner einfühlsamen Biographie Kleins aus dem Jahre 1928, als Erklärung für dessen Unterschrift unter den Aufruf „An die Kulturwelt“ auf den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 verwies. Klein sei 1914, so William Young, von der gleichen nationalen Begeisterung mitgerissen worden wie schon 1870.<sup>243</sup> Klein hatte sich im Sommer 1870 gerade in Paris befunden und war nach Kriegsausbruch „mit Mühe und Not“ über die Grenze zurück nach Deutschland gekommen: „Da ich als Kriegsfreiwilliger zurückgewiesen wurde, schloß ich mich, erfüllt von dem Willen, an den großen Ereignissen teilzunehmen, dem Bonner Nothelferkorps an“, schrieb Klein 1923 rückblickend.<sup>244</sup> Obwohl (oder weil) sich herausstellte, daß er weder körperlich noch bezüglich seiner praktischen Fähigkeiten den Anforderungen des Krieges gewachsen war, hat sich Klein mit diesem jugendlichen Kriegserlebnis zeitlich identifiziert. Das Verhalten und Empfinden seiner Generation, die man als die Gründungs- und Aufbaugeneration des Bismarckreiches bezeichnen könnte, war dabei nicht nur durch heroisierende Erinnerungen an den Krieg 1870/71 geprägt, sondern auch dadurch, daß diese Generation, die 1870 etwa zwanzig Jahre alt gewesen waren, nun zu Beginn des Ersten Weltkrieges etwa 65 Jahre alt war und damit für den aktiven Kriegseinsatz nicht mehr in Frage kam. Dafür bot dann das ideologische Engagement für den Krieg einen Ersatz.<sup>245</sup>

Auch wenn man von Klein sicher nicht behaupten kann, was man über Wilamowitz gesagt hat, daß er nämlich den Feldzug von 1870 nicht bloß mitgemacht, sondern durch sein ganzes Leben im Hörsaal weitergeführt habe<sup>246</sup>, und auch wenn Klein weit entfernt war von den nationalistischen Attacken, die oben von dem ungenannten deutschen Naturforscher zitiert wurden – einen mathematischen Kongreß in Straßburg unter Ausschluß der Deutschen empfand auch Klein als einen Affront, den er über seine persönliche Beziehung zu Grace Chisholm und William Young und auch über seine Bestrebungen zur Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen stellte.

<sup>243</sup> YOUNG (Anm. 177), S. XVII. Elisabeth Mühlhausen hat mich darauf hingewiesen, daß nach der zwischen Grace und William Young üblichen Arbeitsteilung eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß Grace Young auch diese Biographie Kleins verfaßt hat, obwohl sie unter William Youngs Namen erschien.

<sup>244</sup> KLEIN (Anm. 180), S. 16f. Vgl. auch TOBIES (Anm. 4), S. 60.

<sup>245</sup> In diesem Zusammenhang ist es interessant – wenn auch wegen der insgesamt nur sehr kleinen Unterzeichnergruppe statistisch nicht relevant – daß von den acht Göttinger Unterzeichnern der Seeberg-Adresse drei zu dieser Generation gehörten, während von den 13 Unterzeichnern der Delbrückschen Gegenerklärung, von denen das Alter bekannt ist, nur einer aus dieser Generation stammte. Im übrigen war die Unterzeichnergruppe der Delbrück-Erklärung (neun von ihnen waren unter 60 Jahre alt, das sind fast 70%, zwei davon waren sogar unter 50 Jahre alt) insgesamt deutlich jünger als die der Seeberg-Adresse (nur drei von ihnen war unter 60, das sind 37%, keiner unter 50 Jahre alt). Vgl. dazu die biographischen Angaben in I. 3, Anm. 50–60.

<sup>246</sup> Wiedergegeben nach VOM BROCKE (Anm. 1), S. 713.

Für die Ablehnung Kleins gegenüber Grace Chisholm Young gab es jedoch noch einen weiteren Grund, den man einem Brief entnehmen kann, den Klein in der gleichen Sache an Friedrich Schmidt-Ott im preußischen Kultusministerium schrieb. Klein hatte nämlich gehört, daß auf dem Straßburger Kongreß auch der Abschlußbericht der Internationalen Mathematischen Unterrichtskommission (IMUK) erstattet werden sollte. Die IMUK war 1908 auf dem Internationalen Mathematiker Kongreß in Rom mit dem Ziel gegründet worden, vergleichende Untersuchungen über die Methoden des mathematischen Unterrichts (vom Anfangs- bis zum Hochschulunterricht) in den verschiedenen Ländern anzustellen. Klein, der sich schon in den Jahren zuvor verstärkt auch um eine Reform des mathematischen Schulunterrichts bemüht und mit seinen Reformplänen international Aufsehen erregt hatte, war damals zum Vorsitzenden der IMUK gewählt worden. „Sie erinnern sich“, schrieb Klein nun an Schmidt, „dass ich 1915 gern Ihrer Anregung entsprach, trotz der Schwierigkeiten, die durch das Zirkular der 93 entstanden waren, an der IMUK als solcher festzuhalten und nur eine Vertagung der Schlussverhandlungen in Aussicht zu nehmen.“ 1917 seien die deutschen Arbeiten beendet gewesen und seitdem habe er auf den nächsten für Stockholm geplanten internationalen Kongreß gewartet, auf dem der allgemeine Abschlußbericht erstattet werden sollte. „Sie werden mir zustimmen“, so Klein weiter, „dass der geplante Strassburger Kongreß (über den wir überhaupt nur auf Umwegen unterrichtet wurden) in keiner Weise als Rechtsnachfolger der früheren internationalen Kongresse gelten kann.“ Er müsse daher die IMUK als „verfallen“ betrachten und werde sein Präsidium niederlegen.<sup>247</sup>

Durch den Straßburger Kongreß wurde Klein also noch einmal besonders nachdrücklich vor Augen geführt, daß die Erfolge seines Engagements vor 1914 für Deutschland und dessen internationale Präsenz und Reputation und damit ein Stück seines persönlichen Lebenswerkes nach dem Kriege zunichte gemacht wurden. Auch dies erklärt Kleins harte Zurückweisung der Bitte von Grace Chisholm Young.

Die Ergebnisse des deutschen Unterausschusses der IMUK, der unter direkter Leitung von Klein gestanden hatte, waren in den 1909 bis 1916 erschienenen „Abhandlungen über den mathematischen Unterricht in Deutschland“ niedergelegt worden. In den Vor- und Nachworten zu diesen Abhandlungen hat Klein immer wieder den Wert der Mathematik für die militärische Ausbildung betont: die militärische Erziehung solle nicht, „wie bisher, von den übrigen Unterrichtseinrichtungen abgetrennt bleiben“, sondern „lebendige Beziehungen hinwärts und rückwärts entwickelt werden“; dabei sei die Mathematik „berufen, bei der sich hier anbahnenden Entwicklung in besonderer Weise mitzuwirken“.<sup>248</sup>

Dies weist auf einen zentralen Punkt in Kleins Wissenschaftsverständnis, das konstitutiv auch für seine politische Haltung war. Klein hat sich – gegen eine Auffassung von der Mathematik als einer reinen, in sich selbst gegründeten autonomen Wissenschaft – immer für die Einbindung der Mathematik nicht nur in andere Fächer, sondern auch in die Probleme der „uns umgebenden Wirklichkeit“ eingesetzt. Sein Wissenschaftsverständnis war durch die Begriffe Anschauung, Praxis und Anwendung charakterisiert. Deutlichsten Ausdruck fand Kleins diesbezügliches Engagement in der 1898 gegründeten „Göttinger Vereinigung zur Förderung der angewandten Physik und Mathematik“, in der Wissenschaftler und Vertreter der Industrie gemein-

<sup>247</sup> Klein an Schmidt-Ott, 27.5.1920, NSuUB Gött, Cod. Ms. KLein 3 A, Bl. 30 (sehr schwer lesbarer Briefentwurf mit vielen Streichungen). Tatsächlich ist die IMUK, die als Ergebnis ihrer Arbeit bis zum Jahre 1920 immerhin 187 Bände mit 310 Einzelberichten über 18 Länder vorzuweisen hatte, erst 1928 auf dem internationalen Mathematikerkongreß in Bologna wieder ins Leben gerufen worden. Vgl. dazu TOBIES (Anm. 4), S. 82–85.

<sup>248</sup> F. KLEIN, Schlußwort vom Dezember 1915, in: Abhandlungen über den Mathematischen Unterricht in Deutschland, Bd. 5 (hg. von DEMS.), 1916, ohne Seitenzahl; vgl. dazu auch TOBIES (Anm. 4), S. 85.

sam und in enger Zusammenarbeit mit dem preußischen Kultusministerium, die Göttinger Universität zu einem Zentrum auch der angewandten Forschung ausbauten. Durch diesen „Bund von Wissenschaft und Kapitalismus“<sup>249</sup> entstanden in Göttingen Institute für angewandte Mechanik, für angewandte Mathematik, für angewandte Elektrizitätslehre sowie für Geophysik, außerdem eine Versuchsanstalt für Motorluftschiffahrt, aus der sich ein bis heute in Göttingen bestehendes Zentrum der Luftfahrtforschung entwickelte, und eine Versuchsanstalt für drahtlose Telegraphie.<sup>250</sup>

Kleins Auffassung von der Mathematik als einer Wissenschaft, die sich durch ihren Nutzen für die „menschliche Gesellschaft“, durch ihre „Wirkungen nach außen“ zu beweisen hatte, erlaubte es ihm, im Krieg selbst die Bestätigung für sein Konzept zu sehen:

*Denn gerade die Richtungen der physikalischen und mathematischen Forschung, welche die Vereinigung in Göttingen zur Geltung brachte, sind es, die im Kriege zur unmittelbaren Geltung kommen.*

So Klein in seiner Festrede zum Zwanzigjährigen Bestehen der Göttinger Vereinigung im Juni 1918, in der er weiter mit Blick auf die mathematische Ausbildung ausführte:

*[...] unser Unterricht muß dem Genius der Ausführung, der Technik, die Hand reichen. In diesem Sinne an der Vorbereitung unserer kriegerischen Erfolge rechtzeitig mitgearbeitet zu haben, insbesondere auch brauchbare jüngere Kräfte zur Verfügung draußen bereitgestellt zu haben, wird ein dauernder Ruhm der Göttinger Vereinigung sein.*<sup>251</sup>

Klein traf sich in dieser Auffassung mit den Vertretern der anderen naturwissenschaftlichen anwendungsorientierten Fächer, die, wie es etwa Simon in seiner Rektoratsrede formulierte, den Beweis für den Zusammenhang von Wissenschaft und Leben besonders im Krieg gegeben sahen:

*Von all den Lehren, die uns der Krieg für die Zukunft mitgibt, hat sich die von der entscheidenden Bedeutung der Wissenschaft für das Leben, des Einzelnen wie des Staates, vielleicht am unmittelbarsten ins Bewußtsein gedrängt.*<sup>252</sup>

Insofern hatte der Mathematiker Klein mehr Gemeinsamkeiten etwa mit Chemikern aus dem Beraterstab um Haber im Kriegsministerium, mit denen er gemeinsam den Aufruf „An die Kulturwelt“ unterschrieben hatte, als auf den ersten Blick erkennbar.

Seiner Wissenschaftsauffassung entsprechend hat sich Klein, der als unübertroffener Organisator in der Wissenschaftspolitik Preußens jahrzehntelang eine zentrale Rolle spielte, in direkte Abhängigkeit von staatlich-autoritärer, technokratischer Interessenpolitik begeben, die internationales Engagement ebenso verlangen konnte wie ein dezidiertes, abgrenzendes Eintreten für „vaterländische Interessen“. Seine oben zitierten Ausführungen zur militärischen Bedeutung der Mathematik und seine Forderungen nach entsprechender Umgestaltung des Unterrichts hinderten Klein denn auch nicht – am gleichen Ort und offenbar für ihn im Einklang miteinander – den „unbedingten Wert des Internationalen Zusammenarbeitens“ zu konstatieren.<sup>253</sup> Die Prioritäten waren, wie wir gesehen haben, für ihn, wie für die meisten anderen seiner Kol-

<sup>249</sup> So der Historiker F. SCHNABEL in seiner Althoff-Biographie in der NDB.

<sup>250</sup> Vgl. den entsprechenden Abschnitt bei TOLLMIEHN (Anm. 5), dort auch spezielle Literatur.

<sup>251</sup> Aus der Festrede Kleins zum Zwanzigjährigen Bestehen der Göttinger Vereinigung, Juni 1918, in: Zum Zwanzigjährigen Bestehen der Göttinger Vereinigung für angewandte Physik und Mathematik, Festbericht 1918, S. 8–20, Zitate S. 10ff. (im Original gesperrt gedruckt).

<sup>252</sup> Simon in einer Rektoratsrede am 26.6.1918, abgedruckt in: Universitätsbund Göttingen, Mitteilungen 1 (1919) 1, S. 32–66, hier S. 32.

<sup>253</sup> KLEIN (Anm. 248).

legen auch, dennoch klar verteilt: Im Zweifelsfall standen nationale Belange und Gefühle eindeutig über dem „unbedingten Wert der internationalen Zusammenarbeit“.

Es verwundert daher nicht, daß man Kleins Namen nicht unter Romain Rollands Aufruf des Jahres 1919 findet, der unter dem deutschen Titel „Für die Unabhängigkeit des Geistes“ für eine Wiederherstellung der internationalen Gelehrtenbeziehungen warb. Diesen Aufruf, der von Franzosen und Deutschen gemeinsam unterzeichnet worden war<sup>254</sup>, wurde dagegen beispielsweise von Wilhelm Foerster und Georg Friedrich Nicolai, die das Manifest in Deutschland verbreiteten, unterstützt und von den oben im Zusammenhang mit der deutschen Kriegspropaganda auf der Seite der (gemäßigten) Kritiker genannten Göttinger Wissenschaftler David Hilbert und Max Lehmann (beide gehörten sogar zu den Erstunterzeichnern) und auch von Arthur Titius und Werner Rosenthal.<sup>255</sup>

Das Beispiel des „politisierenden Mathematikers“<sup>256</sup> Felix Klein und das seiner in diesem Aufsatz zu Wort gekommenen naturwissenschaftlichen Kollegen macht deutlich, daß die gängige, nach wie vor verbreitete Vorstellung vom unpolitischen Naturwissenschaftler unzutreffend ist. Auch wenn nicht bestritten werden soll, daß der Beitrag der Naturwissenschaftler zur Kriegspublizistik, wie zuvor schon zur Flottenpropaganda, verglichen mit dem der Geisteswissenschaftler eher gering war<sup>257</sup>, so ist es doch ganz sicher nicht richtig – wie Lothar Burchard dies noch in seiner 1988 erschienenen Studie über die naturwissenschaftlichen Hochschullehrer im Kaiserreich tut – von einer „entschieden unpolitischen Haltung der naturwissenschaftlichen Professorenschaft“ während des Ersten Weltkrieges zu sprechen. Ebenso unzutreffend ist es, zu behaupten, daß diese sich deshalb nicht auf die Bühne der politischen Publizistik gewagt hätten, weil sie sich dort inkompetent fühlten.<sup>258</sup> Für eine solche Selbsteinschätzung gibt es bei keinem der hier genannten Naturwissenschaftler auch nur das geringste Anzeichen. Erinnerung sei nur daran, daß Klein etwa gegenüber Planck explizit seine Mitwirkung bei der Formulierung einer gemeinsamen Nachkriegserklärung der Unterzeichner des Aufrufs angeboten hatte mit dem Hinweis darauf, daß diesmal die Wissenschaftler (und nicht wieder die Dichter) „die Führung übernehmen“ sollten. Es scheint im Gegenteil eher so gewesen zu sein, daß sich die Naturwissenschaftler für besonders objektiv und damit auch für besonders kompetent hielten – und zwar auch über die engeren Fragen ihres Faches hinaus. Eher trifft dagegen schon zu, worauf Burchard auch verweist, daß die Naturwissenschaftler wegen ihrer vielfältigen wissenschaftsorganisatorischen Aufgaben oder auch wegen ihrer Einbindung in die Kriegsforschung einfach weniger Zeit für politisch-ideologische Betätigung hatten als ihre geisteswissenschaftlichen Kollegen.<sup>259</sup>

<sup>254</sup> Romain Rollands Manifest und die deutschen Antworten mit einem Anhang über den Fall Nicolai (hg. im Auftrage der Liga zur Förderung der Humanität von G.F. NICOLAI), o.J. [1920]. Zu Romain Rolland (1866–1944), der sich schon vor dem Kriege für eine deutsch-französische Verständigung eingesetzt hatte und in den Zwanziger Jahren zu einem ihrer unermüdlichen Protagonisten wurde, und zum Zustandekommen seines Aufrufs siehe auch: W. ZUELZER, Der Fall Nicolai, 1981, S. 262–266.

<sup>255</sup> Romain Rollands Manifest (Anm. 254), S. 26 und Unterschriftenliste S. 35–47. Von den 102 Erstunterzeichnern waren 24 Deutsche. Zu Hilbert siehe Abschnitt I. 2, zu Lehmann I. 3 und I. 4, zu Titius, Abschnitt I. 3 und insb. Anm. 57, 62 und 124; zu Rosenthal Abschnitt I. 4 und I. 5 und Anm. 96.

<sup>256</sup> H. MEHRTENS, *Moderne – Sprache – Mathematik*, 1990, S. 221. Mehrstens stellt in dieser spannenden, wenn auch diskussionswürdigen Studie über die Geschichte der modernen Mathematik dem „organisatorischen Genie“ Klein das „mathematische Genie“ Hilbert gegenüber (ebenda, S. 220). Hilbert vertrat eine zu Klein völlig entgegengesetzte Vorstellung von der Mathematik als einer autonomen, sich selbst steuernden Wissenschaft, die Klein als „L'art pour l'art“ Auffassung von der Mathematik vehement ablehnte. Siehe dazu Kleins Festrede zum Zwanzigjährigen Bestehen der Göttinger Vereinigung (Anm. 251), S. 10.

<sup>257</sup> Siehe dazu SCHWABE, *Wissenschaft und Kriegsmoral* (Anm. 8), S. 187.

<sup>258</sup> BURCHARDT (Anm. 8) unter Berufung auf Schwabe, S. 212.

<sup>259</sup> Ebenda, S. 213.

Angesichts der offenkundigen Gemeinsamkeiten ist zu fragen, ob es überhaupt sinnvoll und berechtigt ist, zwischen den Vertretern der „objektiven“ Naturwissenschaften und denen der „subjektiven“ Geisteswissenschaften zu unterscheiden, was etwa Brigitte Schröder-Gudehus in ihrer Studie über die Internationale Zusammenarbeit in der Wissenschaft bezweifelt.<sup>260</sup> Ihr ist zuzustimmen, daß – wie insbesondere der erste Teil der hier vorgelegten Untersuchung über die Universität Göttingen bestätigt hat – die politischen Frontlinien quer zu den Disziplinen verliefen. Auch Kleins Argumentation gegen einen Widerruf seiner Unterschrift enthält über weite Strecken nichts anderes als das, was seine geisteswissenschaftlichen Kollegen dazu ebenfalls gesagt haben. Doch beweist gerade die Zählebigkeit der Vorstellung, daß sich das Verhalten von Natur- und Geisteswissenschaftlern während des Krieges grundsätzlich und maßgeblich unterschieden habe, daß insbesondere – wie Einstein behauptet hatte – das internationale Denken unter Naturwissenschaftlern verbreiteter gewesen sei als unter Geisteswissenschaftlern, die Notwendigkeit einer auch fachspezifischen Analyse der Beteiligung deutscher Wissenschaftler an der Kriegspropaganda. Es sei diesbezüglich zum Schluß nur darauf verwiesen, daß die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften in allen Ländern größere Widerstände zu überwinden hatte als im Bereich der Geisteswissenschaften.<sup>261</sup>

### Nachsatz zur Frage der Kontinuität

Auf dem Entwurf seines Schreibens an den Berliner Bürgermeister Reicke vom 22. September 1914, mit dem Klein auf dessen Bitte, ihm für die Versendung des Aufrufs „An die Kulturwelt“ die Adressen ausländischer Kollegen zur Verfügung zu stellen, antwortete, findet sich der folgende von Klein selbst angebrachte Bleistiftvermerk: „Alte Erklärung von Sauppe-Dove von 1870/71 gelegentlich der Beschießung von Paris.“<sup>262</sup> Damit verwies Klein auf eine öffentliche Erklärung der Göttinger Universität vom Dezember 1870, mit der diese auf ein Schreiben der Königlich Irischen Akademie der Wissenschaften reagiert hatte: Die Irische Akademie hatte sich damals an die britische Regierung gewandt und sie unter Hinweis auf die Zerstörung der Straßburger Bibliothek im Sommer 1870 gebeten, im Interesse des Erhalts der Pariser Kunstschätze und der dortigen wissenschaftlichen und literarischen Bibliotheken, die durch die deutsche Belagerung in Gefahr seien, bei den kriegführenden Parteien zu intervenieren. Die Akademie hatte sich nun – in völliger Fehleinschätzung der damaligen Stimmung an den deutschen Universitäten – an die Universität Göttingen gewandt und sie gebeten, diese Eingabe zu unterstützen. Diese Bitte wies der Göttinger Prorektor, der Jurist Richard Dove<sup>263</sup>, in einem auch als Flugblatt gedruckten Brief mit scharfen Worten als Zumutung zurück:

*Was [...] Paris betrifft, so hat die deutsche Heeresleitung bereits bethätigt [sic!], daß sie bei der Belagerung jede Schonung übt, welche mit der unerbittlichen Pflicht vereinbar ist, den Deutschland aufgedrungenen Kampf zum Ziele zu führen. Wenigstens den gelehrten Körperschaften Englands würde es daher anstehen, mit Dank aufzunehmen, daß diese Kriegsführung das Bombardement der belagerten Festung bisher hinausgeschoben hat,*

<sup>260</sup> SCHRÖDER-GUDEHUS (Anm. 30), S. 268.

<sup>261</sup> Ebenda, S. 269. Gemeint sind hier vornehmlich die institutionellen, offiziellen, nicht so sehr die persönlichen und privaten internationalen Beziehungen.

<sup>262</sup> Notiz auf dem Briefentwurf Kleins an Reicke vom 22.9.1914, o.D. (wahrscheinlich September oder Oktober 1914), NSuUB Gött, Cod. Ms. Klein 3 A, Rückseite von Bl. 31.

<sup>263</sup> Richard Dove (1833–1907) war von 1868 bis 1907 Ordinarius für Kirchenrecht in Göttingen. Einen Hinweis auf die Mitautorschaft Hermann Sauppes (1809–1893, Ordinarius für klassische Philologie in Göttingen von 1856 bis 1893), den Klein in seiner Notiz zusammen mit Dove nennt, findet sich in den Akten nicht.

statt in ihre Regierung zu dringen, diese Heeresleitung mit neuen Zudringlichkeiten zu belästigen. Alle diese naheliegenden Erwägungen haben jedoch die Royal Irish Academy von dem Versuche nicht abgehalten, die gelehrte Welt Namens der Humanität und Civilisation gegen die Belagerer von Paris in die Schranken zu rufen, während doch nur wenig Unbefangenheit dazu gehörte, um zu erkennen, daß bei Paris die Humanität und Civilisation im Lager der Belagerer zu finden sind. Diese gelehrte Körperschaft hat aber zugleich keinen Anstand genommen, einer deutschen Universität das Ansinnen zu stellen, sich an ihrem Unternehmen zu betheiligen. So kann ihr denn auch die Antwort nicht erspart werden, daß nach unserer deutschen Auffassung, welche die des gesunden Menschenverstandes ist, Derjenige, welcher der strafenden Gerechtigkeit in den Arm fallen will, sich selbst an dem Verbrechen betheiligt. Das deutsche Volk, da in seinem geistigen Ringen noch immer das stolze Wort des Paracelsus wahr zu machen sucht: „Engländer, Franzosen, Italiener, ihr mir nach, nicht ich euch,“ hat die Arbeit friedlicher Gesittung, das einzige Feld seines Ehrgeizes, verlassen müssen, weil durch einen feindlichen Raubanfall seine höchsten Güter, sein nationales Denken, seine sittliche Selbstbestimmung, seine Ehre bedroht wurden; es kämpft heute in Frankreich für die künftige Sicherstellung dieses heiligen Besitzthums, zugleich aber auch für den Frieden der Welt und für die Gesittung der Menschheit. Denn diese wäre dem Untergange verfallen, wenn der Gedanke vergeltender Gerechtigkeit aus dem Bewußtsein der Völker verschwinden könnte. Daß der Welt der Glaube an die Gerechtigkeit unverloren bleibt, das dankt sie nächst Gottes Gnade dem deutschen Volke. Als Europa den sittlichen Muth nicht fand, frevelhaften Friedensbruch zu wehren, da hat dies Volk, gerechten Gerichtes in den Donnern der Schlachten harrend, sein Dasein in die Schanze geschlagen, da hat es die geistige Blüthe seiner Jugend hinausgesandt in den heiligen Kampf, den ein großer englischer Geschichtsschreiber mit Recht gezeichnet hat als den Kampf der Engel wider Belial. Auch unsere Hochschule, die ihre ganze Ehre darin findet, deutsch zu sein, hat Hunderte von deutschen Jünglingen unter die Waffen gestellt, die Ungleichheit des Einsatzes nicht achtend, wo wir gezwungen sind, gegen afrikanische Halbwilde oder gegen das zusammengelaufene Gesindel Garibaldi'scher Abenteurer zu kämpfen. Die deutsche Wissenschaft betrauert bereits unter den gefallen Helden einige ausgezeichnete Gelehrte, hoffnungsreiche Jünglinge in großer Zahl. England aber möge uns mit Einmischung jeder Art vom Leibe bleiben.<sup>264</sup>

Von dem aufgezwungenen Abwehrkampf bis hin zur notwendigen strafenden Gerechtigkeit, von den rassistischen Ausfällen gegen die auf alliierter Seite mitkämpfenden Afrikaner bis zu dem kulturmissionarischen Anspruch einschließlich der religiösen Überhöhung der deutschen Mission, die die gesamte Kriegspublizistik des Ersten Weltkrieges kennzeichnete<sup>265</sup> – finden sich hier bis in die einzelnen Formulierungen hinein schon die gleichen Denkmuster wie in dem Aufruf „An die Kulturwelt“.<sup>266</sup> Abgesehen davon gibt es auch auf der Ereignisebene – der

<sup>264</sup> Schreiben Doves, 14.12.1870 (Hervorhebung im Original); Memorial der Irischen Akademie an die Britische Regierung, 14.11.1870, der Göttinger Universität übersandt am 17.11.1870; nachdem in der Presse über die Stellungnahme der Göttinger Universität berichtet worden war, kamen zustimmende Schreiben von den Universitäten Würzburg, Marburg und Jena; ein Zeitungsbericht vom 6.1.1871 in der Zeitung für Norddeutschland verweist auf weitere Veröffentlichungen z.B. in der Berliner Zeitung. Alle Unterlagen: UnivA Gött, Sekretariatsakten I B 1 34 (5).

<sup>265</sup> Der Schlußabsatz des Aufrufs „An die Kulturwelt“ (Anm. 128) lautete: „Wir können die vergifteten Waffen der Lüge unseren Feinden nicht entwenden. Wir können nur in alle Welt hinausrufen, daß sie falsches Zeugnis ablegen wider uns.“

<sup>266</sup> Kleins Notiz beweist, daß auch er 1914 diese Kontinuität bewußt als solche empfand. Unklar bleibt, warum er sich diese Notiz gemacht hat.

Zerstörung der Straßburger Bibliothek 1870 und der Bibliothek von Löwen im Jahre 1914 – bis in die einzelnen Begleitumstände hinein eine erschreckende Ähnlichkeit der Geschehnisse.<sup>267</sup>

In seiner Wochenendausgabe vom 26./27. August 1939 (vier Tage vor dem offiziellen Beginn des Zweiten Weltkrieges!) druckte das Göttinger Tageblatt diese Erklärung unter dem Titel: „Schon im Jahre 1870: Göttinger Prorektor weist englische Unverschämtheit zurück – eine zeitgemäße Erinnerung“ noch einmal vollständig nach.

---

<sup>267</sup> Vgl. dazu SCHIVELBUSCH (Anm. 136), S. 31–34.

<sup>268</sup> D. i. Anm. 2a: Nach Abschluß der vorliegenden Untersuchung (Mai 1992), deren Drucklegung sich aus technischen Gründen verzögerte, erschien eine interessante sozialgeschichtliche Studie über die Heidelberger Universität, die erstmals nicht nur einzelne prominente Gelehrte, sondern die Hochschullehrer als soziale Gruppe insgesamt in den Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses stellte: Ch. JANSEN, Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935, 1992. Der Schwerpunkt dieser Studie liegt allerdings auf der Weimarer Zeit, während die Ereignisse während des Ersten Weltkrieges vergleichsweise cursorisch abgehandelt werden und deren Interpretation daher m. E. manchmal zu kurz greift.